



Internationales
Arbeitsamt

Genf

Bericht V (2)

Der Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft



**Internationale
Arbeitskonferenz**

103. Tagung 2014

Internationale Arbeitskonferenz, 103. Tagung, 2014

Bericht V(2)

Der Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft

Fünfter Punkt der Tagesordnung

ISBN 978-92-2-727758-7 (print)
ISBN 978-92-2-727759-4 (web pdf)
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2014

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den örtlichen Büros des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt, ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Auf Anfrage (pubvente@ilo.org) sind kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen erhältlich.

Besuchen Sie auch unsere Website: www.ilo.org/publns.

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	v
EINLEITUNG.....	1
EINGEGANGENE ANTWORTEN UND KOMMENTARE	3
VORGESCHLAGENE SCHLUSSFOLGERUNGEN	87
ANHANG	95

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer

Internationale Verbände	IOE	Internationale Arbeitgeber-Organisation
	IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
Ägypten	GFETU	Allgemeiner ägyptischer Gewerkschaftsbund
Argentinien	CGT-RA	Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Republik Argentinien
Australien	ACCI	Australische Handels- und Industriekammer
	ACTU	Australischer Gewerkschaftsrat
Benin	CSA-Bénin	Autonome Gewerkschaftszentrale Benins
	MTCB	Christliche Arbeiterbewegung Benins
Bolivarische Republik Venezuela	ASI	Unabhängige Gewerkschaftsallianz
	FEDECAMARAS	Venezolanischer Dachverband der Industrie- und Handelskammern
	FUTRAND	Bund unabhängiger Arbeitnehmer Venezuelas
Brasilien	CNA	Nationaler Verband der Land- und Viehwirtschaft
	CNI	Nationaler Industrieverband
	FS	Força Sindical
	UGT	Allgemeiner Arbeitnehmerbund
Bulgarien	CITUB	Dachverband unabhängiger Gewerkschaften Bulgariens
Burkina Faso	CNTB	Nationaler Bund der Arbeitnehmer Burkina Fasos
Costa Rica	CMTC-FENATSEA	Zentrale Bewegung der costa-ricanischen Arbeitnehmer – Nationaler Bund der Arbeitnehmer des autonomen Sektors
	CTRN	Arbeitnehmerbund Rerum Novarum
Dänemark	DA	Dänische Arbeitgebervereinigung
Der Plurinationale Staat Bolivien	CRISOL	Corriente de Renovación Independiente y Solidaridad Laboral
Deutschland	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund

Dominikanische Republik	CASC	Autonome Konföderation der Klassengewerkschaften
	CNTD	Nationale Konföderation der dominikanischen Arbeiter
	CNUS	Nationale Konföderation der Gewerkschaftseinheit
Finnland	Akava	Gewerkschaftsbund für akademische Berufe
	EK	Hauptverband der finnischen Wirtschaft
	SAK	Zentralverband der finnischen Gewerkschaften
	STTK	Zentralorganisation der Angestelltengewerkschaften Finnlands
Frankreich	CGT-FO	Allgemeiner Gewerkschaftsbund – Force Ouvrière
	MEDEF	Bewegung der Unternehmen Frankreichs
Georgien	GEA	Arbeitgeberverband Georgiens
	GTUC	Gewerkschaftsbund Georgiens
Griechenland	GSEE	Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Arbeitnehmer Griechenlands
	SEV	Griechischer Industrieverband
Guatemala	CACIF	Koordinierungsausschuss der Landwirtschafts-, Handels-, Industrie- und Finanzverbände
	CGTG	Allgemeiner Bund der Arbeiter Guatemalas
	MTC	Bewegung ländlicher Arbeitskräfte
	UTQ	Arbeiterbund Quetzaltenango
	SEWA	Self Employed Women's Association
Indonesien	KSBSI	Indonesische Wohlstandsgewerkschaft
Italien	CGIL	Allgemeiner italienischer Gewerkschaftsbund
Japan	JTUC-RENGO	Japanischer Gewerkschaftsbund
	Keidanren	Japanischer Wirtschaftsverband (Keidanren)
Kambodscha	IDEA	Unabhängige Demokratische Vereinigung für den informellen Sektor
Kanada	CEC	Kanadischer Arbeitgeberrat
	CSN	Bund nationaler Gewerkschaften
Kolumbien	ANDI	Nationaler Industriellenverband
	CTC	Bund der Arbeitnehmer Kolumbiens
	CUT	Vereinigte Arbeiterzentrale Kolumbiens

Kroatien	SSSH	Verband der Autonomen Gewerkschaften Kroatiens
Lettland	LBAS	Bund Freier Gewerkschaften Lettlands
	LDDK	Arbeitgeberverband Lettlands
Mauretanien	CLTM	Freie Arbeiterkonföderation Mauretaniens
Mexiko	CONCAMIN	Dachverband der mexikanischen Industriekammern
	CTM	Vereinigung der Arbeitnehmer Mexikos
	UNT	Nationale Arbeiterunion
Nepal	GEFONT	Allgemeiner Bund nepalesischer Gewerkschaften
Nicaragua	FNT	Nationale Arbeiterfront
Niederlande	FNV	Niederländischer Gewerkschaftsbund
Norwegen	NHO	Verband der norwegischen Wirtschaft und Industrie
Österreich	BAK	Bundesarbeitskammer
	ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
Panama	CONATO	Nationaler Rat organisierter Arbeitnehmer
	CONUSI	Unabhängiger Bund der Gewerkschaftseinheit
	CS	Gewerkschaftseinheit
Paraguay	CNT	Nationaler Arbeiterbund
	CUT-A	Gewerkschaftszentrale – Auténtica
Peru	CATP	Autonome Arbeiterzentrale Perus
	CSP	Arbeiterbund Perus
	CUT	Arbeiterzentrale Perus
Polen	NSZZ	Unabhängige und autonome Gewerkschaft „Solidarność“
Portugal	CCP	Portugiesischer Handels- und Dienstleistungsverband
	UGT	Allgemeiner Arbeitnehmerbund
Republik Korea	FKTU	Gewerkschaftsbund Koreas
	KEF	Koreanischer Arbeitgeberverband
Ruanda	COTRAF	Kongress der Arbeit und Bruderschaft Ruandas
Rumänien	CNS „Cartel Alfa“	Nationaler Gewerkschaftsbund „Cartel Alfa“
Russische Föderation	FNPR	Bund unabhängiger Gewerkschaften Russlands
Schweden	SACO	Dachverband der schwedischen Akademiker
	TCO	Schwedischer Angestelltenverband

Schweiz	SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
Senegal	CNES	Nationaler Arbeitgeberverband Senegals
	CNP	Nationaler Arbeitgeberrat Senegals
	CNTS	Nationale Vereinigung der Arbeitnehmer Senegals
	UNSAS	Nationale Union autonomer Gewerkschaften
Serbien	CATUS	Bund autonomer Gewerkschaften Serbiens
	Nezavisnost	Gewerkschaftsbund „Unabhängigkeit“
Spanien	CCOO	Gewerkschaftsbund der Arbeiterkommissionen
	UGT	Allgemeine Arbeiterunion
Südafrika	COSATU	Kongress der südafrikanischen Gewerkschaften
Trinidad und Tobago	ECATT	Arbeitgeberrat Trinidad und Tobagos
	NATUC	Nationale Gewerkschaftszentrale
Türkei	MEMUR-SEN	Gewerkschaftsbund der Beamten
	TÜRK-İŞ	Türkischer Gewerkschaftsbund
Uganda	UHFTAWU	Ugandische Gewerkschaft der Arbeitnehmer in Hotels, Gaststätten, Fremdenverkehr und verwandten Bereichen
Vereinigte Staaten	AFL-CIO	Amerikanischer Gewerkschaftsbund und Kongress der Industriegewerkschaften
Zypern	OEB	Verband der Arbeitgeber und Industriellen Zyperns

EINLEITUNG

Auf seiner 317. Tagung im März 2013 beschloss der Verwaltungsrat der IAO, in die Tagesordnung der 103. Tagung (Juni 2014) der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Empfehlung zum Thema Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft (Normensetzung, zweimalige Beratung) einen Normensetzungsgegenstand aufzunehmen.¹ Für die vorbereitenden Stufen der Beratung billigte er ein Programm kürzerer Fristen.² Gemäß Artikel 39 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Konferenz hat das Amt einen ersten Bericht über die Gesetzgebung und Praxis in unterschiedlichen Ländern mit einem Fragebogen erstellt, der den Mitgliedstaaten im August 2013 zugestellt wurde.³ Gemäß dem vom Verwaltungsrat beschlossenen Programm mit verkürzten Fristen ersuchte das Amt die Regierungen, ihre Antworten bis spätestens 31. Dezember 2013 zu übermitteln.

Gemäß Artikel 39 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Konferenz wurden die Regierungen ersucht, ihre Auffassungen nach Befragung der maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitzuteilen. Diese Befragung ist obligatorisch für Mitglieder, die das Übereinkommen (Nr. 144) über dreigliedrige Beratungen (internationale Arbeitsnormen), 1976, ratifiziert haben. Insgesamt 97 Regierungen von Mitgliedstaaten übermittelten ihre Antworten an das IAA, überwiegend mit der Angabe, dass die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer befragt worden sind. Die Regierungen von mehreren Mitgliedstaaten übermittelten die Antworten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände getrennt; in einigen Fällen gingen diese Antworten dem Amt direkt zu. Ebenfalls direkt übermittelt wurden die Antworten der Internationalen Arbeitgeber-Organisation und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Insgesamt lagen beim Amt zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichts⁴ die Antworten von 97 Regierungen, 75 Arbeitnehmerverbänden und 23 Arbeitgeberverbänden vor. Auch von anderen interessierten Parteien wie Organisationen der Zivilgesellschaft gingen Antworten ein (z. B. Association of Rural Education and Development Service (AREDS), Human Rights Watch, International Domestic Workers Federation (IDWF) und Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing (WIEGO)). Ihre Antworten wurden zur Kenntnis genommen, konnten jedoch nicht in den vorliegenden Bericht aufgenommen werden.

Auf seiner 317. Tagung im März 2013 stimmte der Verwaltungsrat außerdem zu, eine Dreigliedrige Sachverständigentagung über die Erleichterung von Übergängen von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu veranstalten, um eine Orientierungshilfe zu Art und Inhalt der vorgeschlagenen Urkunde zu bieten, insbesondere was innovative Lösungen und aktuelle Erfahrungen (rechtliche, politische, institutionelle, ordnungspolitische und sonstige Maßnahmen) betrifft, die sich bei der Stützung des Übergangs von der Informalität in die Formalität als erfolg-

¹ GB.317/PV, Abs. 3, 5, 12, 20, 21, 22.

² GB.317/INS/2(Rev.) und GB.317/PV, Abs. 25, März 2013.

³ IAA: *Der Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft*, Bericht V(1), Internationale Arbeitskonferenz, 103. Tagung Genf, 2014, unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_218766.pdf

⁴ Die Antworten auf den Fragebogen mussten spätestens am 31. Dez. 2013 beim Amt eingehen. Eine Reihe verspäteter Antworten gingen erst nach Fertigstellung dieses Berichts ein und konnten daher vom Amt nicht berücksichtigt werden.

reich erwiesen haben.⁵ Der Bericht der Dreigliedrigen Sachverständigentagung (16. bis 20. September 2013 in Genf), einschließlich der Zusammenfassung des Vorsitzenden, wurde der 319. Tagung des Verwaltungsrats als Zusatzbericht des Generaldirektors vorgelegt.⁶

Der vorliegende Text wurde auf der Grundlage der eingegangenen Antworten der Regierungen und der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erstellt, deren wesentlicher Inhalt auf den folgenden Seiten wiedergegeben wird. Am Ende des Berichts finden sich die vorgeschlagenen Schlussfolgerungen, während der Kommentar des Amtes zu den Antworten auf jede Frage unmittelbar nach den Antworten auf jede Frage erscheint. Bei der Ausarbeitung der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen hat das Amt auch die auf der genannten Dreigliedrigen Sachverständigentagung geäußerten Kommentare und Auffassungen berücksichtigt.

⁵ GB.317/PV, Abs. 234, 283 und 284.

⁶ GB.319/INS/14/6. Der Bericht der Dreigliedrigen Sachverständigentagung über die Erleichterung von Übergängen von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft steht auf der IAO-Website auf Englisch, Französisch und Spanisch zur Verfügung http://www.ilo.org/gb/GBSessions/GB319/ins/WCMS_226739/lang--en/index.htm.

EINGEGANGENE ANTWORTEN UND KOMMENTARE

Dieser Abschnitt enthält den wesentlichen Inhalt der Antworten der Regierungen sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf den Fragebogen, der in Bericht V(1) enthalten war. Jede Frage wird im Wortlaut wiedergegeben, gefolgt von der Angabe der Anzahl der eingegangenen Antworten, zusammengefasst nach Art der Antwort (Bejahend, Verneinend oder Sonstige). Eine Antwort wird als „Sonstige“ eingestuft, wenn kein eindeutiges Ja oder Nein zum Ausdruck gebracht wurde. Wenn immer eine Antwort durch Bemerkungen eingeschränkt oder erläutert wurde, wird der wesentliche Inhalt zusammengefasst und in der alphabetischen Reihenfolge der Länder wiedergegeben. Aus Platzgründen wurden ähnliche Antworten nach Möglichkeit zusammengefasst. Im Interesse der Kürze wurden Kommentare, die den in der Frage enthaltenen Vorschlag lediglich bejahten oder verneinten, ohne weitere Punkte hinzuzufügen, nicht wiedergegeben. Einige Antworten enthielten interessante und nützliche Informationen zum spezifischen innerstaatlichen Kontext. Diese für die Tätigkeit des Amtes sehr interessanten Informationen wurden im Bericht zwar nicht wiedergegeben, sie sind jedoch in die Leitlinien in den vorgeschlagenen Schlussfolgerungen eingeflossen. So haben viele Länder insbesondere zu ihrer Gesetzgebung und Praxis und speziell zu Fragen 1 und 2 des Fragebogens zu ihren innerstaatlichen Politiken Informationen übermittelt, die, soweit es zweckmäßig ist, in die Datenbanken der IAO aufgenommen werden.

In Anbetracht der Einschränkungen der Länge der Konferenzberichte wurden gegenüber der Darstellung früherer Berichte dieser Art einige Änderungen vorgenommen. Das Amt ist der Ansicht, dass diese Änderungen die Lesbarkeit des Berichts verbessern, ohne jedoch den Informationsgehalt zu verringern. Es gibt aber zwei wichtige Veränderungen. Erstens wird anstelle einer Liste nach jeder Frage, in der aufgeführt wird, welche Mitgliedsgruppen „Bejahend“, „Verneinend“ oder in anderer Form („Sonstige“) geantwortet haben, diese Information jetzt in tabellarischer Form im Anhang dieses Berichts dargestellt. Und zweitens war es übliche Praxis, alle Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aufzuführen, die auf jede Frage geantwortet haben. Zahlreiche Arbeitnehmerverbände, darunter auch der IGB, haben jedoch kooperiert und daher viele Fragen in gleicher oder ähnlicher Form beantwortet. Anstelle der Aufzählung der Namen sämtlicher Verbände für jede Frage werden die Antworten zusammengefasst in einer konsolidierten Antwort wiedergegeben. Bei den Arbeitnehmerverbänden, die so zusammengearbeitet haben, handelt es sich um Folgende: ACTU, AFL-CIO, CNS „Cartel ALFA“, CASC, CNUS, CNTD, CATP, CGIL, CGT, CGT-FO,⁷ CMTC-FENATSEA, CNT, CNTB, CNTS, COSATU, CTC, CTRN, CUT-A (Paraguay), CUT (Peru), DGB, FNV, FUTRAND, FS, IGB, NSZZ, SACO, TCO, TÜRK-İŞ, SSSH, UGT (Brasilien), UGT (Portugal), UGT (Spanien) und UNSAS.

In Fällen, in denen von einigen Verbänden anderslautende Antworten eingingen, oder in denen ein Verband in einer Weise antwortet, die sich von der konsolidierten Antwort unterscheidet oder etwas hinzufügt, wird dies separat aufgeführt. Dadurch wird der Bericht erheblich verkürzt, während genau dieselben Informationen wie im früheren Format bereitgestellt werden.

⁷ Die Antworten entsprechen denen des IGB mit Ausnahme der Fragen 4 a), b), c), d), 6 und 17. Im Übrigen antwortet der CGT-FO im Gegensatz zum IGB nicht auf die Fragen 5, 14 b), 26 und 29.

In Anbetracht der von den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen übermittelten Antworten wurde die Struktur der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen angepasst. Es wurden eine Reihe sprachlicher und redaktioneller Änderungen vorgenommen, um den englischen und französischen Wortlaut der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen mit der Terminologie in früheren Übereinkommen und Empfehlungen der IAO in Übereinstimmung zu bringen. Außerdem wurden bei der Abfassung der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf eine Empfehlung die Antworten auf den Fragebogen und der Bericht der Dreigliedrigen Sachverständigentagung berücksichtigt.

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Zusätzlich zu den detaillierten Kommentaren zu bestimmten Fragen im Fragebogen enthielten einige Antworten einige allgemeine Bemerkungen zur Bedeutung einer solchen Urkunde sowie zu einer Reihe anderer Fragen. Eine Bemerkung, die von Regierungen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in ihren Antworten immer wieder geäußert wurde, verweist darauf wie wichtig und notwendig es ist, dass die Bestimmungen der vorgeschlagenen Urkunde an die innerstaatlichen Umstände und Prioritäten angepasst werden, mit diesen im Einklang stehen und den nationalen Kapazitäten (und Umständen) und den vorhandenen Ressourcen Rechnung tragen müssen.

Die Regierung der Schweiz zeigte sich skeptisch angesichts der Entwicklung einer internationalen Norm zur Frage des Übergangs von der informellen Wirtschaft und erklärte, die Fragen seien nicht klar genug formuliert, um einen Standpunkt vertreten zu können.

Die Regierung Australiens vertrat die Auffassung, die Empfehlung sollte alternative und komplementäre Wege zum Umgang mit der informellen Wirtschaft vorschlagen, z. B. die Gewährleistung der Einhaltung einschlägiger bestehender Normen, gegebenenfalls die Prüfung der Ratifizierung bestehender Instrumente und die Förderung eines besseren Informationsaustausches sowie die Bereitstellung technischer Hilfe. Sie erklärte, das Internationale Arbeitsamt könne durch gezielte technische Zusammenarbeit zusätzliche praktische Hilfe leisten, um die Kapazität für den Übergang in die formale Wirtschaft zu stärken.

Der Dänische Arbeitgeberverband erklärte, eine neue Empfehlung solle Bedingungen fördern, die die Formalisierung der informellen Wirtschaft erleichtern, und sie solle nicht lediglich darauf abzielen, die informelle Wirtschaft zu beseitigen.

Die Australische Handels- und Industriekammer hat sich ihre Stellungnahme zur Frage, ob eine neue Norm zur informellen Wirtschaft erforderlich ist und welche Form sie annehmen soll, vorbehalten.

2. ANTWORTEN UND KOMMENTARE ZUM FRAGEBOGEN

I. Vorfragen

In ihren Antworten auf die Fragen 1 und 2 übermittelten die auskunftgebenden Stellen eine Fülle von Informationen über ihre landesspezifischen Rechtsvorschriften, Maßnahmen, Praktiken, Programme und Politiken, die für die Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft von Bedeutung sind. Der Kürze halber werden diese Informationen hier nicht wiedergegeben, sie wurden jedoch in eine IAO-Datenbank eingegeben und in den vorgeschlagenen Schlussfolgerungen berücksichtigt.

Fr. 1 *Geben Sie bitte Rechtsvorschriften, Maßnahmen oder Praktiken, einschließlich des Fallrechts, Ihres Landes an, die für die Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft relevant sind.*

und

Fr. 2 *Geben Sie bitte Programme und Politiken Ihres Landes an, die für das Thema Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft relevant sind.*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

KOMMENTAR DES AMTES

Die auskunftgebenden Stellen verwiesen auf innerstaatliche Rechtsvorschriften, Maßnahmen und Praktiken sowie innerstaatliche Programme und Politiken, die für das Thema der Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft von Bedeutung sind und vermittelten so reichhaltige Hintergrundinformationen für die Ausarbeitung des vorgeschlagenen Instruments.

Die große Mehrheit der auskunftgebenden Stellen gibt an, dass das Arbeitsrecht in ihrem Land für die Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft von Bedeutung ist. Eine große Zahl von auskunftgebenden Stellen bezeichnete auch das Steuerrecht als von Bedeutung. Mehrere auskunftgebende Stellen verwiesen auf andere gängige Rechtsvorschriften, Maßnahmen und Praktiken einschließlich Wirtschaftsrecht, Melderecht und Meldevorschriften sowie Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit.

Eine große Zahl auskunftgebender Stellen gibt an, dass es in ihrem jeweiligen Land Programme und Politiken zu Unterstützung der Entwicklung von KMUs, Qualifizierung und Sozialschutz gibt und diese für das Thema von Bedeutung sind. Zahlreiche auskunftgebende Stellen führen die Mikrofinanzpolitik, Zugang zu Kreditprogrammen sowie die innerstaatliche Beschäftigungspolitik und innerstaatliche Beschäftigungsprogramme als von Bedeutung für das Thema an. Andere gängige und relevante Politiken und Programme umfassen Bereiche wie die Arbeitsaufsicht, den Arbeitsschutz, die Beschäftigung im ländlichen Raum, das Unternehmertum und die Jugendbeschäftigung.

II. Präambel

Fr. 3 *Sollte die Präambel des vorgeschlagenen Instruments auf internationale Arbeitsnormen und die Instrumente der Vereinten Nationen verweisen, die für die informelle Wirtschaft von Bedeutung sind?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 86

Verneinend: 7

Sonstige: 4

Bemerkungen

Kanada: Ein Hinweis auf die Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, 1998, könnte sinnvoll sein.

Honduras: Dieser Hinweis würde den notwendigen regulatorischen Kontext als Richtschnur für alle Akteure bieten und den Übergangsprozess erleichtern.

Portugal: In der Präambel sollte auf die internationalen Arbeitsnormen und alle anderen Instrumente mit einem Bezug auf die informelle Wirtschaft hingewiesen werden.

Senegal: Es sollte auch auf die Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung verwiesen werden.

Vereinigtes Königreich: Es wird angestrebt, ein kurzes und klares Instrument zu bekommen. Alle Instrumente aufzuführen, von denen manche die informelle Wirtschaft vielleicht nur tangieren, würde diesem Ziel zuwiderlaufen.

Vereinigte Staaten: Alle grundlegenden Arbeitsnormen der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sind für die informelle Wirtschaft von Bedeutung.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 8

Verneinend: 2

Sonstige: 8

Bemerkungen

CACIF: Es ist wichtig, auf die internationalen Normen und Instrumente zu verweisen, die die Anwendung des vorgeschlagenen Instruments unterstützen, insbesondere auf diejenigen, die Konzepte, Prinzipien und Präzedenzfälle im Zusammenhang mit dem Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft etablieren.

IOE, Keidanren, OEB, SAV, SEV: Was IAO-Normen betrifft, wäre es wichtig vorzuschlagen, dass in der Präambel nur auf die acht grundlegenden und die vier prioritären Übereinkommen hingewiesen wird.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 65

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die zentralen IAO-Instrumente sollten aufgeführt werden und darüber hinaus Instrumente der Vereinten Nationen mit einem Schwerpunkt auf Rechten bei der Arbeit einschließlich der

Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sowie der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

CUT-A (Paraguay): Es sollte einen Verweis auf die Übereinkommen zum Thema indigene Völker geben.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwiegende Mehrheit der Regierungen und alle Arbeitnehmerverbände stimmen überein, dass in der Präambel auf internationale Arbeitsnormen und die Instrumente der Vereinten Nationen hingewiesen werden sollte, die für die informelle Wirtschaft von Bedeutung sind, weil diese Instrumente wertvolle Orientierungshilfe enthalten, die den Prozess des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft erleichtern würde, und sich Mitglieder bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer innerstaatlichen Politiken und Programme daran orientieren könnten. Gleichzeitig vertritt eine Reihe von Regierungen die Auffassung, dass es besser wäre, die Präambel kurz zu halten. Die meisten Arbeitgeberverbände favorisieren ebenfalls eine kurze Präambel mit einem möglichen Verweis auf die grundlegenden und prioritären Übereinkommen. Unter den Arbeitnehmerverbänden besteht allgemein Übereinstimmung, dass auf eine Reihe wichtiger Instrumente hingewiesen werden sollte.

Das Amt gelangte zu der Überzeugung, dass es ausreichend Unterstützung dafür gibt, in der Präambel daran zu erinnern, dass eine Reihe internationaler Arbeitsnormen und andere internationale Instrumente für die informelle Wirtschaft von Bedeutung sind. In Anbetracht der Kommentare in Bezug auf die Länge der Präambel und unter Berücksichtigung des Konsenses der Dreigliedrigen Sachverständigentagung, die Absätze der Präambel kurz zu halten und nur auf die Normen mit der größten Relevanz hinzuweisen, und der positiven Antworten, die zu Frage 31 eingingen, die sich auf die Möglichkeit bezieht, eine Liste relevanter internationaler Arbeitsnormen als Anhang aufzunehmen schlug das Amt vor, dass der konkrete Hinweis in der Präambel auf die grundlegenden IAO-Übereinkommen beschränkt werden soll.

Im Licht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, dass in der Präambel auf die einschlägigen internationalen Arbeitsnormen, insbesondere die grundlegenden Übereinkommen der IAO, sowie die einschlägigen Instrumente der Vereinten Nationen verwiesen wird (siehe Punkt 3 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen), und dass eine Liste infrage kommender Instrumente in einen Anhang der Urkunde aufgenommen wird (siehe Frage 31). Außerdem schlägt das Amt vor, dass in der Präambel in Punkt 3 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen auf die Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen, 1998, und die Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung, 2008, verwiesen wird. Im Übrigen schlägt das Amt in Anbetracht dessen, dass die Aufnahme einschlägiger Instrumente der Vereinten Nationen unterstützt wird, vor, in den operativen Teil der vorgeschlagenen Urkunde in Punkt 19 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen eine Bestimmung über Menschenrechte aufzunehmen.

Fr. 4

Sollte die Präambel des vorgeschlagenen Instruments darauf hinweisen, dass:

- a) die meisten Menschen eine Tätigkeit in der informellen Wirtschaft nicht freiwillig aufnehmen, sondern als Folge fehlender Möglichkeiten in der formellen Wirtschaft, und sie keine andere Existenzgrundlage haben?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 78

Verneinend: 15

Sonstige: 4

Bemerkungen

Deutschland, Kanada: Schlagen vor, „die meisten“ zu „viele“ zu ändern.

Islamische Republik Iran, Nepal, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowenien, Trinidad und Tobago, Türkei: Es gibt eine Vielzahl freiwillig und bewusst gewählter informeller Arbeitsplätze. In die informelle Wirtschaft einzutreten, kann auch eine Entscheidung nach einer Analyse auf der Grundlage von Kosten und Nutzen sein, die in der formellen Wirtschaft angetroffen werden.

Mexiko: Die Ursachen der informellen Wirtschaft sind vielfältig, und es sollte eine empirische Untersuchung durchgeführt werden, um zu ermitteln, was die Ursachen sind. Eine solche Ursache ist die übermäßige Regulierung gesetzlich etablierter Verfahren, die mit hohen Transaktionskosten verbunden sind.

Panama: Auf dem Arbeitsmarkt ist informelle Arbeit ein Mechanismus zur Regelung des Beschäftigungs- und des Lohnniveaus. Dass es sie weiterhin gibt, kann durch den Bedarf an Einkommen erklärt werden.

Vereinigte Staaten: Der Ausdruck „fehlender Möglichkeiten in der formellen Wirtschaft“ deckt möglicherweise die zahlreichen Gründe dafür, dass Menschen in einem entwickelten Land in die informelle Wirtschaft eintreten, nicht angemessen ab.

Uruguay: Sie ist eine Realität in allen Ländern, und jede Studie besagt dies. Eine Erscheinungsform hiervon ist die Verknüpfung zwischen Informalität und Armut.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 5

Verneinend: 14

Sonstige: 0

Bemerkungen

ANDI, IOE, Keidanren, MEDEF, OEB, SEV: Diese Aussage verengt den Umfang der informellen Wirtschaft beträchtlich, weil ihr fälschlicherweise die Annahme zugrunde liegt, dass die Teilnahme an der informellen Wirtschaft als Folge fehlender Möglichkeiten in der formellen Wirtschaft immer und definitiv unfreiwillig ist, und sie vernachlässigt den Umstand, dass die Teilnahme an der informellen Wirtschaft auf verschiedene ordnungspolitische Probleme sowie ungünstige oder ineffiziente Umfelder zurückgeht. Die Teilnahme an der informellen Wirtschaft ist nicht immer unfreiwillig.

CACIF: Diese Information sollte unter Angabe der Gründe, warum Personen in die informelle Wirtschaft eintreten, in einem Absatz im Hauptteil des Instruments aufgenommen werden, und sie sollte nicht als ein Fakt oder als eine isolierte Einzelinformation präsentiert werden.

DA: In manchen Ländern ist die informelle Wirtschaft häufig auf ein ineffizientes Umfeld für die Wirtschaft zurückzuführen.

Arbeitnehmer*Anzahl der Antworten: 64**Bejahend: 61**Verneinend: 3**Sonstige: 0***Bemerkungen**

Konsolidierte Antwort: Zusätzlich sollte das vorgeschlagene Instrument daran erinnern, dass Erwerbstätige „de facto“ in der informellen Wirtschaft tätig sein können, wenn sie vom Geltungsbereich des Arbeitsrechts ausgeschlossen sind, wenn Rechtsvorschriften unklar sind oder wenn sie von ihren Arbeitgebern nicht registriert oder angemeldet werden. Das vorgeschlagene Instrument sollte der Situation der unterschiedlichen Gruppen von Akteuren Rechnung tragen, die in der informellen Wirtschaft aktiv sind, also informell beschäftigten Lohnarbeitern, selbstständig Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten.

CSN: In der Präambel sollte auch zum Ausdruck gebracht werden, dass ohne Politiken mit einem Schwerpunkt auf Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit Wirtschaftswachstum allein nicht ausreicht, um bessere Einkommen und produktive Beschäftigung zu erreichen.

CUT (Kolumbien): Es ist wichtig, mit der Annahme zu arbeiten, dass informelle Arbeit gewöhnlich nicht frei gewählt, sondern aufgezwungen wird.

KSBSI: Bisweilen werden Arbeitnehmer auch in die Informalität gezwungen, weil sie nicht angemeldet oder registriert werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine deutliche Mehrheit der Regierungen und die meisten Arbeitnehmervverbände stimmen überein, dass die Präambel auf diese Aussage hinweisen sollte. Eine große Zahl von Arbeitnehmervverbänden hebt hervor, dass Arbeitnehmer aus einer Reihe von Gründen „de facto“ in der informellen Wirtschaft tätig sein können. Zu diesen zählt, explizit vom Geltungsbereich des Arbeitsrechts ausgeschlossen zu sein, dass Rechtsvorschriften nicht durchgesetzt werden und vom Arbeitgeber nicht registriert oder angemeldet zu werden.

Viele auskunftgebende Regierungen und Arbeitgeberverbände weisen jedoch darauf hin, dass die Teilnahme an der informellen Wirtschaft freiwillig sein kann. Daneben heben einige Regierungen hervor, dass wegen besonderer Gegebenheiten von Ländern „die meisten“ durch „viele“ ersetzt werden sollte. Das vorgeschlagene Instrument sollte auch der Situation unterschiedlicher Gruppen von Akteuren Rechnung tragen, die in der informellen Wirtschaft aktiv sind, also informell beschäftigten Lohnarbeitern, selbstständig Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 3 d) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen festzustellen, dass manche Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft tätig sind, um die Rechtsvorschriften zu umgehen.

Fr. 4

- b) *Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft über ein großes unternehmerisches Potential verfügen können und ihre Kreativität, ihre Dynamik, ihre Fähigkeiten und ihre Innovationsfähigkeit florieren könnten, wenn Hindernisse für den Übergang zur formellen Wirtschaft beseitigt werden könnten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 82

Verneinend: 8

Sonstige: 7

Bemerkungen

Brasilien: Es ist wichtig, detaillierter anzugeben, was mit „Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten“ gemeint ist, sodass die auf Solidarität basierenden Wirtschaftsunternehmen klar eingeschlossen sind. Anreize und Entwicklung können erwähnt werden.

Honduras: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Verringerung der Transaktionskosten Unternehmen einen Anreiz für den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft gibt.

Italien: Auch unter Berücksichtigung des Umstands, dass Arbeit unter dem Recht entsprechenden Bedingungen Zugang zu allen Arten von Anreizen und Belohnungen eröffnet.

Malawi: Zu den Hindernissen zählen Schwierigkeiten beim Zugang zu Land und Infrastruktur, Zugang zu Mikrofinanzen, unzureichende Qualifikationen und Ausbildung im Bereich des Unternehmertums.

Südafrika: Dies könnte durch ein rechtliches und regulatorisches Förderumfeld, Unterstützung für die Unternehmensentwicklung und gute Koordinierung erreicht werden.

Schweden: Es ist nicht nur eine Frage der Beseitigung von Hindernissen, sondern auch von Wachstumsanreizen und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der informellen Wirtschaft.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 11

Verneinend: 3

Sonstige: 3

Bemerkungen

IOE, SAV: Es sollte hervorgehoben werden, dass es wichtig ist, Institutionen (wie Eigentumsrechte) und die unterschiedlichen Zweige der Regierung zu stärken; Vorschriften anzupassen und zu vereinfachen sowie ihre Wirksamkeit gemäß der Realität zu verbessern, in der Wirtschaftseinheiten tätig sind. Die informelle Wirtschaft bietet auch Chancen für Geringqualifizierte mit niedriger Produktivität, die aufgrund von Faktoren wie unverhältnismäßig hohen Mindestlöhnen, einem starren Arbeitsmarkt usw. aus der formellen Wirtschaft verdrängt werden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 66

Bejahend: 61

Verneinend: 3

Sonstige: 2

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die Beseitigung von Hindernissen für den Übergang zur formellen Wirtschaft ist zu wenig. Es geht vielmehr um die Umsetzung einer integrierten Strategie, die den Übergang zur formellen Wirtschaft erleichtert, in der sich talentierte Unternehmer entfalten können.

SEWA: Arme Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft können nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Kräfte bündeln und gute Politiken nutzen, um Hindernisse zu beseitigen. Dies kann nur durch die Gründung von Genossenschaften oder genossenschaftsähnlichen Organisationen geschehen.

KOMMENTAR DES AMTES

Hinsichtlich dieser Aussage herrscht breite Übereinstimmung zwischen Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. In zahlreichen Antworten von Regierungen sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wird hervorgehoben, dass ein geeignetes rechtliches und regulatorisches Umfeld mit einer soliden makroökonomischen Politik geschaffen werden muss, die Übergänge in die Formalität erleichtert.

Viele Arbeitnehmerverbände und einige Regierungen heben hervor, dass dem vorgeschlagenen Instrument ein positiverer Ansatz zugrunde gelegt werden könnte, was die Schaffung eines Förderumfelds für Übergänge zur Formalität betrifft, statt sich nur auf Hindernisse zu konzentrieren. Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände äußerten diesen Wunsch auch auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 3 h) der Schlussfolgerungen das Wort „florieren“ durch „voll zur Entfaltung kommen“ zu ersetzen.

- Fr. 4** c) *die Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit in der informellen Wirtschaft am ausgeprägtesten sind?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 84

Verneinend: 9

Sonstige: 4

Bemerkungen

Honduras: Im informellen Sektor arbeitende Personen erreichen angesichts ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Einkommen nicht zu menschenwürdiger Arbeit.

Panama: Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit finden sich in der informellen Wirtschaft auch dort, wo durch Missbrauch ausbeuterische und unwürdige Bedingungen entstehen.

Vereinigtes Königreich: Dies würde voraussetzen, dass im Hinblick auf die Verringerung der informellen Wirtschaft das primäre Ziel die Verringerung von Defiziten im Bereich der menschenwürdigen Arbeit ist und nicht die Verringerung der informellen Wirtschaft selbst die Zielsetzung ist.

Schweiz, Vereinigte Staaten: Der Ausdruck „Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit“ kann nicht definiert werden und sollte nicht verwendet werden.

Uruguay: Die Arbeitsplatzunsicherheit im informellen Sektor ist eine Realität.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 6

Verneinend: 12

Sonstige: 2

Bemerkungen

ANDI, IOE, Keidanren, OEB, SEV: Die informelle Wirtschaft dient dazu, insbesondere für Frauen in Entwicklungsländern die Chancen auf eine Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. In Fällen, in denen informelle Beschäftigung hilft, diejenigen Arbeitsplätze zu bieten, die keinen Arbeitsplatz in der formellen Wirtschaft finden können, vernachlässigt die Charakterisierung der informellen Wirtschaft als ein Wirtschaftszweig mit Defiziten im Bereich der menschenwürdigen Arbeit den Umstand, dass manche Arbeitsplätze in der informellen Wirtschaft menschenwürdig sind und eine Einkommensquelle für diejenigen darstellen, die ansonsten keine Beschäftigung finden können. In das vorgeschlagene Instrument ein unklares Konzept oder eine unklare Definition von menschenwürdiger Arbeit aufzunehmen, wird die Diskussion von Übergängen zur formellen Wirtschaft ablenken und stattdessen eine Debatte über die Bedeutung menschenwürdiger Arbeit auslösen.

DA: Es sollte nicht auf die Agenda für menschenwürdige Arbeit Bezug genommen werden, weil dies zu einer diffusen Debatte führen und von der Diskussion über die Suche nach Möglichkeiten ablenken könnte, wie die Formalisierung der informellen Wirtschaft verbessert werden kann.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 63

Bejahend: 61

Verneinend: 2

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Definitionsgemäß sind Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft nicht durch das Recht geschützt, und ihre Grundrechte sind schwer zu verteidigen. Diesen Arbeitnehmern mangelt es häufig an Verhandlungsrechten, und sie empfinden es als schwierig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bei ihnen ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie von einem unsicheren Arbeitsumfeld, Diskriminierung und Schikanie betroffen sind, und ihr Zugang zu sozialem Schutz ist häufig beschränkt, was ihre Gesundheit unmittelbar gefährdet. In der informellen Wirtschaft ist die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts besonders stark verbreitet.

CONATO, CONUSI, CS: Angesichts fehlender Arbeitsplatzsicherheit und Sozialer Sicherheit gibt es in der informellen Wirtschaft kaum Aspekte von menschenwürdiger Arbeit.

CUT (Kolumbien): Es ist sehr gravierend, wenn bei einem formellen Arbeitsplatz ein oder mehrere Elemente von menschenwürdiger Arbeit fehlen, aber es ist noch viel gravierender, dass Menschen im informellen Sektor im Allgemeinen alle Aspekte menschenwürdiger Arbeit vorenthalten werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwiegende Mehrheit der Regierungen und fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Eine Mehrheit der Arbeitgeberverbände und einige Regierungen erklären, dass „Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit“ ein unklares Konzept ist. Eine Regierung und ein Arbeitgeberverband schlagen vor, das Thema der Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit vom Thema der Übergänge zur Formalität zu trennen.

Indessen vertreten manche Regierungen die Position, dass auf „Defizite im Bereich der menschenwürdigen Arbeit“ wegen des subjektiven Charakters des Ausdrucks und der Schwierigkeiten, diese zu messen, in dem vorgeschlagenen Instrument nicht hingewiesen werden sollte. Manche Arbeitgeberverbände fordern Klarstellungen der Definition von „Defiziten im Bereich der menschenwürdigen Arbeit“ und fügen hinzu, dass unklar bleibt, wie ein Hinweis auf menschenwürdige Arbeit zur Definition des Geltungsbereichs und des Inhalts des vorgeschlagenen Instruments beitragen wird.

Der Ausdruck „menschenwürdige Arbeit“ wurde beibehalten angesichts dessen, dass er bereits in der von der IAK auf ihrer 97. Tagung im Jahr 2008 angenommenen Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung verwendet worden war.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 3 f) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 4 d) *Informalität in erster Linie eine ordnungspolitische Frage ist?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 64

Verneinend: 25

Sonstige: 8

Bemerkungen

Belgien: Die Ausweitung der informellen Wirtschaft kann häufig auf ungeeignete oder schlecht umgesetzte makroökonomische oder sozialpolitische Maßnahmen zurückgeführt werden, die in vielen Fällen ohne dreigliedrige Konsultationen entwickelt wurden, auf nicht vorhandene rechtliche und institutionelle Förderrahmen, auf fehlende gute Regierungsführung und auf mangelndes Vertrauen in die Institutionen und Verwaltungsverfahren.

Burkina Faso, Ruanda: Informalität ist primär eine Frage wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.

Chile: Informalität wird durch mehrere Probleme verursacht, von denen manche außerhalb des Einflussbereichs der Regierung liegen.

Frankreich: Die Frage der Ordnungspolitik ist wichtig, aber sie ist nicht der einzige Faktor mit einem Einfluss auf die informelle Wirtschaft. Die Stabilität und Wirksamkeit von Institutionen, die Entwicklung sowie Unterstützung von Politiken und Instrumenten in Bezug auf den Arbeitsmarkt spielen ebenfalls eine Rolle.

Indien: Informalität ist in erster Linie kein ordnungspolitisches Problem, sondern ein Strukturproblem.

Mexiko: Der Begriff „Ordnungspolitik“ ist weder eindeutig noch allgemein akzeptiert. Er sollte innerhalb eines grundlegenden konzeptionellen Rahmens definiert werden, um Verwirrung zu vermeiden.

Panama: Die informelle Wirtschaft ist eine Möglichkeit zur Integration ungelernter Arbeitskräfte. Ordnungspolitik ist enger mit der Förderung von Selbstständigkeit oder Unternehmertum verknüpft.

Uganda: Informalität ist zum Teil eine Frage der Folgen von Strukturanpassungen.

Vereinigte Staaten: Informalität ist das Ergebnis einer Kombination von Faktoren einschließlich der Kapazität der Regierung, der aktuellen Situation der Volkswirtschaft, der Integration von Regionen in die Volkswirtschaft sowie in manchen Fällen kultureller und lokaler Faktoren.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 12

Verneinend: 5

Sonstige: 1

Bemerkungen

CCP, KEF: Es gibt ein breites Spektrum anderer Faktoren.

ANDI, IOE, Keidanren, MEDEF, OEB, SEV: Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, wie das Fehlen solider, berechenbarer und effizienter Institutionen einschließlich Eigentumsrechten, Gesetzen, Regeln und Vorschriften oder ihr begrenzter Geltungsbereich und ihre begrenzte Durchsetzung die Informalität fördern.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 58

Verneinend: 4

Sonstige: 3

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Der Grad der Informalität hängt zu einem großen Teil von der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik ab, für deren Umsetzung sich Regierungen entscheiden. In vielen Ländern führte die Deregulierung der Arbeitsmärkte zu mehr Informalität bei der Arbeit. Aber nicht alle Länder verfügen über die gleichen politischen und fiskalischen Spielräume, um der Informalität entgegenzuwirken. Deshalb ist die Ordnungspolitik ein zentrales Problem, aber nicht das einzige.

AFL-CIO: In vielen entwickelten Ländern führte die Deregulierung der Arbeitsmärkte zu einem höheren Grad von Informalität bei zuvor formellen Arbeitsplätzen. Der Schwerpunkt sollte auf Reformen bestehender Gesetze und Vorschriften mit dem Ziel der Anpassung an die Bedingungen von informellen Erwerbstätigen gelegt werden, bevor ihre Einhaltung durchgesetzt wird.

CONATO, CONUSI, CS: Wenngleich die Wirtschaft nicht geplant ist, fördert es die Informalität, wenn sie zugelassen wird und nichts unternommen wird, um sie zu bekämpfen.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine Mehrheit der Regierungen sowie die meisten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unterstützen diese Aussage. Die meisten Regierungen, die ablehnend antworteten, stimmten dennoch zu, dass die Frage der Ordnungspolitik von Bedeutung ist. Sie argumentierten jedoch, dass Informalität auch auf anderen Ursachen beruht, die genauso wichtig sein könnten – einschließlich schlechter makroökonomischer Leistung, eines niedrigen Grads der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und niedrigen Bildungsstands der Erwerbsbevölkerung.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, den Aspekt vielfältiger Ursachen in Punkt 3 e) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen aufzunehmen, um allen möglichen Kontexten besser Rechnung zu tragen.

Fr. 5 *Sollte die Präambel des vorgeschlagenen Instruments das große Ausmaß an Informalität und die Dringlichkeit von Maßnahmen anerkennen, um Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten schrittweise Übergänge von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu ermöglichen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 87

Verneinend: 8

Sonstige: 2

Bemerkungen

Belgien: Das Übergewicht der informellen Beschäftigung, das infolge der globalen Krise noch ausgeprägter geworden ist, hat nicht nur negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung, sondern hindert in der informellen Wirtschaft gefangene Familien und Wirtschaftseinheiten auch, ihre Produktivität zu steigern und der Armut zu entkommen.

Benin, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Senegal: Die informelle Wirtschaft beschäftigt den größten Teil der Bevölkerung und ist daher ein wichtiges Thema für die sozioökonomische Entwicklung.

Chile: Dies ermöglicht ein besseres Verständnis der Bedeutung des Problems und der Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen.

Frankreich, Schweiz: Die informelle Wirtschaft zeichnet sich durch eine große Vielfalt von Aspekten aus, und dies muss in dem Text erwähnt werden, indem nach „das große Ausmaß an Informalität“ „in all ihren Aspekten“ eingefügt wird.

Deutschland: Das Ausmaß ist in den Ländern weltweit unterschiedlich ausgeprägt. Ein Hinweis auf das insgesamt hohe Ausmaß sollte in der Präambel erfolgen.

Indien: Die Anerkennung der Wirklichkeit ist die Voraussetzung für die Ausarbeitung eines wirkungsvollen Instruments.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 13

Verneinend: 4

Sonstige: 1

Bemerkungen

ANDI, DA, IOE, Keidanren, OEB, SAV, SEV: Unabhängig von der Dringlichkeit sollten dreigliedrige Beratungen über die Ausarbeitung der Maßnahmen zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt werden. Die große Vielfalt der Erscheinungsformen von Informalität sollte ebenfalls anerkannt werden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 61

Verneinend: 1

Sonstige: 3

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Es sollte auch die Zunahme der Informalität in fast allen Ländern und allen Sektoren im Lauf der Zeit anerkannt werden. Privatisierungs- und Deregulierungsprogramme haben zu einem höheren Grad an Informalität geführt.

NSZZ: Dringendes Handeln ist vor allem erforderlich aufgrund der finanziellen Kosten durch höhere Belastungen des Systems der Sozialen Sicherheit und der Kosten eines unfairen Wettbewerbs.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit von Regierungen und von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sprechen sich für die Aufnahme dieser Aussage aus. Einige Regierungen heben hervor, dass die Anerkennung der hohen Inzidenz von Informalität weltweit und ihre Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung von Ländern zur Beschleunigung der Anstrengungen in Bezug auf die Erleichterung von Übergängen zur Formalität beitragen werden. Fast alle Arbeitnehmerverbände erklären, dass die zunehmende Informalität ein gemeinsames Phänomen in allen Ländern und Sektoren ist. Seine Ursachen seien Privatisierung und Regulierungsprogramme, es werde durch die Finanzkrise verschärft und resultiere in Einkommens- und Arbeitsplatzunsicherheit, niedriger Produktivität und dem Teufelskreis, in der informellen Wirtschaft gefangen zu sein.

Einige Regierungen halten die Verwendung des Begriffs „Dringlichkeit“ für unangemessen. Manche Regierungen und eine Mehrheit der Arbeitgeberverbände unterstreichen die Notwendigkeit, die Vielfalt der informellen Wirtschaft hervorzuheben.

Hinsichtlich der angeführten Bedenken stellt das Amt fest, dass auf das Thema der Vielfalt in der informellen Wirtschaft in Frage 10 eingegangen wird.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 3 c) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen darauf hinzuweisen, dass die starke Verbreitung der informellen Wirtschaft eine bedeutende Herausforderung für die inklusive Entwicklung und die Rechtsstaatlichkeit ist. Außerdem schlägt das Amt vor, auf die negativen Auswirkungen der starken Verbreitung der Informalität auf einer Reihe diesbezüglicher Aspekte und Akteure hinzuweisen. Das Amt schlägt vor, hinsichtlich der Anerkennung der Notwendigkeit dringlicher Maßnahmen in Punkt 4 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 6

Sollte die Präambel des vorgeschlagenen Instruments die Häufigkeit von informeller Beschäftigung in formellen Betrieben und die Notwendigkeit anerkennen, dagegen vorzugehen?

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 83

Verneinend: 12

Sonstige: 2

Bemerkungen

Kanada: Es ist unklar, worauf sich „informelle Beschäftigung in formellen Betrieben“ bezieht.

Guatemala: Es ist notwendig, auf das Problem der informellen Beschäftigung im formellen Sektor einzugehen, weil es durch Steuerumgehung negative Auswirkungen auf die Staatsfinanzen hat und weil solche Beschäftigung gegen die Arbeitsgesetze verstößt.

Honduras: Das Hauptproblem der informellen Beschäftigung liegt im informellen Sektor und nicht im formellen Sektor. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, Bedingungen und Anreize für den Übergang von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu schaffen. Das Problem informeller Beschäftigung in formellen Unternehmen kann durch die Anwendung des Rechts angegangen werden.

Schweden: Das Instrument sollte auch anerkennen, dass informelle Wirtschaft in globalen Waren- und Lieferketten stattfinden kann, in der gleichen Weise wie in anderen Teilen der Wirtschaft.

Uganda: Die informelle Beschäftigung in formellen Betrieben nimmt durch die Vergabe von Unteraufträgen zu, beeinträchtigt die Vereinigungsfreiheit sowie Prozesse und Mechanismen für Kollektivverhandlungen und erschwert menschenwürdige Arbeit.

Vereinigte Staaten: Die verschiedenen Formen von Informalität sollten anerkannt werden. Dazu zählt die falsche Einstufung von Arbeitnehmern als selbstständige Auftragnehmer, um die Zahlung von Leistungen und Kontrollen zu vermeiden oder Arbeitsgesetze zu umgehen. Diesen Problemen muss entgegen gewirkt werden.

Vietnam: Das Ausmaß der informellen Beschäftigung in formellen Betrieben ist insignifikant, verglichen mit anderen Formen informeller Beschäftigung.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 5

Verneinend: 14

Sonstige: 1

Bemerkungen

ANDI: Wer im formellen Sektor Rechtsvorschriften nicht einhält, verhält sich rechtswidrig, und in solchen Fällen gibt es andere Arten von Maßnahmen, die sich von denjenigen unterscheiden, die ergriffen werden müssen, um den Übergang von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu fördern.

DA, EK, IOE, Keidanren, MEDEF, OEB, SAV, SEV: Obwohl es wahr ist, dass informelle Beschäftigung auch in der formellen Wirtschaft vorkommt, sollte sie wahrscheinlich zurückgestellt werden, damit zuerst ein klares Verständnis der Definition von informeller Beschäftigung etabliert werden kann. Dies darf anderen Mitgliedsgruppen nicht die Gelegenheit bieten, das Konzept von „prekärer Arbeit“ in die Diskussion einzubringen, dessen Definition noch unklar und umstritten ist. Noch wichtiger ist, dass dies anderen Mitgliedsgruppen nicht die Gelegenheit bieten darf, verschiedene Formen flexibler Verträge in die Diskussion einzubringen, weil es sich dabei angeblich um Formen von „informeller Beschäftigung“ handelt.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 63

Verneinend: 1

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die systematische Nutzung von Leiharbeit, Outsourcing, Auftragsweitervergabe, Null-Stunden-Verträgen und Scheinselbstständigkeit hat zu mehr Informalität bei der Arbeit geführt. Es sollte auch die Häufigkeit von informeller Beschäftigung in globalen Lieferketten und die Notwendigkeit anerkennen, ihr entgegenzuwirken.

ASI: Es ist klar, dass die informelle Wirtschaft irgendwie zu einem Ort für die Anwerbung von Arbeitskräften geworden ist, um Kollektivvereinbarungen zu vermeiden, mehr prekäre Arbeit zu schaffen und Unternehmen zu stärken, die Gedingearbeit, Auslagerung und andere Formen illegaler Arbeit bieten.

CUT (Kolumbien): Dieser Hinweis muss in die Präambel des Instruments aufgenommen werden, damit absolut klar ist, dass der Prozess der Schwächung des Arbeitnehmerstatus in formellen Wirtschaftssektoren zu einer großen Zahl informeller Erwerbstätiger mit vielen Arten von Arbeitsverhältnissen führt, die gegen Arbeitnehmerrechte verstoßen.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen überein, dass die Präambel die Häufigkeit informeller Beschäftigung in formellen Betrieben und die Notwendigkeit anerkennen sollte, ihr entgegenzuwirken. Einige Regierungen und Arbeitnehmerverbände lenken die Aufmerksamkeit auf die Häufigkeit von informeller Beschäftigung in globalen Lieferketten. Arbeitnehmerverbände stellen fest, dass Outsourcing, die Vergabe von Unteraufträgen und Scheinselbstständigkeit zu mehr Informalität geführt haben. Eine sehr große Mehrheit der Arbeitgeber ist aus unterschiedlichen Gründen mit der Aufnahme dieser Aussage nicht einverstanden. Manche behaupten, sie liege außerhalb des Geltungsbereichs dieses Instruments; andere hoben das Fehlen einer präzisen Definition von informeller Beschäftigung hervor.

Zahlreiche Regierungen betonen, dass die Bekämpfung informeller Beschäftigung in formellen Betrieben eines der Kernziele des vorgeschlagenen Instruments ist. Einige Regierungen stellen fest, dass informelle Beschäftigung in formellen Betrieben ein großes Problem in gewissen Ländern ist, während in anderen die Häufigkeit von informeller Beschäftigung im formellen Betrieb verglichen mit anderen Formen informeller Beschäftigung insignifikant ist.

Das Amt schlägt vor, den in den Fragen 6 und 14 c) erörterten Punkt im Abschnitt „Geltungsbereich“ in den Punkten 5 bis 10 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen zu behandeln.

III. Geltungsbereich

Fr. 7

Sollte das vorgeschlagene Instrument die informelle Wirtschaft gemäß der von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 90. Tagung im Jahr 2002 angenommenen EntschlieÙung über menschenwürdige Arbeit und die informelle Wirtschaft wie folgt beschreiben:

Der Ausdruck „informelle Wirtschaft“ bezieht sich auf alle Wirtschaftstätigkeiten durch Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten, die – in Gesetz oder Praxis – nicht oder unzureichend durch formelle Regelungen erfasst werden. Ihre Tätigkeiten fallen nicht unter das Gesetz, was bedeutet, dass sie außerhalb der formellen Reichweite des Gesetzes tätig sind; oder sie sind in der Praxis nicht erfasst, was bedeutet, dass sie zwar in der formellen Reichweite des Gesetzes tätig sind, dass das Gesetz aber nicht angewendet oder durchgesetzt wird; oder das Gesetz wird nicht eingehalten, weil es unangemessen ist, eine Belastung darstellt oder übermäßige Kosten auferlegt.

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 78

Verneinend: 8

Sonstige: 11

Bemerkungen

Österreich: Die Definition unterscheidet nicht zwischen selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit.

Belgien: Der Landesarbeitsrat hält es für angemessener, die Definition von 2002 zu ersetzen und verweist auf den Beitrag der 17. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker (ICLS) und das IAO-Handbuch von 2013.

China: Die Beschreibung sollte entsprechend den Tendenzen in Theorie und Praxis seit dem Jahr 2002 erneuert werden.

Côte d'Ivoire, Deutschland, Italien, Portugal: Die Beschreibung der informellen Wirtschaft gemäß der EntschlieÙung von 2002 kann als ein Ausgangspunkt dienen.

Frankreich: Die Definition weiÙt bestimmte Ungenauigkeiten und Lücken auf, die man erneut erörtern müsste. Lediglich legale, jedoch nicht deklarierte Tätigkeiten können mit geeigneten Maßnahmen in Richtung der formellen Wirtschaft gelenkt werden, während illegale Tätigkeiten aufgrund ihres Charakters (Handel jeglicher Art, Geldwäsche, Menschenhandel, ...) nicht in den Geltungsbereich eines Gesetzes fallen können.

Indien: Die Beschreibung der informellen Wirtschaft, wie sie in der EntschlieÙung von 2002 angenommen wurde, ist angemessen und vernünftig und muss berücksichtigt werden.

Mexiko: Diese Beschreibung der informellen Wirtschaft wird Vergleiche auf der internationalen Ebene ermöglichen, indem sie einen einheitlichen Bezugspunkt schafft.

Schweiz, Uganda: Seit der Annahme der EntschlieÙung vor 12 Jahren hat sich die Situation verändert.

Uganda: Die EntschlieÙung bildet die Grundlage für einen Konsens über die Definition für die informelle Wirtschaft, sollte jedoch auch neue Entwicklungen berücksichtigen.

Vereinigtes Königreich: Diese Definition sollte nicht verwendet werden, um eine Verbindung zwischen der informellen Wirtschaft und menschenwürdiger Arbeit herzustellen.

Vereinigte Staaten: Eine nützliche Definition sollte diejenigen Arbeitnehmer einschließen, die „in sowohl Produktion als auch Beschäftigung einen nicht anerkannten, nicht geschützten oder nicht geregelten Status“ haben. Die Definition von 2002 weist mehrere Mängel auf, was sie zu einer schwachen Grundlage für eine Diskussion und einen zukünftigen normensetzenden Prozess macht.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 9

Verneinend: 9

Sonstige: 2

Bemerkungen

ANDI: Es sollte eine breiter gefasste Definition entwickelt werden, die alle Aspekte der informellen Wirtschaft und die Gründe für die informelle Wirtschaft integriert, die nicht auf die Anwendung des Rechts beschränkt ist.

CEC, DA, IOE, Keidanren, MEDEF, SAV, SEV: Seit 2002 hat sich viel verändert. Eine andere Definition könnte ausgearbeitet werden, die Erfahrungen und von internationalen Stellen und IAO-Mitgliedsländern durchgeführte Arbeiten seit der EntschlieÙung von 2002 berücksichtigt.

IOE: Auskunftgebende Stellen müssen sich fragen, ob es als eine Definition der informellen Wirtschaft akzeptiert wird, dass durch das Recht abgedeckte Aktivitäten als Teil der informellen Wirtschaft eingestuft werden, wenn die Gesetze nicht durchgesetzt werden oder nicht durchsetzbar sind. Sie muss umfassender sein und mehr als die Durchsetzung des geltenden Rechts umfassen. Die Nichtdurchsetzung des geltenden Rechts ist nur einer der Gründe für die Ausweitung der informellen Wirtschaft.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 68

Bejahend: 38

Verneinend: 2

Sonstige: 28

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die Beschreibung der informellen Wirtschaft aus dem Jahr 2002 sollte durch eine Definition ersetzt werden, die die von der 17. Internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker 2003 angenommene statistische Definition und das Statistikhandbuch der IAO von 2013 über den informellen Sektor und die informelle Beschäftigung berücksichtigt. Die vorgeschlagene Definition lautet:

Der Begriff „informelle Wirtschaft“ bezieht sich auf alle wirtschaftlichen Aktivitäten von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten, die – im Recht oder in der Praxis – nicht oder unzureichend durch formelle Regelungen abgedeckt sind. Informelle Beschäftigung bezieht sich auf informelle Arbeitsplätze unabhängig davon, ob sie in Unternehmen des formellen Sektors, in Unternehmen des informellen Sektors oder in Haushalten angesiedelt sind. Diese umfassen auf eigene Rechnung tätige Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die in ihren eigenen Unternehmen des informellen Sektors beschäftigt sind; mithelfende Familienangehörige unabhängig davon, ob sie in Unternehmen der formellen oder der informellen Wirtschaft tätig sind; Beschäftigte auf informellen Arbeitsplätzen unabhängig davon, ob sie von Unternehmen des formellen oder des informellen Sektors oder als Hausangestellte von Haushalten beschäftigt werden; Mitglieder von informellen Erzeugergenossenschaften; und auf eigene Rechnung tätige Arbeitnehmer, die ausschließlich der Produktion von Gütern nachgehen, die für den eigenen Endverbrauch durch ihren Haushalt bestimmt sind.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine große Mehrheit der Regierungen, eine Mehrheit der Arbeitnehmerverbände und eine Reihe von Arbeitgeberverbänden stimmten überein, dass die 2002 angenommene EntschlieÙung über menschenwürdige Arbeit und die informelle Wirtschaft (die EntschlieÙung von 2002) eine gute Grundlage darstellt, um bei der Definition des Geltungsbereichs des vorgeschlagenen Instruments darauf aufzubauen. Mehrere Regierungen antworteten zwar bejahend auf die Frage, hoben aber dennoch hervor, dass neuere Tendenzen und Arbeiten zu diesem Thema berücksichtigt werden müssen, um die 2002 angenommene Beschreibung der informellen Wirtschaft zu verbessern. Mehrere Arbeitgeberverbände betonen ebenfalls, dass es seit der Vereinbarung dieser Beschreibung 2002 vielfältige Entwicklungen gegeben habe. Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung erklärten die Arbeitgeberverbände, dass es notwendig sei, das Konzept der Wirtschaftseinheiten zu definieren.

Mehrere Regierungen schlagen vor, den Teilsatz „oder das Gesetz wird nicht eingehalten, weil es unangemessen ist, eine Belastung darstellt oder übermäßige Kosten auferlegt“ zu strei-

chen. Viele Arbeitnehmerverbände und einige Regierungen schlagen vor, die von der 17. Internationalen Konferenzen der Arbeitsstatistiker im Jahr 2003 angenommenen Richtlinien über eine statistische Definition der informellen Beschäftigung und das Statistikhandbuch der IAO von 2013 über den informellen Sektor und die informelle Beschäftigung zu berücksichtigen.⁸

In Anbetracht der eingegangenen Antworten und unter Berücksichtigung der Vorschläge zahlreicher auskunftgebender Stellen sowie der Dreigliedrigen Sachverständigentagung schlägt das Amt vor, den Geltungsbereich in den Punkten 5 bis 10 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen neu zu formulieren, um neuen Entwicklungen und Tendenzen seit 2002 Rechnung zu tragen.

IV. Ziele und Grundsätze

Fr. 8 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Mitglieder die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen in der formellen Wirtschaft fördern und die Kohärenz der makroökonomischen, Beschäftigungs-, Sozialschutz- und sonstigen Sozialpolitiken stärken sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 92

Verneinend: 3

Sonstige: 2

Bemerkungen

Bulgarien: Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Bereich des Sozialschutzes, für den nachhaltiges Beschäftigungswachstum eine Voraussetzung ist.

Dänemark: Gestärkte Kohärenz zwischen Beschäftigung, Sozialschutz und anderen sozialpolitischen Maßnahmen verbessert die Sicherheit für sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer und schafft auf diese Weise ein besseres und sichereres Umfeld für wirtschaftliche Aktivitäten.

Äthiopien: Dies scheint jenseits des Geltungsbereichs des vorgeschlagenen Instruments zu liegen.

Mexiko: Die vielfältigen Ursachen der informellen Wirtschaft müssen mit kohärenten und einander ergänzenden Maßnahmen zeitgleich aus mehreren unterschiedlichen Richtungen angegangen werden, um einen schrittweisen Übergang zur Formalität zu erreichen.

Montenegro: Das vorrangige Ziel des vorgeschlagenen Instruments ist nicht, menschenwürdige Arbeitsplätze in der formellen Wirtschaft zu schaffen, sondern der Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft.

Panama: Eine Strategie könnte durch die Integration unternehmerischer, fiskalischer und allgemeiner sozialer Verantwortung unterstützt werden.

Südafrika: Menschenwürdige Arbeit sollte sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft verwirklicht werden. In der informellen Wirtschaft sollte dies mit einem Schwerpunkt auf soziale Basisschutzniveaus nach und nach verwirklicht und dann auf andere Dimensionen von menschenwürdiger Arbeit ausgeweitet werden.

⁸ IAA: *Measuring informality: A statistical manual on the informal sector and informal employment*, Genf, 2013.

Vereinigtes Königreich: Ziel dieses Instruments ist die Verringerung informeller Arbeit und nicht die Förderung menschenwürdiger Arbeit.

Uruguay: Bei menschenwürdiger Arbeit geht es um die effektive Wahrnehmung grundlegender Rechte, weshalb der fragliche Hinweis nicht weggelassen werden darf.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 17

Verneinend: 2

Sonstige: 1

Bemerkungen

ANDI, CACIF CEC, IOE, Keidanren, MEDEF, OEB, SAV: Mitglieder sollten die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, jedoch durch die Förderung von Unternehmen in der formellen Wirtschaft; Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen werden.

CNI: Die konzeptionelle Definition von menschenwürdiger Arbeit ist problematisch.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 63

Verneinend: 0

Sonstige: 1

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Das vorgeschlagene Instrument sollte verlangen, dass sich makroökonomische, Arbeitsmarkt-, Sozialschutz- und andere sozialpolitische Maßnahmen allesamt auf die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigung konzentrieren. Insbesondere Entwicklungsländer sollten den notwendigen grundsatzpolitischen und fiskalischen Spielraum für die Umsetzung von Strategien mit einem Schwerpunkt auf der Schaffung von menschenwürdiger Arbeit in der formellen Wirtschaft haben.

ASI: Die von Regierungen umgesetzten makroökonomischen Politiken sollten mit den unterschiedlichen Akteuren erörtert werden, weil letztlich die von ihrer Umsetzung am stärksten betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien sind.

CCOO: Zwischen nicht angemeldeter Arbeit und der informellen Wirtschaft muss unterschieden werden.

CSN: Es sollten Maßnahmen zur Formalisierung bestehender Arbeitsplätze, insbesondere in Bezug auf Selbstständige, und Folgemaßnahmen vorgesehen und Maßnahmen ergriffen werden, um Frauen, insbesondere solche mit Kindern, in die Lage zu versetzen, ihren Arbeitsverpflichtungen nachzukommen, indem ihnen ausreichend langer Mutterschaftsurlaub gewährt wird und Kinderbetreuungseinrichtungen bereitgestellt werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und fast alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Einige Regierungen erklären, dass das Ziel der Förderung der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in der formellen Wirtschaft über den Geltungsbereich dieses Instruments hinausgeht oder nicht das vorrangige Ziel des vorgeschlagenen Instruments ist.

Die meisten Arbeitnehmerverbände betonen, dass das Instrument bestimmen sollte, dass sich makroökonomische, Arbeitsmarkt-, Sozialschutz- und andere sozialpolitische Maßnahmen auf die

Schaffung menschenwürdiger Beschäftigung in der formellen Wirtschaft konzentrieren und dass insbesondere Entwicklungsländer den notwendigen grundsatzpolitischen und fiskalischen Spielraum für die Durchführung dieser Maßnahmen haben sollten.

Eine Mehrheit der Arbeitgeberverbände hebt hervor, dass es Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen, und dass die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen die Förderung von Unternehmen in der formellen Wirtschaft erfordert.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 11 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 9 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass es notwendig ist, die Übergänge von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Chancen auf einen Lebensunterhalt und eine unternehmerische Betätigung nicht zerstört werden?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 86

Verneinend: 8

Sonstige: 3

Bemerkungen

Burkina Faso: Es wird darum gehen, den Übergang von Akteuren in der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu bewerkstelligen, ohne die Tragfähigkeit ihrer Aktivitäten und ihre Beschäftigung zu beeinträchtigen. Es sollte umsichtig vorgegangen werden, um zu verhindern, dass unfairem Wettbewerb der Weg geebnet wird.

Demokratische Republik Kongo: Den Unternehmern in der informellen Wirtschaft muss Zeit eingeräumt werden, um sich nach und nach an das neue System der formellen Unternehmensführung anzupassen, wobei darauf geachtet werden muss, nicht das zu zerstören, was bereits besteht.

Finnland: Es sollte darauf geachtet werden, dass kein unfairen Wettbewerb entsteht.

Frankreich: Ein schrittweiser Übergang erfordert im Vorfeld, dass ein klarer Unterschied in der Definition zwischen der informellen Wirtschaft und illegaler Beschäftigung gemacht wird, weil es illegal ist, nicht angemeldete Arbeit zu leisten und keine Sozialversicherungsmeldungen und/oder Steuererklärungen abzugeben, was auch nicht dadurch gerechtfertigt werden kann, dass „Möglichkeiten zum Bestreiten des Lebensunterhalts“ oder „Unternehmertum“ angestrebt werden. Die informelle Wirtschaft verstößt gegen das Gesetz und wird als unfairen Wettbewerb für formelles Unternehmertum eingestuft.

Lettland: Die informelle Wirtschaft ist eine Rechtsverletzung und wird gegenüber formalen Unternehmen als unfairen Wettbewerb angesehen.

Mali, Senegal, Uganda, Tunesien, Vereinigte Staaten: Die informelle Wirtschaft bietet zahlreiche Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, die geschützt und im Kontext der Formalisierung ausgeschöpft werden müssen. Dies ist ein sehr fragiler Sektor, und unangemessene Maßnahmen könnten die Dynamik abbrechen lassen, die die beteiligten Parteien entwickelt haben.

Mexiko: Damit Unternehmen und Personen einen geregelten und erfolgreichen Übergang zur formellen Wirtschaft vollziehen, ist es wichtig, dass sie über grundlegende Qualifikationen verfügen.

Mosambik: Dies ist die Hauptaufgabe für die Regierung.

Sudan: Selbstständig Erwerbstätige, die mit der Durchführung kleiner Projekte ihren Lebensunterhalt bestreiten, sind verletzlich. Ihnen sollte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Schweden: Gleichzeitig dürfen Verstöße gegen Grundrechte nicht toleriert werden, und deshalb ist es wichtiger, dass das vorgeschlagene Instrument an die grundlegenden IAO-Übereinkommen erinnert als an Chancen auf einen Lebensunterhalt und eine unternehmerische Betätigung.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 13

Verneinend: 1

Sonstige: 3

Bemerkungen

ANDI: Es ist notwendig, daran zu erinnern, dass das vorgeschlagene Instrument und die Schaffung neuer Mechanismen zur Förderung der Formalisierung keine neuen sozioökonomischen Probleme schaffen dürfen, die in der Vernichtung von Kleinstunternehmen resultieren, die Arbeitslosigkeit steigen lassen und Einkommensverluste für diejenigen verursachen, deren einzige Verdienstquelle die Beschäftigung in der informellen Wirtschaft ist.

CCP: Das Ziel ist, informelle Strukturen zu formalisieren. Es geht nicht um darum, sich mit diesen Strukturen innerhalb der formellen Wirtschaft zu befassen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 62

Verneinend: 0

Sonstige: 2

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Bei Übergangsmaßnahmen sollte deshalb der Umstand berücksichtigt werden, dass eine Mehrzahl der Erwerbstätigen als einzige Möglichkeit, um zu überleben, in der informellen Wirtschaft tätig ist. Die Aufrechterhaltung der Chancen auf einen Lebensunterhalt und eine unternehmerische Betätigung darf nicht um jeden Preis erfolgen. Arbeitnehmerrechte verkörpern ein Mindestniveau an Würde, das nicht unterschritten werden sollte, und Verstöße gegen grundlegende Rechte sollten nie geduldet werden. Das vorgeschlagene Instrument sollte deshalb den Vorrang der IAO-Kernübereinkommen vor der Sicherstellung von Chancen auf einen Lebensunterhalt und eine unternehmerische Betätigung erneut festschreiben.

ASI: Das Überleben von Millionen von Erwerbstätigen im informellen Sektor erfordert es, dass dieser Übergang schrittweise erfolgt. Er muss Unternehmern Chancen für wirtschaftliches Wachstum eröffnen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gewährleisten, ohne dass dies bedeutet, dass Unternehmer oder Selbstständige nicht die Erwerbstätigkeit ihrer Wahl ausüben können.

CUT (Kolumbien): Wir würden den folgende Text in Erwägung ziehen: „*Es ist notwendig, den Übergang der Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft zu fördern, wobei garantiert werden muss, dass keine Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts und keine unternehmerischen Kapazitäten zerstört werden.*“

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände sowie fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu und heben hervor, dass Übergänge von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft gefördert werden müssen während gleichzeitig sichergestellt werden muss, dass die Chancen auf einen Lebensunterhalt und eine unternehmerische Betätigung nicht zerstört werden. Einige Regierungen betonen, wie wichtig der informelle Sektor für die Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Armut ist und dass die Formalisierung deshalb keineswegs zur Zerstörung wirtschaftlicher Aktivitäten führen sollte. Um dies zu gewährleisten, wird in vielen Antworten auf die Notwendigkeit hingewiesen, für einen schrittweisen Übergang zu sorgen.

Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung betonten die Arbeitgeber die Bedeutung dieser Frage und ihren konstruktiven Bezug zum Unternehmertum. Sie hoben hervor, dass die Formalisierung von Wirtschaftseinheiten eine Voraussetzung für die Formalisierung informeller Beschäftigung ist.

Die meisten Arbeitnehmerverbände erklären, dass die Sicherstellung von Chancen auf einen Lebensunterhalt nicht um jeden Preis erfolgen darf und dass die von der IAO formulierten grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sowie die grundlegenden Menschenrechte nicht verletzt werden dürfen.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 11 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen vor dem Wort „Übergänge“ das Wort „schrittweise“ einzufügen.

Fr. 10 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass Maßnahmen zur Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft der Vielfalt der Umstände der Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft und der Notwendigkeit Rechnung tragen sollten, diese Vielfalt durch maßgeschneiderte Ansätze anzugehen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 91

Verneinend: 3

Sonstige: 3

Bemerkungen

Dänemark: Das Ziel ist die Integration der informellen Wirtschaft in die formelle Wirtschaft und nicht die Entwicklung eines Parallelsystems.

Deutschland: Regelungen können nicht nur aus maßgeschneiderten Ansätzen bestehen.

Ghana: Die Fokussierung auf die Vielfalt der Gegebenheiten wird maßgeschneiderte Ansätze gewährleisten und verbessern.

Indien: Grundsatzmaßnahmen und Programme müssen landesspezifisch sowie maßgeschneidert sein und die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit achten.

Italien: Dies könnte geeignet sein, um zu versuchen, die Ursachen zu ermitteln und zu beseitigen, die Erwerbstätige und Unternehmen in die informelle Wirtschaft treiben.

Malawi: Besondere Gegebenheiten erfordern spezielle Ansätze, und es gibt keinen einheitlichen Entwicklungspfad, sondern vielmehr zahlreiche Pfade.

Mosambik: Die wirtschaftlichen Aktivitäten unterscheiden sich voneinander, und ein allgemeiner Ansatz kann in diesem Prozess nicht hilfreich sein.

Portugal: Informalität ist vielgestaltig und umfasst Arbeit als Unterauftragnehmer, Scheinselbstständigkeit, Schwarzarbeit (Migranten ohne gültige Papiere), Unternehmen, die nicht alle ihre Beschäftigten anmelden, und andere Arten informeller Arbeit, die separat angegangen werden müssen.

Schweden: Die Vielfalt und die unterschiedlichen Arten von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft sollten anerkannt werden. Gleichzeitig muss das Instrument jedoch für alle relevant sein.

Bolivarische Republik Venezuela: Der Ansatz sollte sich nach der Art der Erwerbstätigen, der Produktionseinheit und der wirtschaftlichen Aktivität richten, wobei über die pragmatischen Aktivitäten oder Maßnahmen, die durchgeführt werden sollen, auf der Grundlage des Typs entschieden werden sollte.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 13

Verneinend: 2

Sonstige: 2

Bemerkungen

CACIF: Es ist wichtig, Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in ihrem spezifischen Kontext zu analysieren, um dies besser bewältigen zu können, und auf dieser Grundlage unter Verwendung eines maßgeschneiderten Ansatzes die Situation jeder Gruppen zu entwickeln und anzugehen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 66

Bejahend: 66

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Drei große Gruppen von Akteuren können in der informellen Wirtschaft festgestellt werden: informell beschäftigte Lohnarbeiter, selbstständige Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten. Das vorgeschlagene Instrument sollte zum einen dieser Vielfalt Rechnung tragen, zum anderen aber auch für alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft relevant sein. Es sollte deshalb die Kernelemente aller Übergangsprozesse beschreiben. Achtung von Arbeitnehmerrechten, Zugang zu Sozialer Sicherheit, Recht auf Leistungen bei Mutterschaft und Zugang zu einem existenzsichernden Lohn sind die Kernelemente, die Teil aller Übergangsmaßnahmen sein sollten.

Nezavisnost: Informelle wirtschaftliche Aktivitäten, die kurz davor stehen, ein Verbrechen zu werden, sollten nicht formalisiert, sondern bestraft werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und der Arbeitgeberverbände und alle Arbeitnehmerverbände stimmen überein, dass das vorgeschlagene Instrument die Vielfalt der Gegebenheiten von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft anerkennen sowie der Notwendigkeit Rechnung tragen sollte, diese Vielfalt durch maßgeschneiderte Ansätze anzugehen.

Eine Regierung lenkt die Aufmerksamkeit auf die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in der informellen Wirtschaft, denen entgegengewirkt werden müsse.

Die meisten Arbeitnehmerverbände hoben hervor, dass das vorgeschlagene Instrument zum einen dieser Vielfalt Rechnung tragen, zum anderen aber auch für alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft relevant sein sollte.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 12 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 11 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass es vielfältige Wege für einen Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft je nach den länderspezifischen Gegebenheiten und Präferenzen gibt?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 94

Verneinend: 1

Sonstige: 2

Bemerkungen

Belgien: Die Sozialpartner und die beabsichtigten Nutznießer in der informellen Wirtschaft sollten an der Ermittlung von Ansätzen für den Übergang und ihrer Umsetzung beteiligt werden.

Mali: Mitglieder sollten die Wahl haben, wobei der Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere die Folgen der Globalisierung berücksichtigt werden sollten.

Panama: Es gibt unterschiedliche Arbeitnehmersituationen in ländlichen und städtischen Gebieten sowie zwischen indigenen Bevölkerungen und Kleinbauern.

Türkei: Gute Praktiken von Ländern, die erfolgreich die Informalität bekämpfen, sollten in das Dokument aufgenommen werden.

Ukraine: Der einzige Weg sollte die Legalisierung von Arbeitsbeziehungen sein.

Vereinigte Staaten: Die Bedeutung von „vielfältige Wege“ ist unklar, und es gibt keinen Einheitsansatz für viele Länder. Gewisse verbreitete Strategien einschließlich der Bereitstellung von Sozialleistungen, Schutzmechanismen und Rechten müssen umgesetzt werden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 15

Verneinend: 0

Sonstige: 2

Bemerkungen

CACIF: Es ist immer schwierig, erfolgreiche Modelle zu „exportieren“, weil sich Länder in mehreren Beziehungen stark unterscheiden. Es ist wichtig, die informelle Wirtschaft in ihrem spezifischen Kontext zu analysieren, um sie besser angehen zu können.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 63

Verneinend: 1

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Das vorgeschlagene Instrument sollte auch allgemeine Orientierungshilfe bieten, die grenzüberschreitend relevant ist. Es sollte auch die Verabschiedung dreigliedriger innerstaatlicher Pläne für den Übergang von der informellen und formellen Wirtschaft als einen Weg fördern, um sicherzustellen, dass für den innerstaatlichen Kontext spezifische Probleme angemessen berücksichtigt werden.

CSN: Ja, solange es Teil der Agenda für menschenwürdige Arbeit und der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter ist und dabei die grundlegenden Arbeitnehmerrechte eingehalten werden, die nicht verhandelbar sind.

KSBSI: Es ist wichtig, ein gemeinsames Verständnis und einen gemeinsamen Ansatz zu haben sowie die Entwicklung innerstaatlicher Aktionspläne auf der Grundlage eines integrierten Ansatzes vorzuschlagen und gleichzeitig konkrete Maßnahmen für bestimmte Gruppen zu beschließen.

KOMMENTAR DES AMTES

Fast alle Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Es besteht Einvernehmen darüber, dass das vorgeschlagene Instrument vielfältige Wege für den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft entsprechend dem speziellen Landeskontext und der speziellen Landespräferenz vorsehen sollte.

Die meisten Arbeitnehmerverbände schlagen vor, dass das vorgeschlagene Instrument die Verabschiedung dreigliedriger innerstaatlicher Pläne für den Übergang von der informellen und formellen Wirtschaft als einen Weg fördern sollte, um sicherzustellen, dass für den innerstaatlichen Kontext spezifische Probleme angemessen berücksichtigt werden. Einige Regierungen heben hervor, dass sozialer Dialog und dreigliedrige Konsultationen wichtige Instrumente sind, um den Prozess des Übergangs zur Formalität zu unterstützen.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 12 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

V. Rechts- und Politikrahmen

Fr. 12 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die innerstaatliche Gesetzgebung oder sonstige Maßnahmen eine angemessene Erfassung aller Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten sicherstellen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 82

Verneinend: 8

Sonstige: 7

Bemerkungen

Brasilien: Weil es schwierig ist, Situationen von Informalität in einem ungeeigneten formellen Modell zu regeln, werden angemessene Vorschriften für jeden Typ von Beruf und wirtschaftlicher Aktivität die Formalisierung erleichtern. Ein unzureichender Regulierungsrahmen fördert das Weiterbestehen von Informalität.

Finnland: Es könnte sein, dass das Konzept der „Wirtschaftseinheiten“ einer näheren Definition bedarf.

Honduras: Es geht nicht nur um Gesetzgebung; durch in allen Beziehungen angemessene und konsistente Maßnahmen muss in allen Feldern Rechtssicherheit gewahrt werden.

Ungarn: Es ist ratsam, auf den Rechtsrahmen als ein allgemeines Regulierungsinstrument Bezug zu nehmen und die Bedeutung der Umsetzung hervorzuheben.

Indien: Die Erfassung sollte ein gradueller Prozess sein, der von den landesspezifischen Bedingungen abhängt.

Kasachstan: In dem vorgeschlagenen Instrument sollte auch festgeschrieben werden, dass innerstaatliche Gesetze und Vorschriften sowie sonstige Maßnahmen menschenwürdige Arbeit für alle Gruppen von Beschäftigten und Wirtschaftseinheiten sicherstellen sollten.

Lettland: Angesichts des Risikos, dass sich die informelle Wirtschaft noch stärker ausweiten könnte, ist dieser Ansatz nicht richtig.

Malawi, Namibia: Die größten Herausforderungen sind Durchsetzung und Einhaltung von Rechtsvorschriften.

Polen: Der Ausdruck „angemessene Erfassung“ ist zu weit gefasst und kann unterschiedlich interpretiert werden.

Russische Föderation: Innerstaatliche Gesetze und Regelungen können Maßnahmen vorschreiben, die auf bestimmte Gruppen von Beschäftigten oder Wirtschaftseinheiten ausgerichtet sind.

Serbien: Gesetzliche Bestimmungen müssen vor allem genaue Definitionen der Begriffe „Beschäftigter“ und „Arbeitgeber“ enthalten und sollten alle Aktivitäten und alle Gruppen von Personen abdecken, die Aktivitäten an Arbeitsplätzen durchführen.

Schweiz: Die angemessene Erfassung aller Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten wird Personen nicht automatisch zum Übergang in die formelle Wirtschaft bewegen.

Uganda. Der Rechtsschutz sollte mit der Rentabilität, der Verbesserung der Produktivität, der Produktqualität und der Wettbewerbsfähigkeit verknüpft werden.

Vereinigte Staaten: Das Haupthindernis ist die Umsetzung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften.

Boliviarische Republik Venezuela: Rechtliche Kanäle sind besser dafür geeignet, die notwendigen rechtlichen Anpassungen vorzunehmen.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 6

Verneinend: 10

Sonstige: 3

Bemerkungen

ANDI: Es sollte insbesondere darauf geachtet werden, zu vermeiden, dass dieselben Parameter auf Situationen angewendet werden, die in Wirklichkeit unähnlich sind und die in jedem Land berechtigterweise unterschiedlich geregelt werden.

CEC, DA, IOE, Keidanren, OEB, SEV: Die informelle Wirtschaft leitet sich häufig aus umständlichen und unwirksamen innerstaatlichen Gesetzen und Vorschriften her. Lediglich vorzusehen, dass diese Gesetze alle Gruppen von Arbeitnehmern und Wirtschaftseinheiten erfassen, könnte deshalb lediglich bewirken, dass Lebensgrundlagen zerstört werden, ohne die Formalisierung zu fördern. Innerstaatliche Gesetzgebung und Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen sind vielleicht nicht relevant für „alle“ Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten, und selbst wenn sie erfasst werden, werden diese Gesetze oft nicht angewendet. Es ist auch nicht klar, ob sich der Begriff „angemessen“ auf den Umfang der Erfassung oder auf die Relevanz der jeweiligen Gesetze und Vorschriften für die besondere Gruppe von Erwerbstätigen oder Wirtschaftseinheiten bezieht. Sollte er sich auf Letztere beziehen, sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass der Umfang der Erfassung ebenfalls angemessen sein soll, weil beispielsweise kleine Unternehmen nicht über die Kapazität verfügen, um gewisse Gesetze und Vorschriften zu berücksichtigen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 70

Bejahend: 65

Verneinend: 0

Sonstige: 5

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Das vorgeschlagene Instrument sollte Regierungen und Sozialpartner ermuntern, regelmäßig den Geltungsbereich von Arbeits- und Sozialschutzgesetzen zu überprüfen, um die nachstehend aufgeführten Ziele zu verfolgen: den Schutz auf ausgeschlossene Gruppen von Erwerbstätigen (z. B. Hausangestellte, Landarbeiter, Heimarbeiter) auszuweiten; das Vorhandensein eines Arbeitsverhältnisses zu klären, damit Erwerbstätige mit Anspruch auf Beschäftigungsschutz angemessen geschützt werden; den Geltungsbereich bestehender Gesetze auf neue oder atypische Muster in der Arbeitswelt auszuweiten, um sicherzustellen, dass Erwerbstätige angemessen geschützt werden; sicherzustellen, dass alle Erwerbstätigen einschließlich derjenigen in der informellen Wirtschaft die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen effektiv genießen können; das Recht auf Leistungen bei Mutterschaft auf alle weiblichen Erwerbstätigen einschließlich derjenigen in der informellen Wirtschaft auszuweiten; sicherzustellen, dass alle Erwerbstätigen einschließlich derjenigen in der informellen Wirtschaft durch Arbeitsschutzgesetze und -vorschriften erfasst werden können; die Deckung durch den Sozialschutz auszuweiten und sicherzustellen, dass Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft effektiven Zugang zu Sozial-

schutzsystemen haben; und sicherzustellen, dass alle informell beschäftigten Lohnarbeiter Zugang zu einem existenzsichernden Mindestlohn haben. Das vorgeschlagene Instrument sollte die Durchsetzung des Rechtsrahmens auf der Grundlage einer Kombination von Anreizen und Strafen vorschreiben. Anreize sind von besonderer Bedeutung, um sicherzustellen, dass Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft Gesetze und Vorschriften einhalten, während bei Strafen die Verletzlichkeit der Personen berücksichtigt werden sollte, auf die sie angewendet werden.

SEWA: Die Gesetzgebung sollte der speziellen Situation, dem Bedarf und den Charakteristika der informellen Akteure angemessen sein. Die Gesetzgebung muss entsprechend sich verändernder Tendenzen kontinuierlich geändert werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Die meisten Regierungen und alle Arbeitnehmerverbände stimmen überein, dass das vorgeschlagene Instrument vorschreiben sollte, dass innerstaatliche Gesetze und Vorschriften oder sonstige Maßnahmen eine angemessene Erfassung aller Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten sicherstellen sollten. Eine Reihe von Regierungen gibt an, dass die unterschiedlichen nationalen Rechtsrahmen und ihre Besonderheiten berücksichtigt werden sollten, und betont die Bedeutung der Durchführung.

Während einige Regierungen der Meinung sind, dass eine angemessene Erfassung durch eine graduelle Ausweitung der innerstaatlichen Gesetzgebung auf der Grundlage des Prinzips der Nichtdiskriminierung zwischen Erwerbstätigen erreicht werden sollte, sind andere Regierungen der Meinung, dass dies nicht der richtige Ansatz ist, weil dies die Gefahr birgt, dass sich die informelle Wirtschaft noch stärker ausweitet, und schlagen andere Wege vor, um die Formalisierung herbeizuführen. Eine Regierung favorisiert die Ausarbeitung spezieller Rechtsvorschriften für jede Art von Beruf oder Aktivität. Eine andere Regierung betont, dass der Schwerpunkt auf Maßnahmen zum Abbau von Beschränkungen für den Eintritt in die formelle Wirtschaft statt auf der Durchsetzung von Gesetzen und Vorschriften in der informellen Wirtschaft liegen sollte. Eine Reihe von Regierungen verweist auch auf die Bedeutung von steuerlichen Anreizen, vereinfachter Unternehmensregistrierung, der Verringerung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Bildung und Bewusstseinsbildung neben anderen Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs zur formellen Wirtschaft.

Arbeitnehmerverbände vertreten die Position, dass das vorgeschlagene Instrument Regierungen und Sozialpartner ermuntern sollte, regelmäßig den Geltungsbereich von Arbeits- und Sozialschutzgesetzen zu überprüfen, um den Schutz auf ausgeschlossene Gruppen von Erwerbstätigen auszuweiten und das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses zu klären. Ferner sollte das vorgeschlagene Instrument die Durchsetzung des Rechtsrahmens auf der Grundlage einer Kombination von Anreizen und Strafen vorschreiben.

Die meisten Arbeitgeberverbände stimmen dem Vorschlag nicht zu. Sie kommentieren, dass sich die informelle Wirtschaft häufig aus umständlichen und unwirksamen innerstaatlichen Gesetzen und Vorschriften herleitet und dass innerstaatliche Gesetzgebung und Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen vielleicht nicht für „alle“ Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten relevant sind. Sie heben auch den Umstand hervor, dass die wirkliche Herausforderung in der Durchführung von Gesetzen und Vorschriften liegt, selbst wenn diese die informelle Wirtschaft abdecken.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 13 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen eine geringfügige Änderung der im Fragebogen angenommenen Formulierung zur Berücksichtigung der möglicherweise erforderlichen Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften oder sonstiger Maßnahmen vorzunehmen. Eine solche Überprüfung könnte aus zahlreichen Gründen erforderlich sein, so z. B. vor allem dann, wenn bestehende Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen unwirksam sind oder wenn sie an Änderungen in der Welt der

Arbeit angepasst werden müssen. Die von einigen auskunftgebenden Stellen angesprochene Schwierigkeit und Bedeutung des Vollzugs von Rechtsvorschriften wird im Abschnitt „Anreize, Einhaltung der Vorschriften und Durchsetzung“ der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen behandelt.

Fr. 13 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die innerstaatlichen Entwicklungsstrategien gegebenenfalls einen integrierten Politikrahmen für die Formalisierung der informellen Wirtschaft umfassen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 87

Verneinend: 4

Sonstige: 6

Bemerkungen

Brasilien: Einer der wirkungsvollsten Wege, um die Integration zu erreichen, ist die Aufstellung von Bedingungen für den Zugang zu Leistungen und Anreizen.

Frankreich: Ein integrierter Politikrahmen für die Formalisierung der informellen Wirtschaft sollte in einem dreigliedrigen Kontext ausgearbeitet werden und die sieben zentralen Wege umfassen, die auf Seite 15 von Bericht V(1) erwähnt werden.

Deutschland, Vereinigte Staaten: Der Ausdruck „integrierter Politikrahmen“ sollte klar definiert werden.

Indien: Die innerstaatlichen Entwicklungsstrategien sollten gegebenenfalls einen integrierten Politikrahmen für die Formalisierung der informellen Wirtschaft mit einem Schwerpunkt auf beschäftigungsorientierte Wachstumsmaßnahmen umfassen.

Niederlande: Länder sollten verpflichtet werden, mit der IAO vereinbarte Ziele zu erreichen. Wie sie diese erreichen möchten, ist ihnen überlassen.

Türkei: Es wäre für jedes Land angemessener, dies entsprechend ihrer Dynamik in ihren Entwicklungsplänen vorzusehen.

Uganda: Die innovativen Strategien, die gewonnenen Erkenntnisse und die gemachten Erfahrungen, auf die in dem Bericht Bezug genommen wurde, können als Orientierungshilfe für einen integrierten Politikrahmen dienen.

Vereinigtes Königreich: Länder verfügen nicht notwendigerweise über Entwicklungsstrategien.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 13

Verneinend: 1

Sonstige: 3

Bemerkungen

CNI: Die Erörterung innerstaatlicher Formalisierungsmaßnahmen ist strategisch. Zusätzlich ist es wichtig, daran zu erinnern, dass diese Diskussion in einem dreigliedrigen Umfeld auf der Grundlage des Konsensprinzips stattfinden sollte.

CACIF: Alle Politiken zu dem Thema oder zur informellen Wirtschaft sollten gemeinsam entwickelt werden, damit die notwendigen Maßnahmen gemeinsam durchgeführt werden können, und zwar durch öffentlich-private Partnerschaften.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 63

Verneinend: 1

Sonstige: 1

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Der integrierte Politikrahmen für die Formalisierung der informellen Wirtschaft sollte auf dreigliedriger Grundlage ausgearbeitet werden, und er sollte Orientierungshilfe zu den sieben zentralen Wege bieten und näher ausführen, die auf Seite 15 (Abbildung) von Bericht V(1) gezeigt werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände und fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen überein, dass innerstaatliche Entwicklungsstrategien gegebenenfalls einen integrierten Politikrahmen für die Formalisierung der informellen Wirtschaft umfassen sollten.

Einige Regierungen lenken die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die in einem integrierten Politikrahmen enthaltenen Elemente zu klären. Eine Regierung erklärt, dass die meisten entwickelten Länder keine Entwicklungsstrategien haben und dass der Text diese unterschiedlichen Realitäten widerspiegeln sollte. Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung führten Sachverständige der Arbeitgeberseite aus, dass integrierte Politikrahmen breiter angelegte Politiken umfassen müssen, die über Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsmarktes hinausgehen, einschließlich von Politiken, die die Schaffung nachhaltiger Unternehmen unterstützen.

Die meisten Arbeitnehmerverbände und einige Arbeitgeberverbände teilen die Sichtweise, dass ein integrierter Politikrahmen auf einer dreigliedrigen Grundlage ausgearbeitet werden sollte. Ein Mehrheit der Arbeitnehmerverbände und einige Regierungen sprechen sich für die Aufnahme eines Hinweises auf die sieben grundsatzpolitischen Wege in der Abbildung auf Seite 15 des Berichts V(1).

In Anbetracht der eingegangenen Antworten, in denen darauf hingewiesen wird, dass nicht alle Länder über innerstaatliche Entwicklungsstrategien verfügen, schlägt das Amt vor, in Punkt 14 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen einen Verweis auf innerstaatliche Pläne aufzunehmen. Als Reaktion auf verschiedene Antworten, in denen erklärt wurde, der Begriff „integrierter grundsatzpolitischer Rahmen“ müsse geklärt werden, schlägt das Amt vor, die Punkte 15 (a-1) den vorgeschlagenen Schlussfolgerungen hinzuzufügen, um deutlich zu machen, welche Politikbereiche bei der Konzipierung und Umsetzung eines integrierten Politikrahmens berücksichtigt werden sollen; diese Politikbereiche stützten sich auf das Schaubild in Bericht V(1), IAK, 103. Tagung, 2014 (Absatz 41).

- Fr. 14** *Sollte das vorgeschlagene Instrument Leitlinien für die Formulierung und Umsetzung integrierter Politikrahmen durch innerstaatliche dreigliedrige Maßnahmen vorsehen, um:*
- a) *die Kosten des Übergangs zur Formalität, einschließlich jener im Zusammenhang mit Eintragung, Besteuerung oder Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, zu verringern?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 85

Verneinend: 5

Sonstige: 7

Bemerkungen

Österreich: Die Möglichkeit, die Einhaltung von Gesetzen zu verringern, (z. B. steuer-, sozial- oder arbeitsrechtliche Vorschriften) sollte gar nicht vorgesehen werden, da dies enorme Wettbewerbsnachteile für gesetzestreue Unternehmen bedeutet und langfristig nachteilige Auswirkungen auf die Formalisierung haben kann.

Brasilien: Es ist wichtig sicherzustellen, dass niedrigere Registrierungskosten und Steuersenkungen mit dem Ziel, die Formalisierung zu erleichtern, von der Einhaltung von Rechtsvorschriften abhängig gemacht werden und dass die Leistungen bei Nichteinhaltung entzogen werden.

Côte d'Ivoire: Niedrigere Transaktionskosten erleichtern den Übergang von der informellen Wirtschaft zu formellen Wirtschaft.

Dänemark: Das Ziel ist die Integration der informellen Wirtschaft in die formelle Wirtschaft statt der Entwicklung eines Parallelsystems.

Dschibuti, Ungarn: Die Verringerung von Verwaltungsaufwand und Kosten im Zusammenhang mit der Tätigkeit in der formellen Wirtschaft ist von vorrangiger Bedeutung.

Ägypten, Libanon, Sudan: Konkrete Steuerbefreiungszeiten für Übergänge zur Formalität müssen vorgesehen werden.

Indien: Kosten müssen minimiert werden, ohne das eigentliche Ziel des Übergangs zu beeinträchtigen. Um die Vereinbarkeit der Notwendigkeit der Kostenverringerung und der Wirksamkeit des Instruments zu gewährleisten, muss die Entscheidung über Gesetze und Vorschriften zum Zweck des Übergangs durch dreigliedrige Konsultationen, wenn nicht sogar in dreigliedrigem Konsens getroffen werden.

Schweden: Das vorgeschlagene Instrument sollte Auskunft darüber geben, wie beispielsweise die Kosten der Eintragung eines Unternehmens verringert werden sollten, wenn sie übermäßig hoch sind und ein Hindernis für die Einhaltung von Rechtsvorschriften darstellen. Es ist jedoch nicht angemessen, die Kosten der Nichteinhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu senken.

Vereinigte Staaten: „Integrierte Politikrahmen“ sollte durch „Maßnahmen“ ersetzt werden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 10

Verneinend: 2

Sonstige: 5

Bemerkungen

CCP: Unfairer Wettbewerb ist ein Problem.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 50

Verneinend: 1

Sonstige: 16

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Das vorgeschlagene Instrument sollte Möglichkeiten zur Verringerung der Kosten im Zusammenhang mit der Eintragung von Unternehmen und der Anmeldung von Arbeitnehmern für den Fall aufzeigen, dass diese als zu hoch empfunden werden und von der Einhaltung diesbezüglicher Rechtsvorschriften abschrecken. Die Kosten der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu senken, ist jedoch nicht wünschenswert. Insbesondere sollten keine Anreize dafür geboten werden, Arbeits- und Steuergesetze nicht einzuhalten.

JTUC-RENGO: Wir haben Bedenken, was die Verringerung der Kosten der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften betrifft, insbesondere in den Bereichen Arbeit und Besteuerung, wenn sie die Kosten für den Schutz von Arbeitnehmern wie durch die Arbeitsaufsicht enthalten.

KSBSI: Die Besteuerung zu verringern, ist nicht der richtige Weg für die Formalisierung. Die Besteuerung ist eine zentrale Quelle von Staatseinnahmen, und das infrage stehende Problem ist komplex.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine große Mehrheit der Regierungen und eine Mehrheit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände teilen die Auffassung, dass das vorgeschlagene Instrument Orientierungshilfe für die Formulierung und Umsetzung integrierter Politikrahmen durch innerstaatliche dreigliedrige Maßnahmen bieten sollte, um die Kosten des Übergangs zur Formalität einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit Eintragung, Besteuerung sowie Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu verringern. Es besteht allgemein Einigkeit, dass die Formulierung und Umsetzung integrierter Politikrahmen durch innerstaatliche dreigliedrige Maßnahmen erfolgen sollte.

Viele Regierungen hoben insbesondere die Bedeutung der Steuerpolitik dafür hervor, Anreize für die Formalisierung zu bieten. Die meisten Arbeitnehmerverbände betonen, dass das vorgeschlagene Instrument Möglichkeiten zur Verringerung der Kosten für den Fall aufzeigen sollte, dass diese als zu hoch empfunden werden und in hohem Maß von der Einhaltung diesbezüglicher Rechtsvorschriften abschrecken. Die meisten Arbeitnehmerverbände hoben auch hervor, dass es nicht wünschenswert ist, die Kosten der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu senken, insbesondere der Einhaltung von Arbeits- und Steuergesetzen.

Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung betonten die Sachverständigen der Arbeitgeberseite, dass das vorgeschlagene Instrument auch auf andere Faktoren hinweisen sollte, die dazu beitragen können, informelle Unternehmen zum Übergang in die formelle Wirtschaft zu bewegen, und beispielsweise in der Entschließung über die Förderung nachhaltiger Unternehmen enthalten sind.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, die Frage 14 a) in Punkt 16 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen geringfügig umzuformulieren. Das Amt weist darauf hin, dass die Frage von Konsultationen und die Rolle der Sozialpartner in Punkt 28 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen behandelt wird.

- Fr. 14** b) *den Nutzen des Übergangs zur Formalität zu steigern, auch in Bezug auf den Zugang zu Geschäftsdiensten, Finanzen, Infrastruktur, Märkten, Technologie, Qualifizierungsprogrammen und Eigentumsrechten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 87

Verneinend: 3

Sonstige: 7

Bemerkungen

Brasilien: Wenn Leistungen in den Bereichen Finanzen, Infrastruktur, Märkte, Technologie, Qualifizierungsprogramme und Eigentumsrechte durch öffentliche Mittel unterstützt werden, sollten sie auch von der Einhaltung der Gesetzgebung zur Formalisierung abhängig sein.

Eritrea: Es könnte außerhalb der Möglichkeiten von Entwicklungsländern liegen, mit dem Ziel der Steigerung des Nutzens des Übergangs zur Formalität auf einmal sehr umfangreiche Dienstleistungen zu bieten.

Guatemala: Der Staat muss Maßnahmen ergreifen, um das Bewusstsein für die Vorteile der Formalität zu schärfen.

Ungarn: Die Ausarbeitung angemessener Leitlinien zur Unterstützung von Aktivitäten mit dem Ziel, die Zahl und die Effizienz von Kontrollen zur Aufdeckung informeller Tätigkeit und Beschäftigung zu steigern, sollte ebenfalls erwogen werden.

Indien: Es sollte darauf geachtet werden, dass arbeitsrechtliche Vorschriften nicht beeinträchtigt werden, weil dies dem ureigentlichen Zweck des Instruments zuwiderlaufen würde.

Niederlande: Länder sollten die Freiheit haben, den besten Weg zu wählen, um diese Ziele zu erreichen, während die IAO die Bemühungen von Ländern stärken könnte, indem sie den Austausch über gute Praxis unterstützt.

Norwegen: Schlägt die Aufnahmen von Mechanismen für Soziale Sicherheit und Kinderbetreuung vor.

Uganda: Dies kann Unternehmern helfen, von einer Tätigkeit, die nur ein geringes Einkommen abwirft, zu einem profitablen Geschäft, höherer Produktivität sowie betriebswirtschaftlichen Kenntnissen voranzukommen und auf diese Weise besseren Zugang zu größeren Märkten, Glaubwürdigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung zu erhalten.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 12

Verneinend: 1

Sonstige: 4

Bemerkungen

CACIF: Es ist wichtig, die Sektoren im Kontext eines dreigliedrigen Dialogs zu konsultieren, damit sie die Situation für jeden Sektor beschreiben und aus ihrem eigenen Blickwinkel erklären können, warum sie nicht Teil der formellen Wirtschaft werden konnten. Staatliche Institutionen sollten durch ihre Aktivi-

täten und staatliche Politiken das Bewusstsein für die Vorteile und den Nutzen bilden, die in der formellen Wirtschaft anzutreffen sind, und ebenso für die Nachteile und Konsequenzen, die damit verbunden sind, Teil der informellen Wirtschaft zu sein.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 59

Verneinend: 0

Sonstige: 5

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Es ist wichtig sicherzustellen, dass dieser Nutzen für Genossenschaften und andere Einheiten in der sozialen Wirtschaft zugänglich gemacht wird.

CSN: Um ein wirkliches Gleichstellungsrecht sicherzustellen, muss die Ungleichheit der Geschlechter im Bereich der Eigentumsrechte angemessen berücksichtigt werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit von Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden stimmt mit dieser Aussage überein. Mehrere Regierungen heben die Notwendigkeit hervor, Anreize für die Formalisierung zu fördern, und einige schlagen vor, den Zugang zu Anreizen von der Formalisierung abhängig zu machen.

Eine Regierung und ein Arbeitgeberverband stellten fest, dass es notwendig sei, dass Bewusstsein für den Nutzen der Formalisierung zu verbessern (auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung wurde darauf auch in der Zusammenfassung des Vorsitzenden hingewiesen (Punkt 14)). Die meisten Arbeitnehmerverbände heben die Notwendigkeit hervor, sicherzustellen, dass dieser Nutzen für Genossenschaften und andere Einheiten in der sozialen Wirtschaft verfügbar ist.

Ein Arbeitnehmerverband erklärt, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern berücksichtigt werden müssen, insbesondere in Bezug auf Eigentumsrechte.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 16 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 14 c) *die informelle Beschäftigung in formellen Betrieben anzugehen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 89

Verneinend: 3

Sonstige: 5

Bemerkungen

Brasilien: Informelle Beschäftigung in formellen Unternehmen ist derzeit eine der größten Herausforderungen für die Formalisierung. Ein konkreter Ansatz zu solchen Problemen muss eines der wichtigsten Ziele des vorgeschlagenen normativen Instruments sein, weil die Situation zur Entziehung von

grundlegenden Arbeitnehmerrechten, der Umgehung von Steuerbeiträgen für den Staat und unfairem Wettbewerb für gesetzestreue Arbeitgeber führt.

Frankreich: Das vorgeschlagene Instrument muss das Problem informeller Arbeit in Unternehmen in der formellen Wirtschaft angehen, indem es geeignete Verfahren und Mechanismen vorgibt.

Uganda: Die informelle Beschäftigung in formellen Betrieben fördert Doppelstandards am Arbeitsplatz und verhindert, dass alle Gruppen von Arbeitnehmern Leistungen, Rechte und Rechtsschutz in gleichem Umfang haben.

Vereinigte Staaten: Es sollte angegeben werden, welche Arten von Erwerbstätigen berücksichtigt werden. Dazu können zählen: Arbeitnehmer ohne formelle Verträge, falsch eingestufte Arbeitnehmer, Zeitarbeitskräfte und Vollzeitmitarbeiter, die über Verträge mit Dritten tätig sind, aber keine Leistungen erhalten.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 8

Verneinend: 8

Sonstige: 3

Bemerkungen

ANDI, IOE, Keidanren, MEDEF, SAV: Gleicher Kommentar wie bei Frage 6. Informelle Beschäftigung in formellen Betrieben ist ein eigenständiges Problem im Zusammenhang mit unterschiedlichen Faktoren und Konsequenzen, die eine angemessene Behandlung verdienen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 64

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Informelle Arbeit in formellen Betrieben macht einen beträchtlichen Teil der informellen Beschäftigung aus, und das vorgeschlagene Instrument sollte dagegen angehen. Das vorgeschlagene Instrument sollte angemessene, rasche, kostengünstige, faire und effiziente Verfahren und Mechanismen für die Beilegung von Streitfällen in Bezug auf das Vorliegen und den Inhalt eines Arbeitsverhältnisses vorsehen.

SEWA: Es ist dringend erforderlich, gegen die informelle Beschäftigung in formellen Betrieben anzugehen, weil Outsourcing stark verbreitet ist. Obwohl diese Erwerbsbevölkerung Teil der formellen Beschäftigung ist, wird sie nicht anerkannt und bleibt deshalb von formellen Leistungen ausgeschlossen.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwiegende Mehrheit der Regierungen und alle Arbeitnehmerverbände stimmen überein, dass das vorgeschlagene Instrument Leitlinien zur Formulierung und Umsetzung integrierter Politikrahmen durch innerstaatliche dreigliedrige Maßnahmen vorsehen sollte, um die informelle Beschäftigung in formellen Betrieben anzugehen.

Viele Arbeitnehmerverbände heben hervor, dass das Problem der informellen Beschäftigung in formellen Betrieben mit den unterschiedlichen Faktoren und Konsequenzen zusammenhängt,

die eine angemessene Behandlung verdienen und eine klare Definition der unterschiedlichen Arten von informeller Beschäftigung erfordern.

Eine Mehrheit der Arbeitnehmerverbände erklärt, dass das vorgeschlagene Instrument angemessene, rasche, kostengünstige, faire und effiziente Verfahren und Mechanismen für die Beilegung von Streitfällen in Bezug auf das Vorliegen und den Inhalt eines Arbeitsverhältnisses vorsehen sollte.

Das Amt schlägt vor, diese Frage im Abschnitt „Geltungsbereich“ in den Punkten 5 bis 10 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen zu behandeln.

VI. Rechte bei der Arbeit

Fr. 15

Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Mitgliedstaaten:

- a) *alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft in den Genuss der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit kommen lassen sollten, nämlich Vereinigungsfreiheit und die effektive Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die effektive Abschaffung der Kinderarbeit und die Beseitigung der Diskriminierung in Bezug auf Beschäftigung und Beruf?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 77

Verneinend: 11

Sonstige: 9

Bemerkungen

Argentinien: Es ist wichtig sicherzustellen, dass die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit allen Arbeitnehmern zugutekommen. Der Hinweis auf die Ausweitung dieser Rechte wirft einige Fragen auf, von denen eine der wichtigsten die Notwendigkeit betrifft, daran festzuhalten, dass diese Ausweitung das Ziel des Übergangs zur formellen Wirtschaft war und auf diese Weise zweierlei Maß in Arbeitsfragen vermieden werden sollten.

Bulgarien: Besondere Aufmerksamkeit sollte der Kinderarbeit in der informellen Wirtschaft gewidmet werden, wo sie gewöhnlich in den gefährlichsten und verstecktesten Formen einschließlich Zwangsarbeit und Sklaverei stattfindet.

Chile: Einer der Hauptanreize für die Formalisierung ist der Umfang der Rechte und Garantien, die für formelle Erwerbstätige verfügbar sind, für informelle Erwerbstätige dagegen nicht.

Frankreich: Um die Verwirklichung und die Achtung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sowie wichtiger Normen in der informellen Wirtschaft zu stärken, sollte das vorgeschlagene Instrument auch Orientierungshilfe zu Informationsmechanismen bieten.

Deutschland: Diese Ergänzung kann unterstützt werden, wenn a) die Frage sich nur auf die Kernarbeitsnormen der IAO bezieht; b) wirtschaftlich abhängige Erwerbstätige und nicht „echte Selbstständige“ erfasst werden und c) die Definition von „informeller Wirtschaft“ dahingehend angepasst wird, dass sie kriminelle Tätigkeiten (z. B. Drogenhandel, Menschenhandel usw.) explizit ausschließt.

Ungarn: Solche Rechte können nur garantiert werden, wenn Erwerbstätige in die formelle Wirtschaft überführt werden, wo ein angemessener Rechtsrahmen und Mechanismen für die Durchsetzung von Rechtsvorschriften verfügbar sind, sodass solche Rechte durchgesetzt werden können.

Lettland, Montenegro: Es besteht ein Risiko, dass sich die informelle Wirtschaft noch stärker ausweiten könnte. Die Absicht ist nicht, die erwünschten Arbeitsbedingungen im informellen Sektor zu etablieren, sondern Erwerbstätige und Unternehmer in der informellen Wirtschaft zu bewegen, in die formelle Wirtschaft überzugehen.

Mali: Die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sollten anerkannt und auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft angewendet werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Vereinsrecht liegen sollte.

Nepal: Die Frage ist, ob ein Mitglied die genannten Prinzipien und Rechte für Erwerbstätige verwirklichen kann, wenn die informelle Wirtschaft sehr groß ist und seine Kapazität dafür berücksichtigt werden muss.

Polen, Slowenien: Es sollte darauf hingewiesen werden, dass sich die Gewährung dieser Rechte nicht auf nicht angemeldete Arbeit erstrecken sollte, die eine Straftat ist.

Portugal: Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft sollten nicht als eine besondere Gruppe betrachtet werden, für die spezielle Schutzmechanismen und Regelungen gelten sollten.

Spanien: (Identischer Kommentar zu den Fragen 15 a), b) und c)). Unbeschadet von Unterschieden beim Zugang zu Beschäftigung für nicht einheimische Erwerbstätige, wo eine behördliche Genehmigung die Voraussetzung dafür ist, selbstständig oder angestellt einer Arbeit nachzugehen.

Uganda: Es werden spezielle Leitlinien zu der Frage benötigt, wie Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen in der informellen Wirtschaft angewendet werden können.

Vereinigtes Königreich: Die Reihenfolge der Unterabsätze sollte geändert werden: zuerst b), dann c), dann a).

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 11

Verneinend: 4

Sonstige: 5

Bemerkungen

ANDI, CCP, CNI: Angesichts des Umstands, dass der Geltungsbereich vieler Normen, die soziale Basisschutzniveaus garantieren, ausdrücklich mit der Formalität verknüpft ist, sollte der Schwerpunkt auf der Annahme einer Norm mit geeigneten Anreizen für formelle Aktivitäten gelegt werden, die wiederum formelle Arbeitsplätze entstehen lassen, statt unterschiedslos Rechte und Garantien auszuweiten.

IOE, Keidanren: Die Frage ist, wie Rechte bei der Arbeit auf diejenigen ausgeweitet werden sollen, die jenseits der Durchsetzung des geltenden Rechts sind, und wie wiederholt werden kann, dass die Formalisierung ein wichtiges Mittel ist, durch das Rechte bei der Arbeit für mehr Menschen in der Wirtschaft gelten können. Es sollte hervorgehoben werden, dass sichergestellt werden muss, dass die Mittel zur Gewährleistung der Rechte von Erwerbstätigen realistisch und effizient sind. Auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft ausgeweiteter Sozialschutz sollte verhältnismäßig sein und lokalen Kontexten sowie der Art der Arbeit Rechnung tragen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 62

Verneinend: 1

Sonstige: 4

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die IAO hat bei vielen Gelegenheiten wiederholt, dass Kernarbeitsnormen für alle Erwerbstätigen ohne jegliche Diskriminierung oder Ausnahme gelten. Das vorgeschlagene Instrument sollte Orientierungshilfe zu der Frage bieten, wie sichergestellt werden kann, dass Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft effektiv in den Genuss dieser Normen kommen.

CATUS: Durch die Ausweitung dieser Rechte wird Arbeit in der informellen Wirtschaft sozial akzeptabel, sodass das Ziel des Übergangs zum legalen Wirtschaftsleben verloren gehen würde. Andererseits sollte der bloße Umstand, dass solche Erwerbstätigen im informellen Sektor eingestellt werden, nicht der Grund für ihre zukünftige Notlage und Diskriminierung sein. Kinderarbeit und Zwangsarbeit sollten unter keinen Umständen geduldet werden.

CCOO: (Frage 15 a), b), c)) Es sollte den Zugang zu Rechten und Leistungen beim Übergang zur formellen Wirtschaft erleichtern, aber das Ziel ist, dass diese Erwerbstätigen mit uneingeschränkten Rechten und Pflichten in die formelle Wirtschaft eintreten.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwiegende Mehrheit der Regierungen und der Arbeitnehmerverbände sowie zahlreiche Arbeitgeberverbände stimmen zu, dass die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit für alle Erwerbstätigen gelten sollten. Viele Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände heben hervor, dass die eigentliche Herausforderung der effektive Zugang zu diesen Rechten für diejenigen Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten ist, die derzeit in der informellen Wirtschaft sind. Einige Regierungen erklären, dass diese Rechte nur durch Übergänge zur Formalität garantiert werden können.

Die Mehrheit der Arbeitnehmerverbände empfiehlt, dass das vorgeschlagene Instrument Orientierungshilfe zu der Frage bieten sollte, wie sichergestellt werden kann, dass diese grundlegenden Arbeitsnormen effektiv genossen werden können.

Einige Regierungen stellen fest, dass die Ausweitung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit ein Ziel sein sollte, dass jedoch den lokalen Bedingungen Rechnung getragen werden sollte, insbesondere in Ländern mit einer sehr großen informellen Wirtschaft, in denen die Kapazität des Mitglieds für die Verwirklichung dieser Prinzipien und Rechte berücksichtigt werden muss.

Ein Arbeitgeberverband hebt hervor, dass die Mittel zur Gewährleistung der Rechte von Erwerbstätigen realistisch und effizient sind sowie dass auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft ausgeweiteter Sozialschutz verhältnismäßig sein und lokalen Kontexten sowie der Art der Arbeit Rechnung tragen sollte.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt einige Änderungen des Wortlauts in Punkt 18 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen vor.

- Fr. 15** b) *schrittweise auf alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft Soziale Sicherheit, Sicherheit und Gesundheit, menschenwürdige Arbeitszeiten und einen Mindestlohn ausdehnen sollten, wo ein solcher Schutz besteht?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 82

Verneinend: 7

Sonstige: 8

Bemerkungen

Österreich: Es muss ein Weg gefunden werden, um Ein-Personen-Unternehmen und freie Dienstnehmer/innen zu schützen, z. B. durch eine Änderung der Definition der „menschenwürdigen Arbeitszeiten“ in „menschenwürdige Anfertigungs-, Herstellungs- und Arbeitszeiten“.

Belgien: Die Empfehlung (Nr. 202) betreffend soziale Basisschutzniveaus, 2012, ist ein neues Instrument zur Unterstützung von Ländern bei der Ausweitung des Sozialschutzes auf alle, die ihn benötigen.

Brasilien: Die folgende Formulierung wird vorgeschlagen: „Die Mitgliedstaaten sollten die Mittel zum Vollzug des Übergangs zur formellen Wirtschaft auf alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft ausweiten und ihnen das Recht auf Soziale Sicherheit, Sicherheit und Gesundheit, menschenwürdige Arbeitszeiten und den Mindestlohn garantieren, wo ein solcher Schutz besteht.“

Chile: Diese mit formeller Beschäftigung verknüpften Leistungen sind eine Möglichkeit, die formelle Wirtschaft für Erwerbstätige attraktiv zu machen.

Dänemark, Lettland: Das Ziel ist nicht die Entwicklung eines Parallelsystems, sondern die Formalisierung der informellen Wirtschaft.

Deutschland: Die Ausweitung muss nicht zwangsläufig in der Weise erfolgen, dass das bestehende Sozialversicherungssystem ausgeweitet wird. Sie kann auch durch eine Kombination von Maßnahmen einschließlich der Ausweitung des Fürsorgesystems verwirklicht werden.

Ungarn: In Bezug auf die Maßnahmen im Zusammenhang mit Sicherheit und Gesundheit, menschenwürdigen Arbeitszeiten und Mindestlohn vertreten wir die Position, dass diese den Erwerbstätigen nur im Fall ihres Übergangs zur formellen Wirtschaft garantiert werden können. In Bezug auf die Vorteile, deren Anspruchsbedingungen Aspekte im Zusammenhang mit Einkommen oder beruflicher Aktivität umfassen, sollte der Rechtsrahmen gegenüber der informellen Wirtschaft nicht tolerant sein.

Mali: Dies wird nicht nur umfassen, das Recht auf Gesundheit und Sicherheit schrittweise auszuweiten, sondern auch seine angemessene Unterstützung.

Nepal: Was ist mit „schrittweise ... ausdehnen“ gemeint, und was sind die Parameter, der Geltungsbereich und die Grenzen dieser Begriffe? Der Mindestlohn sollte durchgesetzt werden, und andere Prinzipien und Rechte sollten ebenfalls von Anfang an verwirklicht und schrittweise ausgedehnt werden.

Niederlande: Nur im Fall von illegaler Arbeit sollten Erwerbstätige nicht von Sozialer Sicherheit profitieren können.

Südafrika: Dies sollte priorisiert werden, bis die Formalität erreicht ist, und in einer Art und Weise erfolgen, die für den Sektor geeignet ist und seine Dynamik berücksichtigt.

Schweiz: Die Regierung erklärt, dass diese Erwerbstätigen stattdessen einen Anspruch auf grundlegenden sozialen Schutz erhalten sollten, weil das Ziel letztlich ist, dass sie die informelle Wirtschaft wirk-

lich verlassen und in die formelle Wirtschaft eintreten. Die Ausweitung der Sozialen Sicherheit auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft wirft praktische Probleme hinsichtlich der Durchführung auf.

Boliviarische Republik Venezuela: Unter Berücksichtigung des Prinzips der schrittweisen Ausweitung sollten Maßnahmen auf der Grundlage ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Wirkung ergriffen werden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 9

Verneinend: 5

Sonstige: 4

Bemerkungen

CEC: Hier stellt sich die Frage, wie die Rechte bei der Arbeit auf diejenigen jenseits der Reichweite der Durchsetzung des Rechts ausgedehnt werden können. Man kann nur annehmen, dass die Regierungen die geeigneten Gesetze erlassen haben, aber ein Teil der Wirtschaft ist außerhalb der Gesetze tätig.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 61

Verneinend: 0

Sonstige: 4

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Im Fall von Gesetzen und Vorschriften in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit werden gegen eine schrittweise Ausdehnung einige ernsthafte Einwände vorgebracht. Angesichts der großen Bedeutung dieser Schutzmaßnahmen sollten sie ohne Verzögerung unmittelbar verwirklicht werden. Zusätzlich zu den in der Frage oben aufgeführten Schutzmaßnahmen sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Mitgliedstaaten den Mutterschutz einschließlich Leistungen bei Mutterschaft schrittweise auf alle weiblichen Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft ausdehnen. Dieser sollte allen weiblichen Erwerbstätigen unabhängig davon gewährt werden, ob sie in der formellen oder der informellen Wirtschaft arbeiten.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und der Arbeitnehmerverbände sowie einige Arbeitgeberverbände stimmen überein, dass Soziale Sicherheit, Sicherheit und Gesundheit, menschenwürdige Arbeitszeiten und Mindestlöhne schrittweise auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft ausgedehnt werden sollten. In mehreren Antworten von Regierungs- und Arbeitgeberseite wird hervorgehoben, dass der Zugang zu diesen Schutzmaßnahmen durch die Formalisierung eröffnet wird. In manchen Antworten wird argumentiert, dass der Zugang zu solchen Schutzmaßnahmen einen Anreiz für die Formalisierung darstellt, der beeinträchtigt würde, wenn Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft ohne den vollständigen Übergang zur formellen Wirtschaft ähnliche Schutzmaßnahmen geboten würden.

In mehreren Antworten von Regierungs- und Arbeitgeberseite wird angemerkt, dass in dem vorgeschlagenen Text nicht auf die Frage eingegangen wird, wie solche Rechte in der Praxis ausgedehnt werden können, und mehrere auskunftgebende Stellen schlagen vor, dass die Umsetzung sektorspezifisch sein und dem Bedarf der Erwerbstätigen sowie der Art der Arbeit Rechnung tragen sollte. Die Arbeitnehmerseite schlägt vor, den Mutterschutz in die Liste aufzunehmen.

In Antworten der Arbeitnehmerseite wird vorgeschlagen, dass Schutzmaßnahmen im Bereich des Arbeitsschutzes unverzüglich in die Praxis umgesetzt werden sollten. Sachverständige von Arbeitnehmerseite und Regierungen stimmten auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung überein, dass es notwendig und dringend ist, den Arbeitsschutz am Arbeitsplatz unverzüglich zu garantieren.

Das Amt weist darauf hin, dass die letztgenannte Frage in Frage 17 behandelt wird und dass die vorgenannten Antworten in Punkt 20 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit dieser Frage berücksichtigt werden.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 21 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 15 c) *Frauen und verletzbaren Gruppen von Arbeitnehmern besondere Beachtung schenken sollten, einschließlich Kindern, Jugendlichen, Wanderarbeitnehmern und älteren Arbeitnehmern?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 87

Verneinend: 4

Sonstige: 6

Bemerkungen

Kanada: Die Auflistung von Gruppen sollte vermieden werden, weil sie sich abhängig von innerstaatlichen Kontexten unterscheiden und sich im Zeitverlauf ändern können.

Griechenland: Die Beschäftigung von Frauen und der Schutz von Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit von Schwangeren und Arbeitnehmerinnen, die gerade entbunden haben oder stillen, sollten getrennt von den anderen verletzbaren Gruppen von Erwerbstätigen erwähnt werden.

Polen: Was Arbeitsmigranten betrifft, sollte dies nur für Erwerbstätige mit gültigen Papieren gelten.

Südafrika: Personen mit Behinderungen, Personen mit niedrigem Bildungsstand und ehemalige Gefangene sollten ebenfalls besonders beachtet werden.

Schweden: Zusätzlich zu den erwähnten Gruppen sollten besondere Maßnahmen auf Personen mit Behinderungen und andere Personen abzielen, die Gefahr laufen, aufgrund der Unterscheidungen diskriminiert zu werden, die im Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, aufgeführt sind.

Schweiz: Es wäre besser, individuellen Situationen Rechnung zu tragen, ohne sich notwendigerweise auf Gruppen von Personen zu konzentrieren, aber die Frage könnte bejaht werden, was Kinder und junge Menschen betrifft.

Bolivarische Republik Venezuela: Personen mit Behinderungen, Haushaltsvorstände und Arbeitsmigranten sollten hinzugefügt werden.

Arbeitgeber*Anzahl der Antworten: 18**Bejahend: 7**Verneinend: 4**Sonstige: 7***Bemerkungen**

IOE, OEB, SEV: Die informelle Wirtschaft zu segmentieren, könnte zur Folge haben, dass andere Gruppen von Erwerbstätigen vernachlässigt werden, und könnte potenziell kontraproduktiv für die Förderung der Formalisierung sein.

Arbeitnehmer*Anzahl der Antworten: 63**Bejahend: 61**Verneinend: 0**Sonstige: 2***Bemerkungen**

Konsolidierte Antwort: Mehr als besondere Aufmerksamkeit benötigen verletzte Gruppen von Erwerbstätigen Rechte und die wirksame Durchsetzung ihrer Rechte. Das vorgeschlagene Instrument sollte Orientierungshilfe in Bezug auf wirksame Durchsetzungsmechanismen bieten, die an verletzte Erwerbstätige angepasst sind. Es sollte auch den besonderen Beschränkungen, mit denen Frauen konfrontiert sind, einschließlich ihrer Betreuungsaufgaben sowie der Unterbewertung der Arbeit von Frauen Rechnung tragen und negative Anreize für die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation bieten.

SEWA: Strategien für den besseren Umgang mit diesen verletzlichen Erwerbstätigen umfassen die Eröffnung von Zentren, die von Frauen betrieben werden, oder die Sicherung nachhaltiger Lebensgrundlagen für Frauen durch speziell konzipierte Qualifizierungsmaßnahmen entsprechend dem Bedarf von weiblichen Erwerbstätigen und jungen Menschen.

KOMMENTAR DES AMTES

Die große Mehrheit der Regierungen und Arbeitnehmerverbände sowie einige Arbeitgeberverbände antworteten auf diese Frage bejahend. Allerdings wird in einigen Antworten von Regierungen und Arbeitgeberseite auch Einspruch gegen die Auflistung verletzlicher Gruppen von Erwerbstätigen mit dem Argument zum Ausdruck gebracht, dass das Dokument auf alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft zielen sollte, dass ihre Kategorisierung zum Ausschluss von Erwerbstätigen führen kann, die nicht zu den aufgelisteten Gruppen zählen, und dass sich die maßgeblichen Gruppen abhängig von innerstaatlichen Kontexten unterscheiden und im Zeitverlauf ändern können.

In einigen Antworten von Regierungen wird erklärt, Kinderarbeit solle explizit erwähnt werden, weil sie eine der schlimmsten Erscheinungsformen von Informalität ist. In einigen Antworten von Regierungen wird vorgeschlagen, Personen mit Behinderungen explizit in die angegebene Liste der verletzlichen Gruppen von Erwerbstätigen aufzunehmen. Eine Regierung schlägt vor, die Zielgruppen für besondere Maßnahmen entsprechend den Unterscheidungen im Übereinkommen Nr. 111 anzugeben.

In den Antworten einiger Regierungen und der Mehrheit der Arbeitnehmerseite wird vorgeschlagen, dass das Instrument Orientierungshilfe in Bezug auf die Einführung wirksamer Durchsetzungsmechanismen bieten sollte, die an verletzte Erwerbstätige angepasst sind.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten und unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der IAK von 2002⁹ schlägt das Amt vor, diese Frage in den Punkten 3 g) und 16 c) und d) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen zu behandeln. Das Amt schlägt ferner vor, einen speziellen Verweis auf indigene und in Stämmen lebende Völker, von HIV oder Aids betroffene Personen und Personen mit Behinderungen aufzunehmen, da diese auch besonders anfällig für die gravierendsten Defizite der menschenwürdigen Arbeit in der informellen Wirtschaft sind.

VII. Beschäftigung

Fr. 16 *Sollte das vorgeschlagene Instrument darauf hinweisen, dass das Übereinkommen (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik, 1964, und die Empfehlung (Nr. 169) betreffend die Beschäftigungspolitik (ergänzende Bestimmungen), 1984, Bestimmungen über die Ausarbeitung und Durchführung einer innerstaatlichen Beschäftigungspolitik enthalten, um die Schaffung produktiver Arbeitsplätze in der formellen Wirtschaft durch beschäftigungsfreundliche makroökonomische und sektorale Maßnahmen, nachhaltige Unternehmen, die Entwicklung von Genossenschaften, Beschäftigungsfähigkeit und Aus- und Weiterbildung in ländlichen und städtischen Gebieten zu erhöhen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 86

Verneinend: 9

Sonstige: 2

Bemerkungen

Brasilien: Es ist sehr wichtig, dass das vorgeschlagene Instrument die Notwendigkeit der Integration der unterschiedlichen Maßnahmen hervorheben sollte, die die Formalisierung mit Mechanismen fördern könnte, die zum einen die Schaffung und Erhaltung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten fördern und zum anderen negative Anreize für die Schaffung informeller Arbeitsplätze bieten.

Demokratische Republik Kongo, Portugal: Das Instrument sollte erneut auf die Notwendigkeit hinweisen, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der formellen Wirtschaft in sowohl städtischen als auch ländlichen Gebieten zu fördern.

Gabun: Dies würde den Text des vorgeschlagenen Instruments umständlich machen. Das Übereinkommen Nr. 122 und die Empfehlung Nr. 169 reichen für sich allein bereits aus.

Ungarn: Es ist wichtig, das Bewusstsein auf den Umstand zu lenken, dass die bestehenden Arbeitsnormen bereits Bestimmungen enthalten, die auf die Beschäftigungsförderung in der formellen Wirtschaft und damit indirekt auf die Herausführung aus der Informalität abzielen. Zusätzlich sollte auf das Übereinkommen (Nr. 81) über die Arbeitsaufsicht, 1947, hingewiesen werden.

Indien: Es wird eine Beschäftigungspolitik benötigt, um das Ziel zu verfolgen, durch beschäftigungsfreundliche makroökonomische und sektorale Politiken, nachhaltige Unternehmen, die Entwicklung von Genossenschaften, Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Qualifizierung in sowohl ländlichen als auch städtischen Gebieten mehr produktive Arbeitsplätze zu schaffen.

⁹ Siehe insbesondere die Punkte 20 und 37(1) der Schlussfolgerungen der IAK von 2002.

Mauritius: Die Formalisierung des informellen Sektors sollte ein integraler Bestandteil der innerstaatlichen Beschäftigungspolitik sein.

Marokko: Orientierungshilfe zur Entwicklung und Umsetzung einer aktiven innerstaatlichen Beschäftigungspolitik sollte Leitlinien zur Reform des informellen Sektors umfassen, die sich auf die Förderung von Kleinunternehmen und Genossenschaften konzentrieren sollten.

Russische Föderation: Mit dem Ziel von mehr Beschäftigung im formellen Sektor der Wirtschaft sollten die folgenden Maßnahmen durchgeführt werden: a) Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen im formellen Sektor und Verbesserung ihrer Qualität (menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen sowie soziale Garantien); b) Schaffung von mehr Möglichkeiten für die Integration von Personen in die formelle Wirtschaft durch Verbesserung ihrer Qualifikationen und ihrer beruflichen Fertigkeiten; c) Unterstützung der Beschäftigung von Personen mit Schwierigkeiten im Arbeitsmarkt (Eltern mit vielen Kindern, Frauen, die junge Kinder aufziehen, mit Behinderungen lebende Personen und junge Menschen ohne Arbeitserfahrung).

Spanien: Der Hinweis wäre vielleicht besser in der Präambel untergebracht, in Übereinstimmung mit Frage 3.

Uganda: Ein beschäftigungsorientierter makroökonomischer Rahmen zielt ausdrücklich darauf ab, die Produktivität zu steigern, die wirtschaftliche Umgestaltung zu erleichtern, mehr menschenwürdige Arbeitsplätze verfügbar zu machen und gleichzeitig die Arbeitnehmer für diese Arbeitsplätze zu qualifizieren

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 12

Verneinend: 2

Sonstige: 4

Bemerkungen

CEC: Dies lenkt von der informellen Wirtschaft ab.

CNI: Der Hinweis auf ein anderes Übereinkommen könnte einen Zwang zur Ratifizierung schaffen, der nicht mit dem Recht jedes Mitgliedstaats vereinbar wäre, zu entscheiden, ob er es ratifiziert oder nicht.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 61

Verneinend: 1

Sonstige: 2

Bemerkungen

AFL-CIO, CUT (Kolumbien): Dies sollte besser in die Präambel aufgenommen werden.

CITUB: Es ist wichtig, die Aufmerksamkeit der Regierungen und der Sozialpartner auf die Ausarbeitung innerstaatlicher Beschäftigungspolitiken zu lenken, die konkrete Maßnahmen in Bezug auf ländliche Gebiete und Genossenschaften enthalten müssen, wo es am häufigsten zu nicht angemeldeter Arbeit kommt.

KSBSI: Die Maßnahmen sollten miteinander verknüpft werden, um die Ziele von menschenwürdiger Arbeit und formeller Beschäftigung zu verwirklichen, damit die Rechte von Erwerbstätigen gesichert werden. Beschäftigungsfreundliche Maßnahmen sollten in produktiver Beschäftigung resultieren; industrielle und sektorale Maßnahmen sind jedoch ebenfalls wichtig.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit von Regierungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden stimmt mit dieser Aussage überein, in der an das Übereinkommen Nr. 122 und die Empfehlung Nr. 169 erinnert wird. Einige Regierungen und Arbeitnehmerverbände unterstreichen, dass eine Beschäftigungspolitik benötigt wird, um das Ziel zu verfolgen, mehr produktive Arbeitsplätze zu schaffen und Übergänge zur Formalität zu erleichtern.

Einige Regierungen halten es nicht für notwendig, an das Übereinkommen Nr. 122 und die Empfehlung Nr. 169 zu erinnern, weil der Text des vorgeschlagenen Instruments kurz sein soll.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 17 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

VIII. Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz

Fr. 17 *Sollte das vorgeschlagene Instrument die Notwendigkeit anerkennen, schrittweise vorbeugende Maßnahmen anzunehmen, um die unsicheren und ungesunden Arbeitsbedingungen anzugehen, durch die Arbeit in der informellen Wirtschaft häufig gekennzeichnet ist?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 93

Verneinend: 2

Sonstige: 2

Bemerkungen

Brasilien, Ghana: Das Wort „schrittweise“ erscheint unangemessen, wenn es um unsichere und ungesunde Arbeit geht. Das richtige Wort ist „unverzüglich“.

Burkina Faso: Das vorgeschlagene Instrument sollte sich auf Bildung und Ausbildung konzentrieren.

Dänemark, Lettland: Das Ziel ist nicht die Entwicklung eines Parallelsystems, sondern die Formalisierung der informellen Wirtschaft, um sicherzustellen, dass alle Erwerbstätigen Deckung durch den bestehenden Schutz haben.

Ägypten: Durch die Ausweitung der Rolle der Arbeitsaufsicht, ein Verbot der Beschäftigung von Kindern und Frauen in gefährlichen Berufen sowie die Durchführung einer Bewusstseinskampagne über die Gefahren mancher Industriezweige.

Finnland: Im Kampf gegen die Schattenwirtschaft muss auch der Arbeitsschutz gefördert werden. Nicht angemeldete Arbeit sollte jedoch nicht besonders attraktiv gemacht werden.

Frankreich: Die Regierung unterstreicht die Bedeutung des Arbeitsschutzes einschließlich der Arbeitsdauer und der Arbeitszeit sowie ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsschutz.

Deutschland: Die Bestimmung sollte nicht für Selbstständige gelten oder kriminelle Aktivitäten abdecken.

Südafrika: Es gibt eine hohe Zahl von Sicherheitsvorfällen im informellen Sektor, weshalb das vorgeschlagene Instrument die Sicherheit bei der Arbeit vorrangig behandeln sollte und Strafmaßnahmen für diejenigen vorsehen sollte, die die Sicherheit zu Lasten der Produktivität vernachlässigen.

Vereinigtes Königreich: Jeder Hinweis auf den Arbeitsschutz in einer Empfehlung betreffend die informelle Wirtschaft sollte maßgebliche Aspekte der bestehenden Instrumente der IAO zum Arbeitsschutz erwähnen.

Vereinigte Staaten: „[Vorbeugende Maßnahmen] anzunehmen“ sollte durch „durchzuführen“ ersetzt werden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 11

Verneinend: 4

Sonstige: 4

Bemerkungen

ANDI: Wir halten es jedoch für wichtig, dass Arbeitsschutznormen Verpflichtungen vorgeben sollten, die entsprechend der Kapazität von Unternehmen derart abgestuft und unterschiedlich sind, dass weder die Sicherheit und die Gesundheit von Arbeitnehmern noch die Schaffung nachhaltiger Unternehmen beeinträchtigt werden.

IOE, Keidanren, OEB: Dies ähnelt der Frage in Bezug auf die Berücksichtigung der informellen Beschäftigung (Frage 6 und Frage 14 c)); es lenkt vom Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft ab. Auch wenn die Sicherstellung von Gesundheit und Sicherheit sowie die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen äußerst wichtige Themen sind, muss es geteilte Verantwortlichkeiten geben, und die Mittel, um diese sicherzustellen, dürfen die Kosten der Geschäftstätigkeit nicht erhöhen, insbesondere für KMUs, und Bedingungen müssen für die Schaffung von Unternehmen in der formellen Wirtschaft förderlich sein, weil diese wichtig dafür sind, die Formalisierung zu erleichtern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 67

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: In dem vorgeschlagenen Instrument sollte anerkannt werden, dass Maßnahmen in Bezug auf gesunde und sichere Arbeitsbedingungen und Arbeitsumfelder so bald wie möglich angenommen werden müssen. Das Wort „schrittweise“ könnte in diesem Fall unangemessen sein, weil das Ziel eine rasche und effektive Durchführung dieser Maßnahmen sein sollte, deren Durchführung Leben rettet. In dem vorgeschlagenen Instrument sollte auch anerkannt werden, wie wichtig die Regelung der Arbeitszeiten angesichts der Auswirkungen einer solchen Regelung auf die Gesundheit von Erwerbstätigen ist. In dem vorgeschlagenen Instrument sollte auch die Vielfalt der Arbeitsplätze für Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft anerkannt werden, die beispielsweise kleine Werkstätten, private Haushalte, Märkte, Straßen und andere öffentliche Räume umfassen.

ASI: Die Mitgliedstaaten müssen Arbeitsbedingungen garantieren, indem sie diesbezüglich Gesetze verabschieden und Unternehmen bestrafen, in denen weiterhin ungesunde Bedingungen herrschen, die die Gesundheit von Arbeitnehmern gefährden, aber sie müssen auch Mechanismen zur Bewusstseinsbildung für Arbeitnehmer schaffen, die Kohlenmonoxid oder anderen Umweltschadstoffen ausgesetzt sind.

CATUS: Eine zeitlich begrenzte Übergangsphase wäre vorzuziehen.

CSN: Besondere Aufmerksamkeit sollte Präventionsmaßnahmen für traditionelle „Frauenarbeitsplätze“ gewidmet werden, bei denen die inhärenten Risiken im Allgemeinen unterschätzt werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Fast alle Regierungen, alle Arbeitnehmerverbände und eine große Zahl von Arbeitgeberverbänden anerkennen, wie wichtig es ist, dass das vorgeschlagene Instrument vorbeugende Maßnahmen vorsieht, um die unsicheren und ungesunden Arbeitsbedingungen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft anzugehen. Viele von ihnen heben hervor, dass die Ausweitung dieser Maßnahmen nicht schrittweise, sondern unverzüglich erfolgen oder „so bald wie möglich“ verwirklicht werden sollte. Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung stimmten die Sachverständigen der Arbeitgeberseite überein, dass das Wort „schrittweise“ gestrichen werden sollte.

Einige auskunftgebende Stellen ziehen eine Übergangsphase vor, die empfehlenswert wäre, weil eine unverzügliche Durchführung vielleicht nicht praktikabel ist. Einige auskunftgebende Stellen sprechen sich gänzlich oder teilweise gegen eine Ausweitung aus, weil sie die Gefahr sehen, dass die Informalität zunehmen könnte, wenn man sie attraktiver macht. Die Arbeitgeber heben hervor, dass die Mittel, die dafür erforderlich sind, diese Maßnahmen sicherzustellen, die Kosten der Geschäftstätigkeit nicht erhöhen dürfen, insbesondere für KMUs.

Einige auskunftgebende Stellen verweisen auf die Notwendigkeit der Bewusstseinsbildung und der Aufklärung aller beteiligten Akteure. Manche auskunftgebende Stellen vertraten die Auffassung, Prävention und Strafen sollten in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, und wirksame Reaktionen erforderten koordinierte Anstrengungen vonseiten der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen auf der innerstaatlichen und der lokalen Ebene. In der Zusammenfassung des Vorsitzenden auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung wurde die Notwendigkeit eines ausgewogenen Ansatzes hervorgehoben, der Anreize, Informationen, Beratung, Kapazitätsaufbau und Strafen kombiniert.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 20 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen das Wort „schrittweise“ zu streichen.

Fr. 18

Sollte das vorgeschlagene Instrument anerkennen, dass die Bereitstellung von Kinderbetreuungs- und anderen bezahlbaren qualitativ guten Betreuungsdiensten eine Voraussetzung dafür ist, die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen zu erweitern und ihnen den Übergang von informeller zu formeller Arbeit zu ermöglichen?

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 88

Verneinend: 5

Sonstige: 4

Bemerkungen

Benin: Der Staat sollte Anreize setzen, um die Einrichtung von Kinderbetreuungs- und anderen Pflege- und Betreuungsdiensten zu fördern.

Bulgarien: In diesem Kontext sollte die Unterstützung Folgendes umfassen: die Bereitstellung von Kinderbetreuung, Elternurlaub und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die mit dem Familienleben vereinbar sind, Investitionen in Kinder und ihre Bildung durch Programme und Dienstleistungen im frühen Kindesalter und Familiendienstleistungen im Haushalt der Familie sowie die Entwicklung eines Netzwerkes von Diensten für Kinder und Familien einschließlich Tagesbetreuungscentren.

Kanada: Die folgende Formulierung ist vorzuziehen: „Anerkennen, dass der Zugang zu Kinderbetreuung und anderen bezahlbaren qualitativ guten Betreuungsdiensten die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen erleichtern und ihnen den Übergang von informeller zu formeller Arbeit zu ermöglichen kann.“

Ägypten: Unterstützung von der Regierung für Arbeitgeber durch Übernahme eines Teils der Kosten, beispielsweise für Kinderbetreuung, Urlaub und Mutterschaft.

Äthiopien: Wenngleich die Bereitstellung solcher Dienste allgemein wünschenswert ist, könnte es schwierig sein, sie bezahlbar zu machen.

Lettland: Die allgemeine Bereitstellung von Kinderbetreuungsdiensten und der dazugehörigen Regelungen sollte es Eltern ermöglichen, nach dem Elternurlaub in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren sowie Einkommen zu verdienen und auf diese Weise das potenzielle Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut zu verringern.

Mali: Diese Maßnahmen übersteigen die Möglichkeiten von Entwicklungsländern.

Marokko, Tunesien: Die Sozialgesetzgebung sollte Kinderbetreuungsdienste und der andere qualitativ hochwertige Pflege- und Betreuungsdienste vorsehen, die kostenfrei oder zu angemessenen Preisen bereitgestellt werden.

Panama: Umfassende frühkindliche Betreuung und Garantien, die Frauen ermöglichen, ihren Arbeitsverpflichtungen nachzukommen, sollten nicht zwischen Frauen unterscheiden, unabhängig davon, ob diese im formellen oder im informellen Sektor arbeiten.

Polen: Das vorgeschlagene Instrument sollte solche Maßnahmen vorzugsweise als empfehlenswert statt als Voraussetzung charakterisieren.

Russische Föderation: Die Bereitstellung von Kinderbetreuungs- und anderen bezahlbaren Diensten ist eine dringende Notwendigkeit, um Frauen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und ihren Übergang von der informellen zur formellen Beschäftigung zu erleichtern.

Südafrika: Die Bereitstellung von Kinderbetreuung wird sowohl Müttern als auch Kinder nutzen und schafft darüber hinaus Arbeitsplätze für Kinderbetreuungskräfte.

Schweden: Eine geschlechtsneutrale Gestaltung von Kinderbetreuungs- und anderen sozialen Diensten ist ebenfalls wichtig, weil sie unterstreicht, dass jedes Elternteil unabhängig vom Geschlecht für Kinderbetreuung und Haushalt verantwortlich ist.

Vereinigtes Königreich: Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass Kinderbetreuungs- und andere Betreuungsdienste nur vom Staat bereitgestellt und verwirklicht werden können, und der Text sollte dies klarstellen.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 9

Verneinend: 4

Sonstige: 5

Bemerkungen

ANDI: Wenngleich diese Maßnahme zweckmäßig sein kann, sollte die Regelung dieser Angelegenheiten dem Bildungssystem der Mitgliedstaaten überlassen bleiben und nicht Teil eines Arbeitsinstruments sein.

CNI, Keidanren, OEB, SAV, SEV: Die angesprochenen Punkte verlagern den Schwerpunkt von der Unterstützung für die Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft zu anderen Themen. Der Schwerpunkt sollte auf gemeinsamen Verantwortlichkeiten liegen, die nicht nachteilig für die Geschäftstätigkeit sind, insbesondere für KMUs.

IOE: Siehe den Kommentar zu Frage 17.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 63

Verneinend: 0

Sonstige: 1

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Frauen machen den Großteil der Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft aus. Betreuungsaufgaben liegen in unverhältnismäßiger Weise auf den Schultern von Frauen und versperren ihren Zugang zu formellen Arbeitsplätzen. Es ist deshalb wesentlich, dass das vorgeschlagene Instrument Maßnahmen enthält, die auf die Verringerung der Betreuungsaufgaben für Frauen abzielen. Des Weiteren sollte in dem vorgeschlagenen Instrument anerkannt werden, dass die Kosten von Betreuungsdiensten nicht nur von Familien und Arbeitgebern getragen werden dürfen. Regierungen sollten die Finanzierung von Betreuungsdiensten unterstützen und sicherstellen, dass für die Dienstleistungseinrichtungen hohe Qualitätsstandards gelten. Die Bereitstellung von bezahlbaren qualitativ guten Kinderbetreuungseinrichtungen für Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft ist auch ein wirksamer Weg, um Kinderarbeit zu verhindern. Wenn Kinder ihre Eltern bei der Arbeit begleiten, werden sie de facto selbst schneller erwerbstätig.

CSN: Es sollte auch vorsehen, dass der Mutterschaftsurlaub lang genug ist, und Elternurlaub vorsehen, sodass Männer eine stärkere Rolle spielen können.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwiegende Mehrheit der Regierungen und Arbeitnehmerverbände sowie viele Arbeitgeberverbände stimmen dieser Aussage zu. Einige Regierungen und Arbeitnehmerverbände weisen darauf hin, dass die Bereitstellung dieser Dienste eine Kostenfrage ist. Arbeitnehmerverbände empfehlen, in dem vorgeschlagenen Instrument anzuerkennen, dass die Kosten dieser Dienste nicht nur von Familien und Arbeitgebern getragen werden sollten. Sie betonen, dass Regierungen die Finanzierung von Betreuungsdiensten unterstützen und sicherstellen sollten, dass für die Dienstleistungseinrichtungen hohe Qualitätsstandards gelten. Die Arbeitgeberseite weist erneut darauf hin, dass diese Kosten nicht nachteilig für die Geschäftstätigkeit sein sollten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 22 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 19

Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Mitglieder bei der Einrichtung und Aufrechterhaltung ihrer innerstaatlichen sozialen Basisschutzniveaus im Rahmen der Systeme der Sozialen Sicherheit den Bedürfnissen und Umständen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft und ihren Familien besondere Beachtung schenken sollten, um einen angemessenen Schutz durch die Soziale Sicherheit sicherzustellen und Übergänge zur Formalität zu fördern?

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 82

Verneinend: 13

Sonstige: 2

Bemerkungen

Argentinien: Die Soziale Sicherheit ist ein wichtiges Mittel zur Verringerung von Armut und Ungleichheit, und bei der Untersuchung des Übergangs von Personen von der informellen zur formellen Wirtschaft dürfte sie als unentbehrlich eingestuft werden müssen.

Benin: Erwerbstätige im informellen Sektor werden motiviert werden, in den formellen Sektor einzutreten.

Kanada: Der Wortlaut des vorgeschlagenen Instruments sollte den Wortlaut der Empfehlung Nr. 202 widerspiegeln.

Dänemark, Lettland: Das Ziel ist nicht die Entwicklung eines Parallelsystems, sondern die Formalisierung der informellen Wirtschaft, um sicherzustellen, dass alle Erwerbstätigen Deckung durch den bestehenden Schutz haben.

Ägypten: Regierungen sollten die Sozialschutzsysteme auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft und ihre Familien ausweiten, um sie zu motivieren, dem formellen System beizutreten (einschließlich Bildung, öffentlicher Gesundheit und Versorgungsunternehmen).

Estland: Es ist so gut wie unmöglich, den Bedürfnissen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft wirkliche und effektive Aufmerksamkeit zu widmen. Zuerst muss der Übergang erfolgen.

Äthiopien: Wenngleich dies wünschenswert sein mag, muss die Frage der Bezahlbarkeit berücksichtigt werden.

Ungarn: Innerstaatliche Sozialschutzsysteme können indirekt dazu beitragen, Übergänge von der informellen zur formellen Wirtschaft zu fördern, indem sie den Zugang zu bestimmten Leistungen von Umständen im Zusammenhang mit Einkommen und Berufstätigkeit abhängig machen.

Montenegro: Das System der Sozialfürsorge muss fiskalisch verantwortungsvoll und finanziell nachhaltig sein. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass dieses System ausschließlich aus den Beiträgen derjenigen finanziert wird, die in der formellen Wirtschaft arbeiten, und sie können und sollten nicht den unfairen Wettbewerb finanzieren, der in der informellen Wirtschaft tätig ist.

Nepal: Mikrofinanz- und Mikroversicherungsmechanismen können geeignete alternative Instrumente sein.

Portugal: Wir sprechen uns gegen die Annahme von Regeln und Sozialschutzniveaus aus, die ausschließlich Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft zugutekommen. Gleichwohl sollten die Regierungen den spezifischen sozialen und wirtschaftlichen Umständen von informellen Erwerbstätigen angemessen Rechnung tragen.

Südafrika: Sollte erörtert werden, um ein ausgewogenes Beitragskonzept zu erhalten, ohne dass die Erwerbstätigen ihn als Bestrafung empfinden.

Tunesien, Uganda: Es müssen Systeme der Sozialen Sicherheit eingeführt werden, die in Bezug auf Mitgliedschaftsverfahren, Beitragszahlung und Leistungsbewilligung für Erwerbstätige im informellen Sektor geeignet sind, wenn die Beitragskapazität dieser Gruppen berücksichtigt wird.

Vereinigtes Königreich: Der vorgeschlagene Text sollte das Ziel zum Gegenstand haben, aber nicht die Mittel beschreiben.

Bolivarische Republik Venezuela: Die Mindestsozialschutzstandards werden von den versicherungsmathematischen, finanziellen und ökonomischen Studien abhängen, die jeder Staat durchführen wird.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 12

Verneinend: 4

Sonstige: 4

Bemerkungen

CCP: Solcher Schutz würde eine Situation der Ungerechtigkeit zwischen Erwerbstätigen, die Beiträge zum System der Sozialen Sicherheit entrichten, und solchen schaffen, die keine Beiträge entrichten.

ANDI, CEC, IOE, Keidanren, OEB, SAV, SEV: Das System der Sozialen Sicherheit muss fiskalisch verantwortungsvoll sowie finanziell nachhaltig sein und lokalen Kontexten unterliegen.

CNI: Einfach die Soziale Sicherheit auf informelle Erwerbstätige auszuweiten, wird einen Anreiz dafür schaffen, sich aus dem formellen Sektor zurückzuziehen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 65

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft zumindest die Mindestgarantien genießen, die in der Empfehlung Nr. 202 aufgeführt sind. Die Verbesserung des Schutzes durch die Soziale Sicherheit und seine Ausweitung auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft müssen eine Priorität von Übergangsprozessen sein. Bei der Festschreibung höherer Leistungsniveaus für so viele Menschen wie möglich sollte das vorgeschlagene Instrument auch auf das Übereinkommen (Nr. 102) über soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952, – das maßgebliche IAO-Übereinkommen zur Sozialen Sicherheit – Bezug nehmen.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände sowie alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Einige Regierungen und zahlreiche Arbeitnehmerverbände bekräfti-

gen die Notwendigkeit, Maßnahmen und Politiken zu beschließen, die sicherstellen, dass diejenigen, die sich außerhalb der Formalität befinden, durch wirksame Deckung Zugang zu solchem Schutz haben, um Übergänge zur Formalität zu erleichtern. Einige auskunftgebende Stellen warnen vor den möglichen negativen Anreizen in Bezug auf die Formalisierung, wenn sozialer Schutz für Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft vorgesehen wird. Für eine Reihe von Regierungen und Arbeitgeberverbänden ist die finanzielle und fiskalische Nachhaltigkeit von Systemen der Sozialen Sicherheit ein wichtiges Anliegen. Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung erklärten es manche Sachverständige der Arbeitgeberseite und von Regierungen für notwendig, bei der Ausweitung der Sozialen Sicherheit auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft einen schrittweisen Ansatz zu verfolgen.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 23 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 20 *Sollte das vorgeschlagene Instrument festlegen, dass die Mitglieder den Deckungsumfang der Sozialversicherung schrittweise auf weitere Gruppen von Erwerbstätigen ausweiten sollten (wie selbständig Erwerbstätige, Hausangestellte, Arbeitskräfte in ländlichen Gebieten und Arbeitskräfte in Klein- und Kleinstunternehmen) und erforderlichenfalls die Verwaltungsverfahren, den Leistungsumfang und die Beiträge unter Berücksichtigung ihrer Beitragszahlungsfähigkeit anpassen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 83

Verneinend: 8

Sonstige: 6

Bemerkungen

Belgien: Jeder Mitgliedstaat sollte auf der Grundlage seiner sozioökonomischen und budgetären Situation ein soziales Basisschutzniveau einführen, um Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft vor extremer Armut zu schützen, und sollte anschließend schrittweise für sie die Mittel für den Zugang zu einem produktiveren Arbeitsplatz bereitstellen.

Benin: Das Bewusstsein der Akteure für die Bedeutung des Sozialschutzes sollte geschärft werden, und es sollten die geeigneten Mechanismen definiert werden, die individuelle Beiträge erfordern.

Dänemark: Das Ziel ist nicht die Entwicklung eines Parallelsystems, sondern die Formalisierung der informellen Wirtschaft, um sicherzustellen, dass Erwerbstätige Deckung durch den bestehenden Schutz haben.

Deutschland: Es sollte in die Zuständigkeit jedes Mitgliedstaats fallen, den Geltungsbereich und den Deckungsumfang seines Sozialversicherungssystems festzulegen.

Ungarn: Die Ausweitung des Deckungsumfangs der Sozialversicherung auf die in der Frage erwähnten Gruppen von Erwerbstätigen kann einen stimulierenden Effekt auf den Übergang zur formellen Wirtschaft haben.

Kasachstan: Um die informelle Beschäftigung zu legalisieren und Anreize für die Verringerung dieser Beschäftigung bei Arbeitsmigranten zu bieten, sollte das Gesetz die zukünftige Einführung inter-

nationaler Sozialversicherung für Arbeitsmigranten durch die Einrichtung von internationaler Sozialversicherung und Fonds zum Schutz von Arbeitsmigranten vorschreiben und Bestimmungen dazu enthalten.

Malawi: Es bedarf großer Anstrengungen, um das Bewusstsein für die Beitragskapazität zu schärfen und ihren Beschränkungen entgegenzuwirken.

Mali: Die freiwillige Versicherung sollte bevorzugt werden.

Montenegro: Um die Nachhaltigkeit bestehender Arbeitsplätze sicherzustellen, ist es notwendig, dass die Kosten für die Ausweitung des Deckungsumfangs der Sozialversicherung für Arbeitgeber akzeptabel sind.

Marokko: Staatliche Aktionsprogramme sollten sich konzentrieren auf: i) die schrittweise Ausweitung der Deckung durch die Krankenversicherung und ii) die Anpassung der Verwaltungsverfahren sowie des Geltungsbereichs von Leistungen und Beiträgen unter Berücksichtigung der Beitragskapazität informeller Einheiten.

Niederlande: Es ist nicht klar, ob die Ausweitung des Deckungsumfangs der Sozialversicherung auf zusätzliche Gruppen von Erwerbstätigen wünschenswert und/oder möglich ist.

Portugal: Es wird die Auffassung vertreten, dass alle Erwerbstätigen das Recht auf das Sozialschutzsystem und Zugang dazu haben sollten und dass es nicht ein besonderes Sozialschutzsystem für bestimmte Gruppen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft geben sollte, obwohl Schwierigkeiten bei der Verwaltung beitragsgestützter Sozialsysteme auftreten könnten.

Senegal: Aber sehr schrittweise; das ist der ganze Sinn von Maßnahmen wie vereinfachten Systemen für kleine Beitragszahler oder des allgemeinen Krankenversicherungsschutzes.

Sudan: Auch auf Saisonarbeiter im Agrarsektor.

Tunesien: Für Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft eingerichtete Systeme der Sozialen Sicherheit sollten Sicherheitsvorkehrungen enthalten, um Übergänge vom formellen Sektor zum informellen Sektor zu verhindern.

Uganda: Das Prinzip der Ausweitung des Deckungsumfangs ist akzeptabel. Die Schwierigkeit besteht jedoch in der Einrichtung eines institutionellen Mechanismus, der alle unterschiedlichen Gruppen von Erwerbstätigen abdecken würde, weil in Entwicklungsländern die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung Selbstständige und auf eigene Rechnung arbeitende Erwerbstätige bilden.

Vereinigtes Königreich: Es ist notwendig, hervorzuheben, dass das Ziel in der Minimierung des sozialen Ausschlusses aufgrund fehlenden Zugangs zu irgendeiner Form von Sozialer Sicherheit ist, und nicht, vorzuschreiben, welche Form der Sozialen Sicherheit genutzt werden sollte, um dies zu erreichen.

Vereinigte Staaten: Warum Bezug nehmen auf bestimmte Gruppen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft, wenn soziale Basisschutzniveaus universell sind, was ihren Geltungsbereich betrifft.

Bolivarische Republik Venezuela: Nach dem Prinzip, dass die Durchführung graduell und schrittweise erfolgt.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 11

Verneinend: 3

Sonstige: 6

Bemerkungen

ANDI, DA, IOE, Keidanren, MEDEF, SEV: Die Kapazität von selbstständigen Erwerbstätigen, Arbeitgebern und Unternehmen muss berücksichtigt werden. Ferner sollte der Arbeitgeberbeitrag zur Abdeckung dieser zusätzlichen Gruppen von Erwerbstätigen durch die Sozialversicherung anteilig sein, um sicherzustellen, dass die Kosten für die Arbeitgeber bezahlbar bleiben, damit diese Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen nicht zerstört werden.

CNI, EK: Neben der Verringerung der Bürokratie beim Zugang zu diesem System ist der Hauptschwerpunkt, seine Finanzierung zu sichern.

SAV: Dies sollte auf der innerstaatlichen Ebene geregelt werden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 63

Verneinend: 1

Sonstige: 3

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Es sollte klar unterschieden werden zwischen Lohnarbeitern, deren Arbeitgeber verpflichtet sein sollten, Beiträge zu Sozialversicherungssystemen zu entrichten, und selbstständigen Erwerbstätigen, die keinen Arbeitgeber zur Finanzierung beitragsgestützter Systeme haben. Um fair zu sein und der Situation unterschiedlicher Gruppen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft Rechnung zu tragen, sollten Sozialversicherungssysteme die Beitragskapazität von Erwerbstätigen berücksichtigen, aber sie sollten auch die Beitragskapazität von Arbeitgebern berücksichtigen.

BAK: Bei der schrittweisen Ausweitung des Deckungsumfangs der Sozialversicherung auf zusätzliche Gruppen von Erwerbstätigen ist es wichtig, sicherzustellen, dass die Zuweisung auf der Grundlage des Gesamtgewinns der jeweiligen Wertschöpfungskette erfolgt, um zu verhindern, dass beispielsweise auf eigene Rechnung arbeitende Erwerbstätige oder diejenigen Selbstständigen am Ende der Wertschöpfungskette von Lohndumping betroffen werden.

CSN: Schrittweise, aber mit einer vernünftigen Frist.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände sowie fast alle Arbeitnehmerverbände befürworten die Aufnahme dieser Bestimmung. Eine solche Ausweitung wird von manchen Regierungen als positiv für den Übergangsprozess eingestuft, und viele führen Beispiele an, wie die Deckung dieser Gruppen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft in ihrem jeweiligen Land verwirklicht wird. Viele auskunftgebende Stellen bekräftigen die Notwendigkeit angepasster und geeigneter Mechanismen, die den besonderen Umständen dieser Erwerbstätigen und ihrer Vielfalt Rechnung tragen.

Die Arbeitgeberseite weist darauf hin, dass die Kosten für die Ausweitung des Deckungsumfangs der Sozialversicherung für sie erschwinglich sein sollten. Die Mehrheit der Arbeitnehmerverbände hebt hervor, dass klar unterschieden werden sollte zwischen Lohnarbeitern, deren Arbeitgeber verpflichtet sein sollten, Beiträge zu Sozialversicherungssystemen zu entrichten, und selbstständigen Erwerbstätigen, die keinen Arbeitgeber zur Finanzierung beitragsgestützter Systeme haben.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, den Wortlaut von Punkt 24 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen anzupassen, um dem Ziel des vorgeschlagenen Instruments Rechnung zu tragen, das darin besteht, „Übergänge zur Formalität zu erleichtern“, und Folgendes zu streichen: „(wie selbstständig Erwerbstätige, Hausangestellte, Arbeitskräfte in ländlichen Gebieten und Arbeitskräfte in kleine und Kleinstunternehmen)“.

Fr. 21 *Sollte das vorgeschlagene Instrument den Mitgliedern nahelegen, ihre Systeme der Sozialen Sicherheit regelmäßig zu überprüfen, um sicherzustellen, dass ihre Funktionsweise unter Berücksichtigung der Bedeutung einer Förderung der Formalisierung der informellen Wirtschaft effektiv und effizient ist?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 95

Verneinend: 0

Sonstige: 2

Bemerkungen

Burkina Faso: Dies ist eines der Mittel, um das System funktionsfähig zu machen, damit die festgelegten Ziele erreicht werden können.

Eritrea, Ghana: Kein System der Sozialen Sicherheit kann effizient arbeiten, ohne regelmäßig seine Aktivitäten in der Vergangenheit zu überprüfen und zu bewerten.

Deutschland: Eine Überprüfung sollte fakultativ sein.

Ungarn: Regelmäßige Überprüfungen bieten eine angemessene Möglichkeit, Handlungsfelder zu bestimmen, von denen ein positiver Impuls für die Förderung von Übergängen zur formellen Wirtschaft ausgehen kann.

Indien: Bestehende Systeme der sozialen Sicherheit müssen regelmäßig überprüft werden, und die Deckung muss ausgeweitet werden. Es ist auch wichtig, die Nachhaltigkeit des Systems unter finanziellen und haushaltstechnischen Gesichtspunkten zu berücksichtigen.

Nepal: Mitglieder müssen ermuntert werden, ihr Sozialsystem regelmäßig durch die Nutzung geeigneter Instrumente zu überprüfen. Bei Bedarf sollte für eine solche Überprüfung Unterstützung geleistet werden.

Polen: Wann immer Staaten ihre Systeme der Sozialen Sicherheit überprüfen, um sicherzustellen, dass sie effektiv und effizient arbeiten, sollten sie auch die Formalisierungswirkung solcher Systeme beurteilen.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 9

Verneinend: 2

Sonstige: 6

Bemerkungen

KEF: Dies kann nicht verallgemeinert werden und kann je nach Land variieren.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 63

Verneinend: 1

Sonstige: 3

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die Überprüfung sollte auf einer dreigliedrigen Grundlage durchgeführt werden und die Fortschritte beurteilen, die bei der Ausweitung der Deckung auf Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft erzielt wurden. Die Überwachung des Anteils der Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft, die Deckung durch Systeme der Sozialen Sicherheit genießen, sollte eine Priorität sein.

KOMMENTAR DES AMTES

Fast alle Regierungen und Arbeitnehmerverbände sowie viele Arbeitgeberverbände stimmen dieser Aussage zu. Wie einige Regierungen erklären, stellt eine solche Überprüfung sicher, dass Systeme der Sozialen Sicherheit effizient sowie an den sozialen und wirtschaftlichen Kontext angepasst sind. Einige andere Regierungen halten die Überprüfung für eine gute Gelegenheit, Maßnahmen der Sozialen Sicherheit zu untersuchen und bei Bedarf anders vorzugehen. Eine große Zahl von Arbeitnehmerverbänden sieht in der Deckung von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft durch Systeme der Sozialen Sicherheit eine Priorität für die Überwachung.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, die Frage der regelmäßigen Überprüfung der Systeme der Sozialen Sicherheit in Punkt 32 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen zu behandeln.

IX. Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften

Fr. 22

Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass:

- a) *jedes Mitglied geeignete Mechanismen für die Einhaltung der für die Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft geltenden Rechtsvorschriften einrichten und entwickeln sollte, um den Übergang zur Formalität sicherzustellen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 82

Verneinend: 5

Sonstige: 5

Bemerkungen

Belgien: Es könnte lohnenswert sein, den Gedanken eines Aktionsplans zur Bekämpfung der informellen Wirtschaft zu prüfen, indem das Bewusstsein für die Nachteile geschärft wird, angemeldete Beschäftigung gefördert wird, Gesetzgebung und Verfahren vereinfacht werden, ein wirksames Überwachungssystem einschließlich Strafen entwickelt wird und die Weitergabe von Informationen sowie die Koordinierung unter den maßgeblichen Institutionen verbessert werden.

Brasilien: Das vorgeschlagene Instrument sollte den Mitgliedern empfehlen, die Arbeitsaufsicht sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht zu stärken.

Kanada: Wirksame Aufsichtssysteme beginnen mit klaren, praxisorientierten und wirksamen Rechtsvorschriften einschließlich Strafen, die hart genug sind, um von der Nichteinhaltung abzuhalten, und von einer professionellen, qualifizierten und motivierten Aufsichtsbehörde verhängt und durchgesetzt werden.

Äthiopien, Nepal: Das Instrument kann geeignete Mechanismen zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften vorschlagen, die Mitglieder abhängig von ihrem Landeskontext als Bezugsrahmen nutzen können.

Frankreich: Das vorgeschlagene Instrument sollte Orientierungshilfe in Bezug auf die Mechanismen bieten; diesbezüglich ist die Rolle des dreigliedrigen Dialogs von großer Bedeutung.

Guatemala: Die wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen der formellen Wirtschaft können ausgeweitet werden, wenn sie den Übergang zur formellen Wirtschaft vollzogen haben.

Indien: Um die effiziente Einhaltung von Rechtsvorschriften sicherzustellen, müssen Verfahren und Regeln vereinfacht werden, sodass der informelle Sektor nach und nach in den Rechtsrahmen einbezogen wird. Um den Übergang zur Formalität sicherzustellen, muss der Einhaltung von Bestimmungen in Bezug auf Arbeitsverhältnisse und Mindestbedingungen von menschenwürdiger Arbeit und Sozialer Sicherheit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Malawi: Der informelle Sektor benötigt umfassende Unterstützung bei der Einhaltung von Rechtsvorschriften einschließlich maßgeschneiderter Programme speziell für den informellen Sektor.

Marokko: Für die Formalisierung müssen die geeigneten Mechanismen und die Struktur zur Sicherstellung der Anwendung des Arbeitsrechts einschließlich der Arbeitsaufsicht nach und nach aktualisiert werden.

Norwegen, Schweden: Jedes Mitglied sollte die bestehenden ausweiten, um den informellen Sektor einzubeziehen, statt neue Mechanismen zu entwickeln.

Polen: Was ein Thema sein könnte, ist lediglich die Wirksamkeit solcher Mechanismen.

Spanien: Das Wort „geeignete“ ist wichtig, um den verschiedenen Ländern sowohl heute als auch, wenn sie sich im Lauf der Zeit weiterentwickeln, Flexibilität für die Anpassung solcher Mechanismen an ihre besonderen Umstände einzuräumen.

Tunesien: Die Aufsicht muss durch die Planung gezielter Kampagnen mit einem Schwerpunkt auf der beratenden und informierenden Rolle statt auf Bestrafung gestärkt werden.

Türkei: In Anbetracht des Umstands, dass die Bedingungen in jedem Land anders sind, sollte kein gemeinsamer Mechanismus für alle Länder vorgesehen werden.

Uganda: Die Mitgliedstaaten müssen den Aufbau der auf die informelle Wirtschaft zugeschnittenen Kapazitäten für die Arbeitsaufsicht und die Aufklärung der Öffentlichkeit unterstützen.

Vereinigte Staaten: In dieser Aussage sollte anerkannt werden, dass dies nur für Länder gelten würde, in denen es die geeigneten Mechanismen noch nicht gibt.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 8

Verneinend: 9

Sonstige: 2

Bemerkungen

ANDI: Geeignete Mechanismen sollten etabliert und entwickelt werden, um die Formalisierung von Wirtschaftseinheiten und Arbeitsplätzen zu fördern, aber nicht, um im normensetzenden Verfahren ein zweistufiges System zu schaffen.

CEC, IOE, Keidanren, MEDEF, SAV, SEV: Dies setzt voraus, dass die bestehenden Gesetze und Bestimmungen effizient und wirksam sind. In vielen Ländern ist die informelle Wirtschaft gerade deshalb so groß, weil die geltenden Gesetze nicht geeignet, praxisorientiert, wirksam und effizient sind. Bevor die Einhaltung von Rechtsvorschriften durchgesetzt wird, sollte es eine Wirkungsanalyse bestehender Gesetze und Vorschriften geben.

DA: Es besteht die Möglichkeit, dass die geltenden Gesetze nicht geeignet und in der Praxis weder effektiv noch effizient sind.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 69

Bejahend: 67

Verneinend: 0

Sonstige: 2

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Weil in der informellen Wirtschaft Gesetze und Vorschriften weitgehend nicht eingehalten werden, sind Mechanismen zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften wichtig, um einen Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft zu ermöglichen. Mechanismen zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften sollten sowohl Anreize als auch Strafen umfassen. Anreize sind besonders nützlich, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften durch Akteure in der informellen Wirtschaft sicherzustellen. Spezielle Organe oder Einheiten zur Überwachung der Einhaltung von Rechtsvorschriften sind nützlich, um im Lauf der Zeit Fortschritte sicherzustellen. Solche Organe/Einheiten sollten in enger Zusammenarbeit mit allen Akteuren einschließlich Kommunalbehörden, Arbeitsministerien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Organisationen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft tätig werden. Das vorgeschlagene Instrument sollte einen höheren Grad der Koordinierung zwischen den verschiedenen Durchsetzungsorganen einschließlich Arbeitsaufsicht, Steuerbehörden, Trägern der Sozialen Sicherheit usw. vorsehen.

KSBSI: Um die wirksame Durchsetzung von Gesetzen und Vorschriften sicherzustellen, muss die Zahl der Aufsichtsbeamten erhöht und angemessene Ausbildung sichergestellt werden, damit sie die informelle Wirtschaft besser verstehen und Kontrollen auf dreigliedriger Grundlage durchführen können.

UGT (Portugal): Unter Berücksichtigung des Rechts von Erwerbstätigen auf das Verdienen eines Lebensunterhalts sollten Strafen verhältnismäßig sein.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine große Mehrheit von Regierungen und fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. In zahlreichen Antworten wird der Umstand hervorgehoben, dass es in vielen Ländern bereits geeignete Mechanismen gibt und es nicht nötig ist, neue zu etablieren.

Einige Regierungen weisen darauf hin, dass die Gefahr der Entwicklung eines Parallelsystems besteht, das zu einer noch stärkeren Ausweitung der informellen Wirtschaft führen könnte.

Mehrere Regierungen und Arbeitgeberverbände heben hervor, dass wirksame Institutionen sowie klare, praxisorientierte und wirksame Gesetze wichtig sind, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften sicherzustellen.

Die Arbeitgeberseite schlägt vor, dass es eine Wirkungsanalyse der bestehenden Gesetze und Vorschriften geben sollte, bevor die Einhaltung von Rechtsvorschriften durchgesetzt wird.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, das Element der Überprüfung bestehender Mechanismen in Punkt 25 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen hinzuzufügen.

Fr. 22 b) *die Mechanismen ein angemessenes und geeignetes Aufsichtssystem umfassen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 89

Verneinend: 3

Sonstige: 5

Bemerkungen

Brasilien: Die Mitglieder sollten versuchen, die wirkungsvollste Kombination der von den Arbeitsaufsichtsdiensten verwendeten Mechanismen für Strafen und für Orientierungshilfe einzuführen. Die Schärfung des Bewusstseins der Arbeitgeber ist wichtig.

Frankreich: Es wäre nützlich, Orientierungshilfe zu geben, um die Kapazitäten der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsaufsicht für Interventionen in der informellen Wirtschaft zu stärken, beispielsweise in der Form einer Methodik der Arbeitsaufsicht.

Libanon, Nepal: Die meisten Länder verfügen über ein Arbeitsaufsichtssystem. Es ist jedoch erforderlich, seine Kapazitäten zu stärken und es auf neue Entwicklungen einzustellen.

Serbien: Die Schärfung des Bewusstseins von Beschäftigten und Arbeitgebern in Bezug auf die Bedeutung der Anwendung von Arbeitsschutzmaßnahmen und der Legalisierung des Arbeitsverhältnisses ist von größter Bedeutung.

Spanien: Um die maximalen Vorkehrungen für den Schutz von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberrechten zu ermöglichen, ist neben der notwendigen Entwicklung von Normen ein adäquates und geeignetes Aufsichtssystem als Teil einer ganzheitlichen Politik höchst empfehlenswert.

Schweiz: Die effektive Anwendung der verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen ist nicht allein von einem Aufsichtssystem abhängig, sondern natürlich auch von den Gerichten.

Vereinigtes Königreich: Das Ziel der Mechanismen ist die Verringerung der Nichteinhaltung von Rechtsvorschriften und die Durchsetzung des geltenden Rechts und nicht nur die Konzentration darauf, den Übergang von der Informalität zur Formalität sicherzustellen.

Vereinigte Staaten: Ein nützliches Instrument müsste erläutern, wie Kontrollen in der informellen Wirtschaft durchgeführt werden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 13

Verneinend: 2

Sonstige: 4

Bemerkungen

CEC, DA, IOE, Keidanren, OEB, SEV: Das Aufsichtssystem sollte transparent und effizient sein und Rückmeldungen ermöglichen. Und es sollte Arbeitgebern keine unnötigen Kosten aufbürden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 68

Bejahend: 64

Verneinend: 0

Sonstige: 4

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Aufsichtssysteme sind wichtig, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften sicherzustellen. Voraussetzung ist, dass sie ein klares Mandat haben, angemessen ausgestattet werden und unabhängig bleiben. In Bezug auf die Arbeitsaufsicht sollte das vorgeschlagene Instrument die Kernprinzipien im Übereinkommen Nr. 81 und im Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht (Landwirtschaft), 1969, sowie in den Schlussfolgerungen der allgemeinen Aussprache über die Arbeitsverwaltung und die Arbeitsaufsicht von 2011 widerspiegeln. Insbesondere sollte das vorgeschlagene Instrument vorschreiben, dass es genügend Arbeitsaufsichtsbeamte gibt und die Aufsichtsbeamten die Positionen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer berücksichtigen können. Des Weiteren sollen alle Aufsichtsbeamten in Bezug auf die besondere Art der Arbeit geschult werden, die in der informellen Wirtschaft geleistet wird.

CCOO: Wichtig ist die Koordinierung der Arbeit der Arbeits- und Sozialversicherungsaufsichtsbeamten sowie der Finanzbeamten.

CONATO, CONUSI, CS: Institutionelle Aufsicht zusammen mit den Arbeitnehmern (Gewerkschaften).

SEWA: In vielen Fällen erbringen Kontrollen allein in der informellen Wirtschaft nicht die erwünschten Resultate. Deshalb muss neben Kontrollen der soziale Dialog mit Arbeitgebern und Subunternehmern stattfinden.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwiegende Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände sowie fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Für die Arbeitgeber ist es besonders wichtig, dass die Arbeitsaufsicht transparent und effizient ist, Arbeitgebern keine unnötigen Kosten aufbürdet und es Möglichkeiten für Rückmeldungen gibt. Mehrere auskunftgebende Stellen heben hervor, dass es Synergien zwischen verschiedenen Arbeitsaufsichtsdiensten geben sollte und dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bewusstseinsbildung, Beratung und Durchsetzung bestehen sollte. Mehrere auskunftgebende Stellen betonen die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Arbeitsaufsichtssystemen und den Sozialpartnern.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 25 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 22

- c) *die Mechanismen Informationen, Leitlinien und Kapazitätsaufbau für die zuständigen Akteure und Unterstützung zur Einhaltung der Vorschriften umfassen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 92

Verneinend: 1

Sonstige: 4

Bemerkungen

Ghana: Um wirksame Überwachung und Kontrollen sicherzustellen, sollten wichtige Akteure wie Arbeitsaufsichtsbeamte sachdienliche Ausbildung, Informationen und Orientierungshilfe erhalten.

Indien: Nur informierte Vollzugsbeamte können die Durchsetzungsaufgaben wirksam wahrnehmen. Sie müssen deshalb über Änderungen informiert werden, damit sich Durchsetzungstechniken entsprechend dem Bedarf sich rasch verändernder Volkswirtschaften weiterentwickeln.

Lettland: Der Aufbau von Kapazität maßgeblicher Akteure sollte unter Berücksichtigung des Umfangs der informellen Wirtschaft im jeweiligen Mitgliedstaat, der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Landes und der für diese Akteure festgelegten Pflichten sowie früherer Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau festgelegt werden.

Mali: Angesichts der Besonderheiten des informellen Sektors muss sich der Ansatz, der verfolgt werden soll, auf Aufklärung statt auf Strafen stützen.

Marokko: Doppelmandat der Arbeitsaufsicht: i) sicherzustellen, dass die gesetzlichen Bestimmungen angewendet werden, und ii) Informationen und fachliche Beratung für Arbeitgeber und Beschäftigte zu bieten.

Senegal: Kommunikation ist ein wichtiges Bindeglied im Standardisierungsprozess, insbesondere bei der Anpassung bestehender Rechtsvorschriften.

Südafrika: Kapazität für die maßgeblichen Akteure wie informelle Wirtschaftsverbände ist sehr wichtig, weil sie den positiven sozialen Dialog verbessern wird.

Spanien: Es ist wichtig, bei den Aktivitäten der Arbeitsaufsichtsbeamten zusätzliche, nicht auf Zwang beruhende Maßnahmen vorzusehen. Diese Maßnahmen können vom Aufsichtssystem oder anderen bestehenden Organen in Übereinstimmung mit den Mandaten der jeweiligen Organe oder Institutionen in jedem Land entwickelt werden.

Bolivarische Republik Venezuela: Die Mechanismen sollten eine Präventionsphase einschließlich Förderung, Information und Bereitstellung von Orientierungshilfe für Arbeitnehmer in Produktionseinheiten in Bezug auf ihre Verpflichtungen gemäß den gesetzlichen Anforderungen umfassen; diese Phase sollte zeitlich vor Strafen liegen, die generell ein Teil jedes Kontroll- oder Prüfprozesses sind.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 9

Verneinend: 1

Sonstige: 7

Bemerkungen

ANDI: Zusätzlich sollte es einen Mechanismus zur Beurteilung der Auswirkungen bestehender Gesetze und Vorschriften geben.

Arbeitnehmer*Anzahl der Antworten: 67**Bejahend: 63**Verneinend: 0**Sonstige: 4***Bemerkungen**

Konsolidierte Antwort: Bildung und Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau sind wichtig, um sicherzustellen, dass Erwerbstätige und Arbeitgeber in der informellen Wirtschaft ihre Rechte und Pflichten kennen. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass rechtliche Informationen durch geeignete Kanäle verbreitet werden und dass die zuständigen Behörden regelmäßig Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau organisieren.

CUT (Kolumbien): Diese sollten auch für die zuständigen Behörden, für Akteure in der informellen Wirtschaft, die möglicherweise den Formalisierungsprozess beeinflussen oder dabei mitwirken können, und für Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf der innerstaatlichen Ebene bereitgestellt werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine große Mehrheit der Regierungen, fast alle Arbeitnehmerverbände und zahlreiche Arbeitgeberverbände unterstützen diese Bestimmung. Es herrscht breite Übereinstimmung dahingehend, dass der Austausch von Informationen, Bewusstseinsbildung oder die Bereitstellung von Anreizen notwendige Komponenten des Mechanismus zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften sind, insbesondere im informellen Sektor. Einige auskunftgebende Stellen heben hervor, dass bei einem breiten Spektrum von Akteuren einschließlich informellen Wirtschaftsverbänden Kapazität aufgebaut werden muss.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, die Bereitstellung von Anreizen als eines der Elemente zur Unterstützung der Einhaltung von Vorschriften in die Punkte 12 c) und 25 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen aufzunehmen.

Fr. 23

Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass jedes Mitglied sicherstellen sollte, dass die gesetzlich vorgesehenen Strafmaßnahmen (verwaltungsrechtlicher, zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Art) angemessen sind und streng durchgesetzt werden?

Regierungen*Anzahl der Antworten: 97**Bejahend: 85**Verneinend: 5**Sonstige: 7***Bemerkungen**

Österreich: Strafmaßnahmen sollten immer angemessen sein. Zur strengen Durchsetzung wäre es sinnvoll zu unterscheiden zwischen Fällen, wo Arbeitgeber Regelungen umgehen, und Fällen, wo der informelle Sektor wegen bitterer Armut und Not zur Sicherung des Überlebens entsteht (hier sollte die Priorität auf der Armutsbekämpfung liegen, nicht auf Strafmaßnahmen).

Benin, Burkina Faso, Malawi, Mali, Senegal: Die Schärfung des Bewusstseins und die Bereitstellung von Informationen und Beratung müssen Vorrang vor der Verhängung von Strafen haben.

Brasilien: Strafen müssen graduell und verhältnismäßig angewendet werden. Sie müssen auch streng und transparent genug angewendet werden, um die Formalisierung zu fördern.

Dänemark: Um einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt und ein sicheres Geschäftsumfeld zu gewährleisten, ist es wichtig, dass gegenüber denjenigen Strafmaßnahmen verhängt werden, die die rechtlichen Anforderungen der formellen Wirtschaft nicht erfüllen.

Ägypten: Strafmaßnahmen (verwaltungsrechtlicher, zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Art) sollten flexibel sein. Damit die Strafmaßnahmen vollzogen werden, sollte 1) die Zahl der Aufsichtsbeamten erhöht werden; sollten 2) Strafmaßnahmen schrittweise entsprechend der Häufigkeit der Nichteinhaltung von Rechtsvorschriften verhängt werden; sollte 3) das Bewusstsein in Bezug auf Gesetze und vollzogene Strafmaßnahmen geschärft werden.

Äthiopien: Aber mit gebotener Sorgfalt und schrittweise, weil solche Maßnahmen Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft betreffen können.

Finnland: Ein System von Strafmaßnahmen sollte lediglich als letzte Möglichkeit vorgesehen werden.

Frankreich, Indien: Es ist wichtig, Informationen, Prävention und Anreize mit angemessenen und geeigneten Strafen zu kombinieren.

Jamaika: Dies sollte ein gradueller Prozess sein.

Lettland: Strafmaßnahmen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

Niederlande: Es sollte den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, zu entscheiden, ob sie Strafmaßnahmen verwaltungsrechtlicher, zivilrechtlicher oder strafrechtlicher Art verhängen.

Südafrika: Gesetze müssen durchgesetzt werden, aber die gemeinsame Mitwirkung an ihrer Ausarbeitung und die Aufklärung der betroffenen Parteien sind wichtig. Korrektive Maßnahmen sollten auch genutzt werden, um Teilnehmern an der informellen Wirtschaft Unterstützung und Orientierungshilfe zu bieten, damit sie einen Übergang zur formellen Wirtschaft vollziehen können.

Spanien: Das System von rechtlichen Maßnahmen und Strafen ist ein grundlegendes Instrument zur Förderung des Übergangs von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft.

Vereinigte Staaten: Bei Bedarf sollten Strafmaßnahmen sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft angemessen sein und streng durchgesetzt werden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 8

Verneinend: 11

Sonstige: 1

Bemerkungen

DA: Die Gesetze müssen fundiert, praxisorientiert und verständlich sein, und es ist effektiver, mehr Aufklärung und Orientierungshilfe zu bieten, als Strafmaßnahmen zu verhängen.

MEDEF: Es ist wichtig, einen auf Strafen basierenden Ansatz mit einem aufklärerischen Ansatz zu kombinieren, weil die Nichteinhaltung von Rechtsvorschriften auf mangelnde Kenntnisse der Regeln oder Schwierigkeiten ihrer Anwendung in der Praxis beruhen kann.

IOE, Keidanren, SEV: Die Gesetze müssen vor allem fundiert und praxisorientiert sein. Außerdem können Verstöße ein Ergebnis von mangelndem Wissen oder Bewusstsein und/oder Kapazität in Bezug auf

die Einhaltung von Rechtsvorschriften sein. In solchen Fällen bedarf es mehr Aufklärung und Orientierungshilfe. Der Ansatz mit Strafmaßnahmen sollte nur unter der Bedingung Anwendung finden, dass die Gründung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht beeinträchtigt wird.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 43

Verneinend: 1

Sonstige: 23

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Prinzipiell sollten nach dem Gesetz verhängte Strafmaßnahmen streng durchgesetzt werden. Unter manchen Umständen werden Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft, die versuchen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, jedoch derart schikaniert und verfolgt, dass sie ihre Aktivitäten nicht durchführen können. Das vorgeschlagene Instrument sollte deshalb sicherstellen, dass Strafmaßnahmen mit den Arbeits- und Lebensbedingungen von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft in Einklang stehen. In dem vorgeschlagenen Instrument sollte ein ausgewogenes Verhältnis gefunden werden zwischen der Notwendigkeit der Durchsetzung von Regeln und Vorschriften und dem Recht armer Erwerbstätiger darauf, einen Lebensunterhalt zu verdienen, um ihre Familien zu ernähren.

CCOO: (Fragen 22 c) und 23): Nicht nur Strafen sollte Priorität eingeräumt werden; andere ebenfalls relevante Dimensionen wie Prävention und Inklusion sollten berücksichtigt werden – durch aktive beschäftigungsfördernde Maßnahmen, Bewusstseinsbildung, Vermittlung von Wissen und Bewertung des Phänomens.

Akava, SAK, STTK: Es ist zwar wichtig, die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu stärken, aber auch die Bedingungen, unter denen nicht angemeldete Erwerbstätige arbeiten, müssen berücksichtigt werden, um unvernünftige Situationen zu vermeiden.

KOMMENTAR DES AMTES

Die Antworten auf diese Frage fallen unterschiedlich aus. Die meisten Regierungen und eine Mehrheit der Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu, während eine sehr große Mehrheit der Arbeitgeberseite ihr nicht zustimmt. Um Übergänge zur formellen Wirtschaft zu unterstützen und diesbezüglich Orientierungshilfe zu geben, ziehen viele Regierungen eine Kombination von vorbeugenden und Abhilfemaßnahmen vor. Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung hoben Sachverständige von Regierungen die Notwendigkeit von Aufsichtsmechanismen sowie die Bedeutung von Beratung und Anreizen hervor.

Für manche auskunftgebenden Stellen sollten präventive und befähigende Strategien der Anwendung von Strafmaßnahmen vorausgehen. Andere halten Strafmaßnahmen für wichtig, um Systemen zur Förderung von Übergängen Glaubwürdigkeit zu verleihen, und meinen, dass Missbrauchsmöglichkeiten geschaffen werden, wenn sie fehlen. Vertreter der Arbeitnehmer heben hervor, dass in dem vorgeschlagenen Instrument ein ausgewogenes Verhältnis gefunden werden sollte zwischen der Notwendigkeit der Durchsetzung von Regeln und Vorschriften und dem Recht armer Erwerbstätiger darauf, einen Lebensunterhalt zu verdienen, um ihre Familien zu ernähren.

Vertreter der Arbeitgeber unterstreichen die Notwendigkeit fundierter und praxisorientierter Gesetze sowie von mehr Aufklärung und Orientierungshilfe. Der Ansatz mit Strafmaßnahmen sollte nur unter der Bedingung angewandt werden, dass die Gründung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht beeinträchtigt wird.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, der notwendigen Kombination von vorbeugenden und Abhilfemaßnahmen zur Erleichterung von Übergängen in die formelle Wirtschaft in Punkt 25 c) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen Rechnung zu tragen.

X. Die Rolle der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände

Fr. 24 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Erwerbstätigen und Unternehmer in der informellen Wirtschaft in der Lage sein sollten, bestehenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden beizutreten oder eigene Verbände zu gründen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 79

Verneinend: 12

Sonstige: 6

Bemerkungen

Belgien, Vereinigte Staaten: Innerstaatliche Rechtsvorschriften sollten die Freiheit aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne Furcht vor Repressalien oder Einschüchterung Verbände ihrer Wahl zu gründen und solchen beizutreten, unabhängig von ihrem Arbeitsplatz und den Organisationsformen der Arbeit schützen und verteidigen.

Benin, Bolivarische Republik Venezuela, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Eritrea, Frankreich, Ghana, Mauritius, Schweden, Türkei, Ukraine, Vietnam: Dies steht in Einklang mit den Prinzipien der Vereinigungsfreiheit und des Rechts zu Kollektivverhandlungen gemäß den IAO-Übereinkommen Nr. 87 und 98.

Brasilien: Das Vereinigungsrecht muss immer frei sein, und es darf keine staatliche Einmischung in Gewerkschaftsorganisationen geben.

Bulgarien: Sie sollten bestehenden Verbänden beitreten können.

Kanada: Der Wortlaut des vorgeschlagenen Instruments sollte den Wortlaut des Übereinkommens Nr. 87 widerspiegeln. „Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, dass sie deren Satzungen einhalten.“

Chile: Dies wird zu einer stillschweigenden Anerkennung der Informalität führen und so diese Form von Arbeit legitimieren.

Dschibuti: Auf jeden Fall; es gibt im informellen Sektor keine Gewerkschaften, und es ist sehr wichtig, Erwerbstätige und Unternehmer in der informellen Wirtschaft zu vertreten.

Äthiopien: Aber schrittweise, weil es immer mehr Programme zur Bewusstseinsbildung und kontinuierlichen sozialen Dialog voraussetzt.

Deutschland: Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft sollte das Recht zugestanden werden, bestehenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden beizutreten. Ausgenommen sollten nur Personen sein, die kriminellen Aktivitäten nachgehen.

Ungarn: Das Ziel ist, Übergänge zur formellen Wirtschaft zu fördern, und nicht, informelles Unternehmertum und informelle Beschäftigung anzuerkennen.

Mali: Das Instrument sollte Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände auch ermuntern, Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft aufzunehmen.

Montenegro: Das Vorhandensein separater Verbände für die informelle Wirtschaft könnte zur Entstehung eines dualen Systems führen, das schwer zu verwalten sein könnte und den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft rückgängig machen könnte.

Nepal: Dies könnte Erwerbstätigen helfen, ihre Rechte geltend machen und ihre Situation zu verbessern. Das Instrument könnte angemessene und einfache Bedingungen für die Gründung und Registrierung ihrer Verbände vorsehen, wobei Erwerbstätige in der formellen Wirtschaft von gewissen Auflagen befreit werden könnten.

Niederlande, Norwegen, Südafrika: Es ist besser, die Teilnahme von Erwerbstätigen und Unternehmern an bestehenden Verbänden zu fördern, indem das gemeinsame Interesse von Menschen in der formellen Wirtschaft hervorgehoben wird.

Panama: Weil aus Selbstständigen oder Unternehmern bestehende Wirtschaftseinheiten ihre eigenen Interessen und Absichten verfolgen, ist der kluge Ansatz, ihre eigenen Verbände zu fördern, die es ihnen ermöglichen, ihre Initiativen und Vorschläge zu harmonisieren.

Portugal: Die Anerkennung eines Sonderstatus für diese Erwerbstätigen würde der Bekämpfung der Informalität zuwiderlaufen, die es nicht geben sollte.

Schweiz: Sie sollten in der Lage sein, zunächst ihre eigenen Verbände zu schaffen.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 21

Bejahend: 7

Verneinend: 12

Sonstige: 2

Bemerkungen

CACIF, CEC, IOE, OEB: Die Vereinigungsfreiheit zählt zu den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit, zu denen sich die Arbeitgeber bekennen. Arbeitgeberverbände können informelle Unternehmen als Mitglieder aufnehmen, weil gleiche Voraussetzungen sichergestellt werden, wenn informelle Wettbewerber denselben Anforderungen wie ihre Mitglieder unterworfen werden, und die Abgaben- und Sozialschutzlast gleichmäßiger und gerechter verteilt wird. Über die Bestimmung in Bezug auf die Gründung eigener Verbände durch informelle Unternehmer sind weitere Diskussionen notwendig, um zu bestimmen, wie die Form einer solchen Organisation/eines solchen Netzwerks/eines solchen Verbandes aussehen sollte und was sein Zweck sein sollte. Es sollte daran erinnert werden, dass solide Regierungsführung und unternehmens- sowie beschäftigungsfreundliche Geschäftsumfelder Voraussetzungen für die Förderung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft sind. Separate Verbände für die informelle Wirtschaft bergen die Gefahr der Entstehung eines dualen Systems, das für Regierungen schwerer zu verwalten sein kann und sogar den Übergang von der formellen zur informellen Wirtschaft rückgängig machen könnte.

CNI: Diese Möglichkeit zu gestatten, bedeutet, anzuerkennen, dass Informalität eine gültige, sozial akzeptierte Form ist.

MEDEF: Es besteht die Gefahr, dass diese Möglichkeit informelle Unternehmen davon abhält, formell zu werden.

SEV: In ein Instrument eine Bestimmung für Unternehmer in der informellen Wirtschaft aufzunehmen, die es ihnen ermöglicht, Arbeitgeberverbände in der formellen Wirtschaft beizutreten, wird Arbeitgeberverbände verpflichten, sie aufzunehmen, ohne die Möglichkeit zu haben, ihre Kapazitäten zu überprüfen, und wird den Umstand vernachlässigen, dass Personen mit verschiedenen Motiven in die informelle Wirtschaft eintreten.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 69

Bejahend: 66

Verneinend: 3

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Wie von der IAO und anderen Menschenrechtsorganen viele Male erklärt wurde, sind die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen unabdingbare Rechte.

CITUB, CSA-Bénin: Erwerbstätige und Arbeitgeber in der informellen Wirtschaft sollten ermuntert werden, bestehenden Verbänden beizutreten, weil dies die Formalisierung unterstützen könnte.

LBAS: Es sollte nicht nur das Recht auf den Beitritt zu Verbänden garantiert werden, sondern auch die Möglichkeit dazu in der Praxis.

NSZZ: Die Ausweitung der Rechte der informellen Erwerbstätigen auf das Niveau formeller Erwerbstätiger kann zur Stärkung der informellen Wirtschaft beitragen. In diesem Fall gibt es keinen Anreiz für informelle Arbeitnehmer, in eine formelle Beschäftigung zu wechseln. Somit anerkennen wir die Notwendigkeit, das Vereinigungsrecht zu gewähren, aber es sollte primär genutzt werden, um den Übergang zur Formalität zu fördern.

KOMMENTAR DES AMTES

Die meisten Regierungen und Arbeitnehmerverbände sind mit dieser Bestimmung einverstanden. Eine Reihe auskunftgebender Stellen unterstreicht die Verknüpfung mit Frage 15 a), die grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit betrifft. Eine Regierung schlägt vor, dass das vorgeschlagene Instrument die Formulierung von Artikel 2 des Übereinkommens Nr. 87 widerspiegeln sollte: „Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, dass sie deren Satzungen einhalten.“

Die meisten Arbeitgeberverbände – und einige Regierungen – sprechen sich nicht für die Aufnahme einer solchen Bestimmung aus, weil dies aus ihrer Sicht die Anreize für die Formalisierung verringern könnte.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten sowie der Zusammenfassung des Vorsitzenden der Dreigliedrigen Sachverständigentagung (Punkt 11) schlägt das Amt vor, in Punkt 26 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

Fr. 25

Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, einschließlich der Verbände von Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft, bei der Entwicklung, Durchführung und Bewertung von Politiken und Programmen, die für die informelle Wirtschaft relevant sind, einschließlich ihrer Formalisierung, angehört werden sollten?

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 87

Verneinend: 7

Sonstige: 3

Bemerkungen

Brasilien: Wenngleich dreigliedrige Beratungen immer empfohlen werden, können sie nicht in jedem Fall als Voraussetzung für die Durchführung von Politiken betrachtet werden.

Benin, Dänemark, Eritrea, Äthiopien: Die Anhörung der Sozialpartner und anderer Akteure in der formellen und informellen Wirtschaft, die mit dieser Thematik im Alltag befasst sind, sollte unterstützt werden.

Ägypten: In Übereinstimmung mit der Dreigliedrigkeit.

Frankreich, Islamische Republik Iran, Montenegro, Türkei: Die Sozialpartner sollten aktiv an der Entwicklung, Durchführung und Bewertung von Politiken und Programmen mitwirken, die für die informelle Wirtschaft und ihre Formalisierung relevant sind.

Islamische Republik Iran: Es sollte Anhörungen der repräsentativsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände vorsehen.

Panama: An den Phasen der Auslegung, Ausarbeitung und Bewertung bei der Entwicklung einer Politik sollten die Parteien beteiligt werden, die von ihr Nutzen haben werden oder zu deren Nachteil sie sein wird. Verbände von Mitgliedern der informellen Wirtschaft sollten vertreten sein, um gegen Teile einer Politik und die zugehörigen Rechtsrahmen Einspruch einlegen zu können.

Schweiz: Angesichts des besonderen Charakters der informellen Wirtschaft ist es sehr schwierig, Verbände von Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft anzuhören.

Tunesien: Die Anhörung von Verbänden von Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft ist notwendig, um die die informelle Wirtschaft betreffenden Politiken und Programme zu verbessern und zu bewerten.

Uganda: Unternehmer sollten angehört werden, damit Transparenz und Rechenschaftslegung gefördert sowie Politiken und Programme entwickelt werden, die ihrem realen Bedarf Rechnung tragen.

Ukraine: Arbeitnehmervverbände können eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung von Aktivitäten aller dreigliedrigen Partner mit dem Ziel spielen, gegen die Ursachen von Informalität anzugehen.

Vereinigtes Königreich: Der vorgeschlagene Text ist zu präskriptiv und berücksichtigt nicht Länder, die keine Tradition der Sozialpartnerschaft haben, die zu staatlichen Politiken beiträgt.

Vereinigte Staaten: Viele der einflussreichsten Organisationen in der informellen Wirtschaft vertreten nicht explizit Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberinteressen. Deshalb sollten hinter „Verbände von Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft“ die Worte „und anderer relevanter Organisationen der Zivilgesellschaft“ eingefügt werden.

Uruguay: Der soziale Dialog ist wichtig, aber er kann nicht dazu verwendet werden, Situationen der Informalität zu konsolidieren, indem sie institutionalisiert werden.

Bolivarische Republik Venezuela: Die Überlegungen dieser Verbände sollten nicht bindend sein, sondern streng konsultativ.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 7

Verneinend: 10

Sonstige: 2

Bemerkungen

CACIF: Es sollten Verfahren etabliert werden, um wirksame Beratungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite sicherzustellen, insbesondere in Arbeitsfragen. Die meisten repräsentativen Verbände sollte angehört werden, um wirksame Beratungen sicherzustellen, und sie sollten ihre Standpunkte oder Beobachtungen zu jeder Angelegenheit im Zusammenhang mit den Arbeitsbeziehungen, der Sozialen Sicherheit und der Arbeitsverwaltung präsentieren.

CEC, DA, IOE, OEB, SEV: Durch die Annahme der Bestimmung, dass „Verbände von Arbeitgebern in der informellen Wirtschaft“ angehört werden sollen, werden dieselben Fragen aufgeworfen, die bereits in Frage 24 angesprochen wurden. Organisierte formelle Unternehmen aller Größenordnungen sind führend bei der Tätigkeit im wirtschaftlichen und geschäftlichen Umfeld jedes Landes, und keine anderen Akteure sind in einer besseren Position, um viele der Herausforderungen in der realen Welt zu kennen, die Personen und Unternehmen von der Formalität fernhalten. Die Anhörung von Arbeitgeberverbänden wird bei der Entwicklung, Durchführung und Bewertung von Politiken und Programmen mit Relevanz für die informelle Wirtschaft einschließlich ihrer Formalisierung bereits nützlich sein. Angesichts des Umstands, dass die von diesen Arbeitgeberverbänden vertretenen Mitglieder formelle Unternehmen in der formellen Wirtschaft sind, was impliziert, dass sie in der Lage sind, die potenziellen Hindernisse für den Übergang in die Formalität erfolgreich zu überwinden, ist es noch lohnender, sie anzuhören, um die wichtigsten Faktoren zu verstehen, die zur Formalisierung motivieren und diese erleichtern.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 60

Verneinend: 3

Sonstige: 2

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die Sozialpartner sollten durch geeignete und auf der innerstaatlichen Ebene vereinbarte Mechanismen aktiv an der Entwicklung, Durchführung und Bewertung eines innerstaatlichen Plans dieser Art mitwirken. Die Sozialpartner gelten als die repräsentativsten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, zu denen auch auf dem Prinzip der Mitgliedschaft beruhende und repräsentative Verbände von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft zählen sollten.

KOMMENTAR DES AMTES

Die meisten Regierungen und Arbeitnehmerverbände sowie eine Reihe von Arbeitgeberverbänden stimmen dieser Aussage zu. Sie kommentieren, dass die Anhörung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden einschließlich Verbänden von Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft wichtig ist, um die Übernahme von Verantwortung für Übergänge zur Formalität und ein Engagement dafür sicherzustellen. Die meisten Arbeitnehmerverbände fügen hinzu, dass die Sozialpartner als die repräsentativsten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände gelten, zu denen auch auf dem Prinzip der Mitgliedschaft beruhende und repräsentative Verbände von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft zählen sollten. Einige Regierungen heben hervor, dass die Anhörung im Rahmen der innerstaatlichen Mechanismen und in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Repräsentativität erfolgen sollte.

Die Arbeitgeberseite spricht sich gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung aus, soweit sie die Anhörung von Verbänden von Erwerbstätigen und Unternehmern in der informellen Wirtschaft betrifft.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, den Wortlaut geringfügig abzuändern und in Punkt 28 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen die Worte „und, soweit solche bestehen, die repräsentativen Verbände der in der informellen Wirtschaft Tätigen“ aufzunehmen. Eine ähnliche Formulierung findet sich in der Empfehlung (Nr. 201) betreffend Hausangestellte, 2011.

Fr. 26 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände bei der Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielen sollten, indem die Mitgliedschaft und die Dienstleistungen auf Wirtschaftseinheiten und Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft ausgedehnt werden und indem die Gründung und Entwicklung von repräsentativen Verbänden gefördert und unterstützt wird?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 81

Verneinend: 10

Sonstige: 6

Bemerkungen

Österreich: Der Schwerpunkt sollte auf der Eindämmung der informellen Wirtschaft liegen, nicht auf deren Institutionalisierung. Die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer sollten sich bemühen, den informellen Sektor mitzuvertreten.

Benin: Ohne ihre aktive Mitwirkung an der Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien kann die Formalisierung nicht gelingen.

Chile: Dies würde bedeuten, die falsche Botschaft in Bezug auf die Anerkennung und Legitimierung dieser Form von Arbeit auszusenden.

Deutschland: Ja, aber nur, wenn die jeweiligen Satzungen und Regelungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände geachtet werden.

Indien: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sollten die Mitgliedschaft und Dienstleistungen auf Wirtschaftseinheiten und Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft ausweiten sowie die Bildung und Entwicklung repräsentativer Organisationen fördern.

Lettland: Dies könnte den Umfang der informellen Wirtschaft noch weiter vergrößern.

Nepal: Es sollte auch Bestimmungen vorsehen, die beispielsweise die Verfügbarkeit angemessener Ressourcen, Ausbildung, Kapazitätsaufbau und Orientierungshilfe in Bezug auf die Durchführung solcher Aufgaben betreffen.

Polen: Dies könnte jedoch so formuliert werden, dass Regierungen ebenfalls eine wichtige Rolle zukommt und dass die Sozialpartner ermuntert werden, bei Politiken und Programmen zur Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft mit Regierungen zusammenzuarbeiten.

Uganda, Uruguay: Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Mobilisierung und der Bewusstseinsbildung der Wirtschaftseinheiten und der Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft.

Ukraine: Die Bildung von Verbänden von Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft ist ein Schritt auf dem Weg zu sozialem Dialog und dreigliedrigen Lösungen in diesem Bereich.

Vereinigte Staaten: Obwohl Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände eine Rolle spielen, ist die Bedeutung von „Schlüssel“ unklar, weil das Landesumfeld dafür ausschlaggebend ist, in welchem Umfang Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände eine solche Rolle spielen sollten.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 21

Bejahend: 8

Verneinend: 7

Sonstige: 6

Bemerkungen

ANDI: Die Verantwortung für die Förderung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft sollte von der Regierung getragen werden.

DA: Die Rolle von Arbeitgeberverbänden bei der Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft ist wichtig und sollte hervorgehoben werden.

SEV, IOE: Dies ist eine überfrachtete Frage, bei der mehrere Punkte in einer Frage untergebracht wurden. Antworten sollten mit Umsicht gegeben werden, um sicherzustellen, dass die Zustimmung zu einem Punkt nicht den Eindruck vermittelt, man würde auch den anderen Punkten zustimmen. Die Frage ist fast identisch mit Frage 24. Wir teilen die Einschätzung, dass die Rolle von Arbeitgeberverbänden bei der Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft wichtig ist und hervorgehoben werden sollte. Es sollte auf die in Beantwortung der Frage 24 genannten Punkte verwiesen werden. Arbeitgeberverbände können die Bildung und Entwicklung repräsentativer Organisationen dort fördern und unterstützen, wo Kapazitäten verfügbar sind und wo Akteure in der informellen Wirtschaft wirkliches Interesse an der Formalisierung haben. In das vorgeschlagene Instrument eine diesbezügliche Bestimmung aufzunehmen, könnte Arbeitgeberverbände in unangemessener Weise unter Druck setzen.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 62

Verneinend: 2

Sonstige: 3

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Zusätzlich sollte in dem vorgeschlagenen Instrument hervorgehoben werden, wie wichtig es für die Mitgliedstaaten ist, das Förderumfeld für Erwerbstätige und Arbeitgeber zu organisieren und zu garantieren, dass diese Verbände wirksam verhandeln können.

BAK, Nezavisnots, ÖGB: Es besteht keine Notwendigkeit für neue Verbände; bestehende Verbände sollten ihre neuen Aufgaben in Bezug auf die informelle Wirtschaft wahrnehmen.

CCOO: Die nicht registrierte Wirtschaft liegt nicht im „normalen“ Tätigkeitsbereich von Gewerkschaftsorganisationen, aber wegen der Einbuße von Rechten aufgrund von „nicht angemeldeter“ Arbeit richten wir darauf unsere besondere Aufmerksamkeit.

UHFTAWU: Es ist angemessen, dass sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände auf Erwerbstätige und Arbeitgeber in der informellen Wirtschaft ausdehnen oder diese unmittelbar vertreten.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Einige Regierungen heben hervor, dass die vorrangige Rolle bei den Regierungen liegt und dass der Begriff „Schlüsselrolle“ nicht klar ist. Die meisten Arbeitgeberverbände und einige Regierungen meinen, dass eine solche Bestimmung in unangemessener Weise Druck auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände ausüben könnte, vor allem weil sie darin aufgefordert werden, ihre Mitgliedschaft auf Wirtschaftseinheiten und Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft auszuweiten. Die meisten Arbeitnehmerverbände schlagen vor, dass in dem vorgeschlagenen Instrument auch hervorgehoben werden sollte, wie wichtig es für die Mitgliedstaaten ist, das Förderumfeld für Erwerbstätige und Arbeitgeber zu organisieren und zu garantieren, dass diese Verbände wirksam verhandeln können.

Die Arbeitgeber heben hervor, dass dies ist eine überfrachtete Frage sei, bei der mehrere Punkte in einer Frage untergebracht worden seien. Sie teilen die Einschätzung, dass die Rolle von Arbeitgeberverbänden bei der Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft wichtig ist und hervorgehoben werden sollte. Sie weisen darauf hin, dass Arbeitgeberverbände die Bildung und Entwicklung repräsentativer Organisationen dort fördern und unterstützen können, wo Kapazitäten verfügbar sind und wo Akteure in der informellen Wirtschaft wirkliches Interesse an der Formalisierung haben.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten kommt das Amt zu dem Schluss, dass es notwendig ist, die verschiedenen Elemente dieser Frage in den vorgeschlagenen Schlussfolgerungen in zwei Punkte aufzuspalten (Punkt 26 a) und 27). Das Amt schlägt vor, die Frage der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände in Punkt 27 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen zu behandeln. Die Frage der „Ausweitung der Mitgliedschaft und der Dienstleistungen“ wird in Punkt 26 a) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen behandelt. In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in den vorgeschlagenen Schlussfolgerungen einen Punkt 27 b) hinzuzufügen, und zwar zur Betonung, „wie wichtig es ist, dass Mitglieder ein förderliches Umfeld schaffen, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihr Vereinigungsrecht und ihr Recht zu Kollektivverhandlungen ausüben können“.

Fr. 27 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass es notwendig ist, die Fähigkeit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und der repräsentativen Verbände der informellen Wirtschaft zu stärken, Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft zu organisieren und zu unterstützen, um den Übergang zu Formalität zu erleichtern?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 79

Verneinend: 8

Sonstige: 10

Bemerkungen

Brasilien: Die schwache Vertretung dieser Erwerbstätigen ist häufig auf ihre Verletzlichkeit zurückzuführen, und es bedarf häufig spezieller Maßnahmen, um ihre Mitsprache zu ermöglichen.

Kanada: Es ist unklar, an wen sich diese Klausel richtet.

Chile: Nur wenn der Kapazitätsaufbau seinem Wesen nach zeitlich begrenzt erfolgt und primär darauf ausgerichtet ist, die Informalität zu beenden.

Dänemark: Es muss geklärt werden, was die „repräsentativen Verbände der informellen Wirtschaft“ bedeutet und wer sie sind.

Ghana: Das vorgeschlagene Instrument sollte Bestimmungen in Bezug auf die Stärkung der Kapazität der betreffenden Parteien enthalten.

Guatemala: Es ist notwendig, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen in Bezug auf die relevanten Vorschriften durchzuführen, um ihre effektive Anwendung sicherzustellen; dies sollte im Rahmen von Seminaren zum Aufbau von Kapazität für Themen im Zusammenhang mit Arbeitnehmerrechten und der Förderung der Ausübung der Vereinigungsfreiheit erfolgen.

Mali: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in der informellen Wirtschaft spielen eine wichtige Rolle bei der Bewusstseinsbildung.

Nepal: Es wäre wirkungsvoller und nützlicher für den Übergang, wenn diese Verbände die Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft bei ihrem Zusammenschluss unterstützen würden.

Südafrika: Kapazitätsaufbau für repräsentative Verbände sollte im Mittelpunkt stehen.

Tunesien: Für Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft sollten Bewusstseinsbildungsseminare organisiert werden.

Vereinigtes Königreich: Diese Aussage ist zu präskriptiv, aber sie könnte unter gewissen Umständen als ein Weg betrachtet werden, um den Übergang zu erreichen.

Vereinigte Staaten: In Übereinstimmung mit Grundsätzen der IAO sollten Regierungen nicht dabei federführend sein, Gruppen zu organisieren, und sollten sich auch nicht in ihre Organisation einmischen. Die IAO könnte für Organisationen und Gruppen, die sich organisieren möchten, Informationen bereitstellen.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 20

Bejahend: 13

Verneinend: 5

Sonstige: 2

Bemerkungen

ANDI, CEC, IOE, OEB: Ja, aussagekräftiger als die Fragen 24 bis 26, weil sie stärker auf die Erleichterung des Übergangs zur Formalität abzielen. Es muss geklärt werden, was mit die „repräsentativen Verbände der informellen Wirtschaft“ gemeint ist. Dies könnte die Anreize für die Formalisierung verringern und ein duales System entstehen lassen, sodass der Übergang von informell zu formell seine Relevanz einbüßt.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 65

Bejahend: 59

Verneinend: 2

Sonstige: 4

Bemerkungen

AFL-CIO: Regierungen sollte keine Rolle dabei zukommen, freie Gewerkschaften zu verwalten; sie sollten vielmehr die Entwicklung eines robusten sozialen Dialogs und die Dreigliedrigkeit fördern.

Nezavisnost: Es gibt keine repräsentativen Verbände im informellen Sektor.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände sowie fast alle Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Die Arbeitgeber heben hervor, dass geklärt werden muss, was mit den „repräsentativen Verbänden der informellen Wirtschaft“ gemeint ist. Eine Reihe auskunftgebender Stellen weist diesbezüglich darauf hin, dass Regierungen sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden eine Rolle beim Kapazitätsaufbau zukommt.

In Übereinstimmung mit dem Kommentar des Amtes zu Frage 25 und aus Gründen der Konsistenz des Wortlauts der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen schlägt das Amt vor, die Frage in Punkt 29 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen umzuformulieren.

XI. Datenerhebung und Überwachung

Fr. 28

Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass die Mitgliedstaaten:

- a) *einheitliche, nach dem Geschlecht aufgeschlüsselte Statistiken über den Umfang und die Zusammensetzung der informellen Wirtschaft erheben, auswerten und verbreiten und ihren Beitrag zur Volkswirtschaft messen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 82

Verneinend: 7

Sonstige: 8

Bemerkungen

Österreich: Keine Aufteilung der Statistiken nach Geschlecht, denn dies ist mit zu großen Unsicherheiten verbunden und daher nicht sinnvoll.

Chile, Niederlande: Es ist sehr schwierig, konsistente Statistiken zur Größe und Zusammensetzung der informellen Wirtschaft zu erstellen und ihren Beitrag zur Volkswirtschaft zu messen. Außerdem wäre dies recht kostenaufwendig und beschwerlich.

China: Die Mitgliedstaaten sollten ermuntert und nicht verpflichtet werden.

Ägypten: Dies sollte durch Operationalisierung von Arbeitsmarktinformationssystemen und periodische Feldstudien geschehen.

Äthiopien: Aber schrittweise und abhängig von der Kapazität von Akteuren in Mitgliedstaaten.

Finnland: Informationen sollten auch durch die Nutzung qualitativer Studien gesammelt werden.

Deutschland: Dies erfordert zuerst, dass mehr Wissen über die Nutzung der Konzepte der informellen Wirtschaft gesammelt wird. Die derzeitige statistische Definition von informeller Beschäftigung ist

ohne weitere Korrekturen und Klarstellungen (insbesondere in Bezug auf unrechtmäßige und kriminelle Aktivitäten) für hochindustrialisierte Länder nicht anwendbar.

Ungarn: Es ist unrealistisch, zu erwarten, dass übermäßig detaillierte statistische Informationen über die informelle Wirtschaft gesammelt werden.

Island: Die Definition in der EntschlieÙung von 2002 ist sehr allgemein, und es könnte schwierig sein, zu allen erwähnten Punkten Informationen zu sammeln und sie zu überwachen.

Japan: Es sollte der Teilsatz „in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Umständen“ eingefügt werden. Der Text sollte auch dem Umstand Rechnung tragen, dass statistische Daten zur informellen Wirtschaft aufgrund ihrer Beschaffenheit schwer zu erfassen sind.

Mexiko: Andere Arten wichtiger Aufschlüsselungen sollten ebenfalls bereitgestellt werden, beispielsweise nach Industriezweig, Sektor, Standort und Altersgruppe.

Portugal: Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die informelle Wirtschaft schwer zu quantifizieren ist, weil sie sich zu einem großen Teil im Verborgenen abspielt.

Vereinigtes Königreich: Weil das Ziel darin besteht, die Informalität zu minimieren, sollte dies nicht das Hauptaugenmerk sein.

Vereinigte Staaten: Es sollte anerkannt werden, dass viele Länder nicht über die Kapazität dafür verfügen, diese Statistiken zu erstellen, zu analysieren und zu verbreiten. Diese Statistiken sollten auch nach dem Alter aufgeschlüsselt sein. Die Rolle der IAO in Form der Bereitstellung von Fachunterstützung ist wichtig für diese Länder.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 19

Bejahend: 16

Verneinend: 1

Sonstige: 2

Bemerkungen

CNES: Es sollten auch Daten zu den negativen Auswirkungen der Steuereinzahlung und zur Zerstörung der industriellen Strukturen infolge des unfairen Wettbewerbs von Akteuren in der informellen Wirtschaft hinzugefügt werden, mit dem formelle Unternehmen konfrontiert werden.

Keidanren: Es muss der Teilsatz „in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Umständen“ eingefügt werden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 67

Bejahend: 67

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die Datenerhebung ist äußerst wichtig für die Formulierung geeigneter Politiken und Programme auf der Grundlage von Fakten und für die Überwachung von Fortschritten. Die öffentliche Kommunikation von Daten trägt auch dazu bei, Unterstützung für staatliche Politiken in Bezug auf den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft zu erhalten.

CATUS: Bei der Erhebung und Verarbeitung von Daten sollte eine klare Unterscheidung zwischen der formellen und der informellen Wirtschaft gemacht werden.

HFTAWU: Die gesammelten Daten sollten auch nach dem Alter aufgeschlüsselt werden, um sich zum Zweck ordnungsgemäßer Planung, Durchführung, Überwachung und Bewertung mit Kinderarbeit, Jugendbeschäftigung sowie der Beschäftigung älterer Erwerbstätiger befassen zu können.

KOMMENTAR DES AMTES

Es besteht breite Übereinstimmung in Bezug auf die Notwendigkeit, konsistente statistische Daten zur informellen Wirtschaft zu sammeln, zu analysieren und zu verbreiten, weil dies zur informatorischen Grundlage politischer Entscheidungsträger beitragen und eine auf Erkenntnissen beruhende Politikgestaltung ermöglichen würde.

Aufgeschlüsselte Statistiken würden ein besseres Verständnis der verletzlichsten Gruppen in der informellen Wirtschaft und der Vielfalt der Aktivitäten in der informellen Wirtschaft ermöglichen.

Einige Regierungen sind besorgt über die Methodologie und die Kapazität für die Sammlung statistischer Daten zur informellen Wirtschaft. Sie ersuchen die IAO, für die Mitgliedstaaten Fachunterstützung zu leisten.

Das Amt stellt fest, dass es ein Handbuch¹⁰ der IAO von 2013 über die Messung der Informalität gibt, das zu dieser Frage eine Orientierungshilfe bietet. Im Licht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, die Aspekte des Alters und sonstiger spezifischer sozioökonomischer Merkmale zur statistischen Aufschlüsselung aufzunehmen und in Punkt 30 a) der vorge schlagenen Schlussfolgerungen die Worte „Messung ihres Beitrags zur innerstaatlichen Wirtschaft“ wegzulassen.

Fr. 28 b) *die Fortschritte auf dem Weg zur Formalisierung regelmäßig überwachen sollten?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 86

Verneinend: 5

Sonstige: 6

Bemerkungen

Chile: Mit der Einschränkung, dass bei dieser Bestimmung die Schwierigkeiten der Zusammenstellung von Informationen berücksichtigt werden sollten.

Ägypten: Durch eine vom Arbeitsministerium durchzuführende jährliche landesweite Erhebung der informellen Wirtschaft.

Frankreich: Es wäre nützlich, wenn die Überwachung auf einer dreigliedrigen Grundlage durchgeführt würde und die Akteure in der informellen Wirtschaft einbezogen würden.

¹⁰ IAA, 2013, a.a.O.

Deutschland: Die regelmäßige Überwachung ist sinnvoll, setzt jedoch voraus, dass insbesondere in hochindustrialisierten Ländern die Indikatoren besser spezifiziert werden.

Griechenland: Dies sollte im Rahmen der innerstaatlichen Fähigkeiten erfolgen.

Indien: Jedem Mitgliedsland sollte gestattet werden, den Zeitplan/die Häufigkeit der Überwachung selbst zu bestimmen.

Islamische Republik Iran: Die Weitergabe erfolgreicher Erfahrungen bei der Sammlung und Analyse statistischer Daten unter den Mitgliedern ist ratsam.

Mali: Es sollten Indikatoren verwendet werden, die auf eine Vielzahl von Ländern anwendbar sind.

Marokko: Es sollte sowohl die regelmäßige Überwachung der Entwicklung der informellen Beschäftigung als auch die eingehende Untersuchung der Formalisierung informeller Einheiten vorgesehen werden.

Rumänien: Die Analyse der informellen Wirtschaft sollte sich auf kohärente, praktikable und zuverlässige Indikatoren stützen.

Sri Lanka: Abhängig von den verfügbaren Ressourcen des Staates.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 12

Verneinend: 2

Sonstige: 4

Bemerkungen

CEC: Die Regierung sollte ermuntert werden, dies zu tun, wo es wertvoll sein wird. In manchen Kontexten wird es vielleicht geringen oder keinen Wert geben.

Keidanren. Es muss der Teilsatz „in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Umständen“ eingefügt werden.

CCP: Die Aufschlüsselung statistischer Daten nach Sektoren ist ebenfalls wichtig.

KEF: Dies kann nicht verallgemeinert werden und kann je nach Land variieren.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 64

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die Überwachung sollte dreigliedrig erfolgen, und die Akteure aus der informellen Wirtschaft sollten einbezogen werden. Die erzielten Fortschritte sollten auch angemessen kommuniziert werden, und die Überwachung sollte auf Fakten beruhen.

SEWA: Angesichts des Umstands, dass spezielle Methoden, Instrumente und Techniken zur Quantifizierung solcher Interventionen fehlen, müssen Messgrößen entwickelt werden, um diese Beiträge quantitativ und qualitativ zu erfassen.

KOMMENTAR DES AMTES

Eine sehr große Mehrheit der Regierungen und Arbeitgeberverbände sowie alle Arbeitnehmerverbände antworten bejahend. Die Arbeitnehmer erklären, dass der Überwachungsprozess dreigliedrig sein muss und Erwerbstätige in der informellen Wirtschaft einbeziehen muss.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 30 b) der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen keine Änderungen vorzunehmen.

XII. Durchführung und Folgemaßnahmen

Fr. 29 *Sollte das vorgeschlagene Instrument vorsehen, dass jedes Mitglied die Bestimmungen dieses Instruments in Absprache mit den maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden durch Rechtsvorschriften, Gesamtarbeitsverträge oder andere der innerstaatlichen Praxis entsprechende Maßnahmen durchführen sollte?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 86

Verneinend: 6

Sonstige: 5

Bemerkungen

Belgien: Die Prinzipien werden mit Regierungen in enger Absprache mit den Sozialpartnern definiert werden.

Benin, Uganda: Weil Verbände aus dem informellen Sektor möglicherweise nicht zu den maßgebenden Verbänden zählen, müssen sie einbezogen werden.

Brasilien: Es müssen Wege gefunden werden, um Absprachen so auszuweiten, dass Verbände aus der informellen Wirtschaft einbezogen werden.

Kanada: Die Mitgliedstaaten sollten dieses Instrument konsultieren, um Orientierungshilfe zu erhalten, und nicht seine Bestimmungen durchführen.

Dänemark, Japan, Lettland: Entsprechend den innerstaatlichen Umständen.

Ägypten: Durch dreigliedrige Zusammenarbeit und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Eritrea: Durch Gesetze und Vorschriften, Kollektivvereinbarungen und der innerstaatlichen Praxis entsprechende andere Maßnahmen.

Äthiopien: Schrittweise und abhängig von der Kapazität der Mitgliedstaaten für die Durchführung von Bestimmungen in diesem Instrument.

Deutschland: Wenn es sich auf Kollektivvereinbarungen bezieht und der landesspezifische Rahmen berücksichtigt wird.

Libanon, Malawi, Ungarn: Beratungen mit den repräsentativsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden können die effiziente Durchführung von Maßnahmen erleichtern.

Vereinigte Staaten: Um den Übergang zur formellen Wirtschaft zu erleichtern, wäre es nützlich, wenn von Ländern angewendete Modelle oder nachweislich erfolgreiche Praktiken ermittelt würden.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 14

Verneinend: 0

Sonstige: 3

Bemerkungen

CACIF: Jeder Staat sollte darüber entscheiden, wie es die darin enthaltenen Informationen anwendet und nutzt, um Maßnahmen zu formulieren, die den innerstaatlichen Gegebenheiten jedes Landes entsprechen.

Keidanren: Es muss der Teilsatz „in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Umständen“ eingefügt werden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 63

Bejahend: 59

Verneinend: 1

Sonstige: 3

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Die repräsentativsten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sollten in ihre Reihen Vertreter von auf dem Prinzip der Mitgliedschaft beruhenden und repräsentativen Verbänden von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft aufnehmen.

CSN: Es sollte ein innerstaatliches dreigliedriges Organ für diese Angelegenheit gebildet werden. Es ist unwahrscheinlich, dass ein Ansatz allein für alle Sektoren angemessen sein wird, weil sich die Gegebenheiten stark unterscheiden können, aber das Recht auf Kollektivverhandlungen muss anerkannt werden, und Verhandlungen müssen für alle Vorrang haben.

MTCB: Unter Berücksichtigung der Gegebenheiten in jedem Land.

SEWA: Kollektivverhandlungen in der informellen Wirtschaft unterscheiden sich sehr stark von Kollektivvereinbarungen in der formellen Wirtschaft.

KOMMENTAR DES AMTES

Die große Mehrheit der Regierungen und fast alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stimmen dieser Aussage zu. Einige Regierungen meinen, dass auch die repräsentativen Verbände der informellen Wirtschaft konsultiert werden sollten. Eine große Mehrheit der Arbeitnehmerverbände hebt hervor, dass die maßgebenden Verbände auf dem Prinzip der Mitgliedschaft beruhende und repräsentative Verbände von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft in ihre Reihen aufnehmen sollten. Eine sehr begrenzte Zahl von Antworten bezieht sich auf die Mittel zur Durchführung der Bestimmungen des vorgeschlagenen Instruments (Gesetze und Vorschriften, Kollektivvereinbarungen oder andere Maßnahmen).

In Anbetracht der eingegangenen Antworten und aus Gründen der Konsistenz mit dem Wortlaut der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen in Bezug auf die Fragen 25 und 27 schlägt das Amt vor, in Punkt 31 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen nach den Worten „den maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden“ die Worte „und, soweit solche bestehen, den repräsentativen Verbänden der in der informellen Wirtschaft Tätigen“ hinzuzufügen.

Fr. 30 *Sollte das vorgeschlagene Instrument eine regelmäßige Verfolgung und Überprüfung der Politiken für schrittweise Übergänge zur Formalität auf innerstaatlicher Ebene vorsehen?*

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 88

Verneinend: 3

Sonstige: 6

Bemerkungen

Benin: Es ist notwendig, die Formalisierung etappenweise und nach Sektoren zu bewerten.

Kanada: Die Notwendigkeit regelmäßiger Verfolgung und Überprüfung sollte innerstaatliche Umstände widerspiegeln.

Chile: Dies sollte mit dem Ziel erfolgen, die Kontinuität der durchgeführten Maßnahmen und eine periodische Überprüfung ihrer Wirksamkeit sicherzustellen.

Côte d'Ivoire, Eritrea, Marokko, Mauritius: Die regelmäßige Verfolgung und Überprüfung von Politiken für schrittweise Übergänge zur formellen Wirtschaft werden es ermöglichen, diese Politiken in Übereinstimmung mit sozioökonomischen Veränderungen anzupassen.

Dänemark: Wo dies angemessen und in Übereinstimmung mit innerstaatlichen Umständen ist.

Äthiopien: Aber schrittweise und abhängig von der Kapazität der Mitgliedstaaten für die Durchführung von Bestimmungen in diesem Instrument.

Indien, Mali: Die Häufigkeit und die Art regelmäßiger Verfolgung und Überprüfung auf der innerstaatlichen Ebene sollten am besten den Mitgliedsländern überlassen bleiben.

Nepal: Das Instrument sollte die Einrichtung eines innerstaatlichen dreigliedrigen Organs vorsehen, das für die Ausarbeitung politischer Empfehlungen, ihre Verfolgung und Überprüfung sowie auch für die Änderung bestehender Rechtsvorschriften zuständig ist.

Norwegen, Schweden: Dies hängt von der Größe des informellen Sektors ab. Wenn ein Land bereits über ein Landesprogramm für menschenwürdige Arbeit verfügt, wäre es offensichtlich, dass Übergänge zur Formalität Teil dieses Programms sein sollten, einschließlich Verfolgung und Überprüfung von Politiken für den Übergang.

Philippinen: Es sollte auch die regelmäßige Überprüfung auf der lokalen Ebene vorgesehen werden.

Südafrika: Dies bezieht sich auf die Überwachungs- und Bewertungssysteme.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 17

Bejahend: 12

Verneinend: 2

Sonstige: 3

Bemerkungen

KEF: Dies kann nicht verallgemeinert werden und kann je nach Land variieren.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 64

Bejahend: 64

Verneinend: 0

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass innerstaatliche Pläne für den Übergang regelmäßig überwacht werden und dass eine regelmäßige innerstaatliche Anhörung zur Erörterung von Politik und Fortschritten stattfindet. Ein internationaler Informationsaustausch zwischen Staaten über Politiken und Programme zur Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft ist hilfreich.

CNS „Cartel ALFA“: Ein internationaler Informationsaustausch zwischen Staaten über Politiken und Programme zur Erleichterung des Übergangs von der informellen zur formellen Wirtschaft sollte eingerichtet werden.

CITUB: Es sollte eine ständige Überwachung vorsehen, und regelmäßige Überprüfungen sollten eine Ex-post-Bewertung der sozialen Auswirkungen und der Angemessenheit der durchgeführten Maßnahmen und Politiken ermöglichen.

CONATO, CS, UGT (Portugal): Aber auf einer dreigliedrigen Grundlage.

KOMMENTAR DES AMTES

Bei den auskunftgebenden Stellen besteht breite Übereinstimmung in Bezug auf diese Aussage.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten schlägt das Amt vor, in Punkt 32 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen einen ausdrücklichen Verweis auf Absprache aufzunehmen.

XIII. Sonstige Fragen

Fr. 31

Sollte das vorgeschlagene Instrument eine Liste der für die informelle Wirtschaft relevanten internationalen Arbeitsnormen als Anhang enthalten?

Regierungen

Anzahl der Antworten: 97

Bejahend: 89

Verneinend: 6

Sonstige: 2

Bemerkungen

Kanada: Eine übermäßig lange Liste mit Instrumenten sollte in der vorgeschlagenen Empfehlung vermieden werden.

Chile: Nur diejenigen Normen, die unmittelbar die Beseitigung der informellen Wirtschaft als Form der Arbeit zum Ziel haben.

Dänemark: Dies sollte im Rahmen von dreigliedrigen Beratungen erörtert werden.

Frankreich: Ein Anhang mit einem Hinweis auf die relevanten internationalen Arbeitsnormen würde ein besseres Verständnis der verschiedenen Aspekte der Thematik erleichtern; der Inhalt der Liste könnte auf einer dreigliedrigen Grundlage erörtert werden.

Indien: An das vorgeschlagene Instrument sollten nur die relevantesten Arbeitsnormen mit einem Bezug zur informellen Wirtschaft in Form einer Liste angehängt werden. Ihre Ratifikation sollte jedoch für die Mitgliedsländer nicht verbindlich gemacht werden.

Libanon: Nicht notwendigerweise, weil die internationalen Verträge in der Präambel erwähnt werden.

Nepal: Dies hängt von ihrem Zweck ab und wird nur ein Katalog der Instrumente mit einem Bezug zur informellen Wirtschaft sein.

Schweiz: Die Regierung fragt sich, ob ein solcher Anhang nützlich wäre, wenn die Normen bereits in der Präambel erwähnt werden.

Vereinigte Staaten: Die internationalen Arbeitsnormen sind von Relevanz für die informelle Wirtschaft, und die Aufnahme einer solchen Liste würde etwas anderes nahelegen.

Arbeitgeber

Anzahl der Antworten: 18

Bejahend: 11

Verneinend: 3

Sonstige: 4

Bemerkungen

ANDI: Es ist nicht notwendig, auf andere Normen hinzuweisen. Das Instrument sollte die Leitlinien zusammenfassen, die ausreichen, um die Ziele zu verwirklichen.

CNI: Die Auflistung dieser Instrumente könnte Widerstand wecken, insbesondere bei Mitgliedstaaten, die einige von diesen noch nicht ratifiziert haben.

IOE, Keidanren, OEB: Dies könnte nützlich sein, weil es klarer macht, was relevant ist, und die Bezugnahme einfach macht. Welche internationalen Arbeitsnormen in die Liste aufgenommen werden, sollte jedoch zuerst in einer dreigliedrigen Anhörung mit den Mitgliedsgruppen erörtert werden.

Arbeitnehmer

Anzahl der Antworten: 63

Bejahend: 61

Verneinend: 2

Sonstige: 0

Bemerkungen

Konsolidierte Antwort: Als nicht erschöpfende Liste.

CUT (Kolumbien): Es reicht aus, sie in der Präambel zu erwähnen; Listen haben die Tendenz, erschöpfend zu wirken.

GEFONT: Es kann an die Normen erinnert werden; sie brauchen jedoch nicht notwendigerweise in dem Instrument selbst aufgelistet zu werden.

SEWA. Für die informelle Wirtschaft relevante internationale Arbeitsnormen müssen zur leichteren Bezugnahme angehängt werden.

KOMMENTAR DES AMTES

Die überwältigende Mehrheit der Regierungen und Arbeitnehmerverbände sowie eine große Zahl von Arbeitgeberverbänden stimmen überein, dass ein Anhang mit einer Liste relevanter internationaler Arbeitsnormen aufgenommen werden sollte. Einige Regierungen weisen darauf hin, dass auf diese Liste Bezug genommen werden könnte und sie Mitgliedern bei der Ausarbeitung von Politiken für den Übergang von der informellen Wirtschaft zur formellen Wirtschaft als Orientierungshilfe dienen könnte. Die Arbeitnehmer heben hervor, dass diese Liste nicht erschöpfend sein sollte. Arbeitgeberverbände schlagen vor, diese Liste im Verlauf der dreigliedrigen Diskussionen auf der Internationalen Arbeitskonferenz zusammenzustellen. Auf der Dreigliedrigen Sachverständigentagung wiesen die Arbeitgeber darauf hin, dass auch auf die Entschließung der IAK 2007 zur Frage der Förderung nachhaltiger Unternehmen Bezug genommen werden sollte.

In Anbetracht der eingegangenen Antworten und der Kommentare des Amtes zu Frage 3 schlägt das Amt vor, die Punkte 33 und 34 der vorgeschlagenen Schlussfolgerungen und eine Liste einschlägiger internationaler Arbeitsnormen und Instrumente der Vereinten Nationen in einem Anhang der Urkunde als Grundlage für die Diskussion auf der Internationalen Arbeitskonferenz aufzunehmen.

VORGESCHLAGENE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Nachstehend werden die vorgeschlagenen Schlussfolgerungen wiedergegeben, die aufgrund der eingegangenen und im vorliegenden Bericht zusammengefasst und kommentierten Antworten ausgearbeitet worden sind. Die Schlussfolgerungen wurden in der üblichen Form abgefasst und sind dazu bestimmt, der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 103. Tagung (2014) als Grundlage für die Aussprache über den fünften Punkt ihrer Tagesordnung zu dienen.

A. FORM DES INSTRUMENTS

1. Die Internationale Arbeitskonferenz sollte ein Instrument annehmen, das den Aktionsrahmen für die Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft festlegt.
2. Das Instrument sollte die Form einer Empfehlung erhalten.

B. INHALT DES INSTRUMENTS

Präambel

3. Die Präambel des vorgeschlagenen Instruments sollte verweisen:
 - a) auf die Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen, 1998, und die Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung, 2008;
 - b) auf die einschlägigen internationalen Arbeitsnormen, insbesondere die grundlegenden Übereinkommen, nämlich das Übereinkommen (Nr. 29) über Zwangsarbeit, 1930, das Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, das Übereinkommen (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, das Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951, das Übereinkommen (Nr. 105) über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957, das Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, 1958, das Übereinkommen (Nr. 138) über das Mindestalter, 1973, und das Übereinkommen (Nr. 182) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, sowie die einschlägigen Instrumente der Vereinten Nationen;
 - c) darauf, dass die starke Verbreitung der informellen Wirtschaft eine bedeutende Herausforderung für die inklusive Entwicklung und die Rechtsstaatlichkeit ist und sich nachteilig auf die Entwicklung und Nachhaltigkeit der Unternehmen, den sozialen Schutz der Arbeitnehmer und ihre Arbeitsbedingungen, die staatlichen Einnahmen, die Solidität der Institutionen und den fairen Wettbewerb in nationalen und internationalen Märkten auswirkt;
 - d) darauf, dass zwar manche Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft tätig sind, um die Rechtsvorschriften zu umgehen, die meisten Menschen eine Tätigkeit in der informellen Wirtschaft aber nicht freiwillig aufnehmen, sondern als Folge man-

gelnder Möglichkeiten in der formellen Wirtschaft und wegen des Fehlens anderer Existenzgrundlagen;

- e) darauf, dass Informalität vielfältige Ursachen hat, sie in vielen Fällen aber in erster Linie eine ordnungspolitische Frage ist;
- f) darauf, dass die Defizite an menschenwürdiger Arbeit in der informellen Wirtschaft am ausgeprägtesten sind;
- g) darauf, dass Frauen, junge Menschen, Migranten, ältere Arbeitnehmer, indigene und in Stämmen lebende Völker, von HIV oder AIDS betroffene Personen und Personen mit Behinderungen für die stärksten Defizite an menschenwürdiger Arbeit in der informellen Wirtschaft besonders anfällig sind;
- h) darauf, dass Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft über ein großes unternehmerisches Potential verfügen können und ihre Kreativität, ihre Dynamik, ihre Fähigkeiten und ihre Innovationsfähigkeit voll zur Entfaltung kommen könnten, wenn der Übergang zur formellen Wirtschaft erleichtert wird.

4. Die Präambel des vorgeschlagenen Instruments sollte anerkennen, dass dringend Maßnahmen getroffen werden müssen, um Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten schrittweise Übergänge von der informellen zur formellen Wirtschaft zu ermöglichen.

I. Geltungsbereich

5. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass es für alle Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft gilt.

6. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass:

- a) der Ausdruck „informelle Wirtschaft“ sich auf alle Wirtschaftstätigkeiten von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten bezieht, die – in Gesetz oder Praxis – nicht oder unzureichend durch formelle Regelungen erfasst werden;
- b) Arbeit in der informellen Wirtschaft in Betrieben des formellen Sektors, Betrieben des informellen Sektors oder Haushalten durchgeführt werden kann.

7. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass der Ausdruck „informelle Wirtschaft“ keine illegalen Tätigkeiten im Sinne einschlägiger internationaler Verträge umfasst.

8. Das vorgeschlagene Instrument sollte Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft erfassen, darunter:

- a) Produktionseinheiten, die Fremdarbeitskräfte beschäftigen; und
- b) Produktionseinheiten, die im Besitz von Personen sind und von diesen betrieben werden, die entweder allein oder mit Hilfe unbezahlter Familienmitglieder auf eigene Rechnung tätig sind.

9. Das vorgeschlagene Instrument sollte erfassen:

- a) auf eigene Rechnung Tätige, die in ihren eigenen Betrieben des informellen Sektors beschäftigt sind;
- b) Arbeitgeber, die in ihren eigenen Betrieben des informellen Sektors beschäftigt sind;
- c) mithelfende Familienarbeitskräfte, ungeachtet der Art des Betriebs;
- d) Mitglieder von informellen Erzeugergenossenschaften;

- e) Beschäftigte, die informelle Tätigkeiten in Betrieben des formellen Sektors, in Betrieben des informellen Sektors oder als bezahlte, von Haushalten beschäftigte Hausangestellte ausüben;
- f) auf eigene Rechnung Tätige, die mit der Produktion von Gütern ausschließlich für den Endverbrauch durch ihren Haushalt befasst sind.

10. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die zuständige Stelle bei der Durchführung der Bestimmungen der *Punkte 5 bis 9* und in Anbetracht der Vielfalt der informellen Wirtschaft in den Mitgliedstaaten Art und Umfang der informellen Wirtschaft in Absprache mit den repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und, soweit solche bestehen, den repräsentativen Verbänden der in der informellen Wirtschaft Tätigen bestimmen sollte.

II. Ziele und allgemeine Grundsätze

11. Das vorgeschlagene Instrument sollte den Mitgliedern Orientierungshilfe bieten, um:

- a) schrittweise Übergänge von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten von der informellen zur formellen Wirtschaft zu erleichtern und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Chancen auf eine Existenzsicherung und eine unternehmerische Betätigung nicht zerstört werden; und
- b) die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen in der formellen Wirtschaft und die Kohärenz der makroökonomischen, Beschäftigungs-, Sozialschutz- und sonstigen Sozialpolitiken zu fördern.

12. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder bei der Erarbeitung von Strategien zur Erleichterung der Übergänge von der informellen zur formellen Wirtschaft den folgenden Grundsätzen Rechnung tragen sollten:

- a) der Vielfalt der Umstände der Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft und der Notwendigkeit, diese Vielfalt durch maßgeschneiderte Ansätze anzugehen;
- b) der Tatsache, dass es vielfältige Wege für einen Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft je nach den landesspezifischen Gegebenheiten und Präferenzen gibt; und
- c) der Notwendigkeit eines ausgewogenen Ansatzes, der Anreize mit Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften verbindet.

III. Rechts- und Politikrahmen

13. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder innerstaatliche Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen annehmen oder überprüfen sollten, um eine angemessene Erfassung aller Gruppen von Erwerbstätigen und Wirtschaftseinheiten sicherzustellen.

14. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder sicherstellen sollten, dass die innerstaatlichen Entwicklungsstrategien oder innerstaatlichen Pläne gegebenenfalls einen integrierten Politikrahmen zur Erleichterung der Übergänge von der informellen zur formellen Wirtschaft umfassen.

15. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder bei der Festlegung und Umsetzung eines integrierten Politikrahmens Folgendes berücksichtigen sollten:

- a) Wachstumsstrategien und die Schaffung von qualitativ guter Beschäftigung;
- b) das regulatorische Umfeld;
- c) die Förderung von Rechten;

- d) die Organisierung und Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und den sozialen Dialog;
- e) die Förderung der Gleichheit und die Beseitigung der Diskriminierung;
- f) Unternehmertum;
- g) Qualifikationsentwicklung;
- h) Finanzen;
- i) Geschäftsdienste;
- j) Zugang zu den Märkten;
- k) Ausweitung des sozialen Schutzes;
- l) lokale Entwicklungsstrategien, sowohl auf dem Land als auch in den Städten.

16. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die innerstaatlichen Politiken und Programme darauf abzielen sollten:

- a) die Kosten des Übergangs zur Formalität, einschließlich jener im Zusammenhang mit Eintragung, Besteuerung und Einhaltung von Rechtsvorschriften, gegebenenfalls zu verringern;
- b) den Nutzen des Übergangs zur Formalität zu steigern, auch in Bezug auf den Zugang zu Geschäftsdiensten, Finanzen, Infrastruktur, Märkten, Technologie, Qualifizierungsprogrammen und Eigentumsrechten;
- c) der Gleichstellung der Geschlechter besondere Beachtung zu schenken, um Chancengleichheit für Frauen und Männer zu fördern; und
- d) Frauen, jungen Menschen, Migranten, älteren Arbeitnehmern, indigenen und in Stämmen lebenden Völkern, von HIV oder Aids betroffenen Personen und Personen mit Behinderungen besondere Beachtung zu schenken, da sie für die stärksten Defizite an menschenwürdiger Arbeit in der informellen Wirtschaft besonders anfällig sind.

IV. Beschäftigungspolitische Maßnahmen

17. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder eine innerstaatliche Beschäftigungspolitik im Einklang mit dem Übereinkommen (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik, 1964, und der Empfehlung (Nr. 169) betreffend die Beschäftigungspolitik (ergänzende Bestimmungen), 1984, ausarbeiten und durchführen sollten, um die Schaffung produktiver Arbeitsplätze in der formellen Wirtschaft durch beschäftigungsfreundliche makroökonomische und sektorale Maßnahmen, nachhaltige Unternehmen, die Entwicklung von Genossenschaften, Beschäftigungsfähigkeit und Aus- und Weiterbildung in ländlichen und städtischen Gebieten zu erhöhen.

V. Rechte bei der Arbeit

18. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder Maßnahmen in Bezug auf die informelle Wirtschaft ergreifen sollten, um die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zu achten, zu fördern und zu verwirklichen, nämlich:

- a) Vereinigungsfreiheit und die effektive Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen;
- b) die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit;
- c) die effektive Abschaffung der Kinderarbeit; und
- d) die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

19. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder Maßnahmen ergreifen sollten, um die effektive Förderung und den effektiven Schutz der Menschenrechte aller in der informellen Wirtschaft Tätigen sicherzustellen.

20. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder vorbeugende Maßnahmen annehmen sollten, um die unsicheren und ungesunden Arbeitsbedingungen anzugehen, durch die Arbeit in der informellen Wirtschaft häufig gekennzeichnet ist.

21. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder schrittweise auf alle Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft den Schutz in Bezug auf Soziale Sicherheit, menschenwürdige Arbeitszeiten und einen Mindestlohn ausdehnen sollten, wo ein solcher Schutz besteht, in einer Weise, die Übergänge zur Formalität erleichtert.

22. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder die Bereitstellung von bezahlbaren, qualitativ guten Kinderbetreuungs- und sonstigen Betreuungsdiensten unterstützen sollten, um Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu fördern und ihnen den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft zu ermöglichen.

23. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder bei der Einrichtung und Aufrechterhaltung innerstaatlicher sozialer Basisschutzniveaus im Rahmen ihres Systems der Sozialen Sicherheit den Bedürfnissen und Umständen der in der informellen Wirtschaft Tätigen und ihrer Familien besondere Beachtung schenken sollten, um einen angemessenen Schutz durch die Soziale Sicherheit sicherzustellen und Übergänge zur Formalität zu erleichtern.

24. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder im Hinblick auf die Erleichterung von Übergängen zur Formalität den Deckungsumfang der Sozialversicherung schrittweise auf die in der informellen Wirtschaft Tätigen ausweiten und, falls erforderlich, die Verwaltungsverfahren, die Leistungen und die Beiträge unter Berücksichtigung ihrer Beitragszahlungsfähigkeit anpassen sollten.

VI. Anreize, Einhaltung der Vorschriften und Durchsetzung

25. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder:

- a) geeignete Mechanismen einrichten oder bestehende Mechanismen überprüfen sollten mit dem Ziel, die Einhaltung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften sicherzustellen, um Übergänge von der informellen zur formellen Wirtschaft zu erleichtern;
- b) Maßnahmen ergreifen sollten, die ein angemessenes und geeignetes Aufsichtssystem, die Bereitstellung von Informationen, Orientierungshilfe, Kapazitätsaufbau für die zuständigen Akteure, die Bereitstellung von Anreizen und Unterstützung zur Einhaltung der einschlägigen Vorschriften umfassen;
- c) vorbeugende und geeignete Abhilfemaßnahmen vorsehen sollten, um Übergänge zur formellen Wirtschaft zu erleichtern, und sicherstellen sollten, dass die gesetzlich vorgesehenen verwaltungsrechtlichen, zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Strafmaßnahmen angemessen sind und streng durchgesetzt werden.

VII. Die Rolle der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände

26. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass:

- a) die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gegebenenfalls die Ausweitung der Mitgliedschaft und der Dienstleistungen auf Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft in Erwägung ziehen sollten; und

- b) die in der informellen Wirtschafte Tätigen Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen genießen, einschließlich des Rechts, Organisationen, Bünde und Vereinigungen ihrer Wahl zu gründen und ihnen, vorbehaltlich der Satzung der betreffenden Organisation, beizutreten.

27. Das vorgeschlagene Instrument sollte:

- a) vorsehen, dass den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden bei der Erleichterung von Übergängen von der informellen zur formellen Wirtschaft eine bedeutende Rolle zufällt; und
- b) betonen, wie wichtig es ist, dass die Mitglieder ein förderliches Umfeld schaffen, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihr Vereinigungsrecht und ihr Recht zu Kollektivverhandlungen ausüben können.

28. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder bei der Konzipierung, Umsetzung und Bewertung von Politiken und Programmen, die für die informelle Wirtschaft relevant sind, einschließlich ihrer Formalisierung, die repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und, soweit solche bestehen, die repräsentativen Verbände der in der informellen Wirtschaft Tätigen anhören sollten.

29. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder Maßnahmen ergreifen sollten, um die Fähigkeit der repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und, soweit solche bestehen, der repräsentativen Verbände der in der informellen Wirtschaft Tätigen zu stärken, Erwerbstätige und Wirtschaftseinheiten in der informellen Wirtschaft im Hinblick auf die Erleichterung von Übergängen zur Formalität zu unterstützen.

VIII. Datenerhebung und Überwachung

30. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder regelmäßig:

- a) nach Geschlecht, Alter und sonstigen spezifischen sozioökonomischen Merkmalen aufgeschlüsselte Statistiken über den Umfang und die Zusammensetzung der informellen Wirtschaft erheben, auswerten und verbreiten sollten, wobei gegebenenfalls die Leitlinien der Internationalen Arbeitsorganisation zu berücksichtigen sind; und
- b) die Fortschritte auf dem Weg zur Formalisierung überwachen sollten.

IX. Durchführung und Folgemaßnahmen

31. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder die Bestimmungen dieses Instruments in Absprache mit den maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und, soweit solche bestehen, den repräsentativen Verbänden der in der informellen Wirtschaft Tätigen durch eines oder eine Verbindung der folgenden Mittel durchführen sollten:

- a) innerstaatliche Rechtsvorschriften;
- b) Gesamtarbeitsverträge;
- c) Politiken und Programme;
- d) sonstige der innerstaatlichen Gesetzgebung und Praxis entsprechende Maßnahmen.

32. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder regelmäßig eine Überprüfung der Wirksamkeit der Politiken und Maßnahmen zur Erleichterung von Übergängen zur Formalität in Absprache mit den maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und, soweit solche bestehen, den repräsentativen Verbänden der in der informellen Wirtschaft Tätigen durchführen sollten.

33. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass die Mitglieder bei der Festlegung, Entwicklung, Durchführung und regelmäßigen Überprüfung der zur Erleichterung von Übergängen zur Formalität getroffenen Maßnahmen die für die informelle Wirtschaft relevanten Instrumente der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen berücksichtigen sollten, die im Anhang zu dem vorgeschlagenen Instrument aufgeführt sind. Keine Bestimmung des vorgeschlagenen Instruments sollte so ausgelegt werden, als würde dadurch der Schutz verringert, der den in der informellen Wirtschaft Tätigen durch andere Instrumente der Internationalen Arbeitsorganisation geboten wird.

34. Das vorgeschlagene Instrument sollte vorsehen, dass:

- a) der Anhang vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes abgeändert werden kann;
- b) jeder abgeänderte Anhang nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat den vorhergehenden Anhang ersetzt und den Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mitgeteilt wird.

Anhang zu dem vorgeschlagenen Instrument

In dem in *Punkt 33* erwähnten Anhang sollten die folgenden Übereinkommen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation aufgeführt werden:

- Übereinkommen (Nr. 29) über Zwangsarbeit, 1930
- Übereinkommen (Nr. 81) über die Arbeitsaufsicht, 1947
- Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948
- Übereinkommen (Nr. 97) über Wanderarbeiter (Neufassung), 1949
- Übereinkommen (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949
- Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951
- Übereinkommen (Nr. 102) über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952
- Übereinkommen (Nr. 105) über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957
- Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958
- Übereinkommen (Nr. 122) über die Beschäftigungspolitik, 1964
- Übereinkommen (Nr. 129) über die Arbeitsaufsicht (Landwirtschaft), 1969
- Übereinkommen (Nr. 131) und Empfehlung (Nr. 135) über die Festsetzung von Mindestlöhnen, 1970
- Übereinkommen (Nr. 138) über das Mindestalter, 1973
- Übereinkommen (Nr. 141) über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte, 1975
- Übereinkommen (Nr. 142) über die Erschließung des Arbeitskräftepotentials, 1975
- Übereinkommen (Nr. 143) über Wanderarbeitnehmer (ergänzende Bestimmungen), 1975
- Übereinkommen (Nr. 144) über dreigliedrige Beratungen (internationale Arbeitsnormen), 1976
- Übereinkommen (Nr. 154) über Kollektivverhandlungen, 1981
- Übereinkommen (Nr. 155) über den Arbeitsschutz, 1981

- Übereinkommen (Nr. 156) über Arbeitnehmer mit Familienpflichten, 1981
- Übereinkommen (Nr. 159) über die berufliche Rehabilitation und die Beschäftigung der Behinderten, 1983
- Übereinkommen (Nr.169) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, 1989
- Übereinkommen (Nr. 177) über Heimarbeit, 1996
- Empfehlung (Nr. 189) betreffend die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen, 1998
- Übereinkommen (Nr. 182) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999
- Übereinkommen (Nr.183) über den Mutterschutz, 2000
- Übereinkommen (Nr. 184) und Empfehlung (Nr. 192) über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft, 2001
- Empfehlung (Nr. 193) betreffend die Förderung der Genossenschaften, 2002
- Empfehlung (Nr. 195) betreffend die Entwicklung der Humanressourcen, 2004
- Übereinkommen (Nr. 187) über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz, 2006
- Empfehlung (Nr. 198) betreffend das Arbeitsverhältnis, 2006
- Empfehlung (Nr. 200) betreffend HIV/Aids, 2010
- Übereinkommen (Nr. 189) und Empfehlung (Nr. 201) über Hausangestellte, 2011
- Empfehlung (Nr. 202) betreffend den sozialen Basisschutz, 2012

Im Anhang sollten auch die folgenden Instrumente der Vereinten Nationen aufgeführt werden:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; 1948
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1966
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1966
- Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, 1990

Anhang

Antworten auf den Fragebogen

Antwortstelle	Land	Akronym	Vorfragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäf- tigung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen										
			1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14a	14b	14c	15a	15b	15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	29	30	31										
Regierung	Argentinien		O	O	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J										
Regierung	Armenien		O	O	J	J	J	J	N	N	J	J	N	N	N	N	J	N	J	J	N	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J							
Regierung	Österreich		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	N	O	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J						
Regierung	Barbados		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J						
Regierung	Bahrain		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J						
Regierung	Bangladesch		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J						
Regierung	Belgien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J					
Regierung	Belize		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J					
Regierung	Benin		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J					
Regierung	Brasilien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J				
Regierung	Bulgarien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J				
Regierung	Burkina Faso		O	O	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J				
Regierung	Kamerun		O	O	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J				
Regierung	Kanada		O	O	N	J	N	N	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	N				
Regierung	Chile		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	N	J	J	J	J	N	N	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J				
Regierung	China		O	O	J	N	N	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J				
Regierung	Kolumbien		O	O	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Côte d'Ivoire		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Kuba		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Zypern		O	O	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J			
Regierung	Dänemark		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Dschibuti		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Ägypten		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Eritrea		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	N	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Estland		O	O	J	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Äthiopien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Finnland		O	O	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Frankreich		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Gabun		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Georgien		O	O	O	O	O	O	O	J	O	O	O	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	O
Regierung	Deutschland		O	O	J	O	O	J	J	J	N	J	J	O	J	N	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	O	O	O	J	J	J	J	J

Antwortstelle	Land	Akronym	Vorfragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäfti- gung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen				
			1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14a	14b	14c	15a	15b	15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	29	30	31				
Regierung	Ghana		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J					
Regierung	Griechenland		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Guatemala		O	O	J	J	J	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Honduras		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Ungarn		O	O	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Island		O	O	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J			
Regierung	Indien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Indonesien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	J				
Regierung	Iran		O	O	J	N	J	J	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Regierung	Irak		O	O	J	J	J	J	O	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O			
Regierung	Israel		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Italien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Jamaika		O	O	J	N	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	N	N	N	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Japan		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Kasachstan		O	O	J	J	N	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Lettland		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	N	N	J	J	N	J	N	J	J	J	N	J	J	J	N	J	N	N	N	N	N	J	J	J	J	J		
Regierung	Libanon		O	O	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Litauen		O	O	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Malawi		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Malaysia		O	O	N	N	N	N	N	N	O	J	J	O	J	J	J	J	N	N	J	N	J	N	J	O	J	N	O	J	O	N	J	N	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	
Regierung	Mali		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Mauritius		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Mexiko		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Montenegro		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Marokko		O	O	J	O	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J		
Regierung	Mosambik		O	O	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Namibia		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Nepal		O	O	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Niederlande		O	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Norwegen		O	O	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	O	J	O	J	J	J	J	J		
Regierung	Panama		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Philippinen		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Polen		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Portugal		O	O	J	N	O	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	N	N	N	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Regierung	Katar		O	O	N	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	
Regierung	Republik Korea		O	O	J	N	N	N	N	N	N	J	N	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	N	J	N	J	J	J
Regierung	Demokratische Republik Kongo		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Rumänien		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	

Antwortstelle	Land	Akronym	Vorfragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäft- tigung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen
			1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14a	14b	14c	15a	15b	15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	29	30	31
Regierung	Russische Föderation		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	
Regierung	Ruanda		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Saudi-Arabien		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Senegal		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Serbien		O	O	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	
Regierung	Slowakei		O	O	J	J	J	J	N	J	J	O	J	O	J	J	J	N	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	N	J	J	
Regierung	Slowenien		O	O	J	N	N	J	J	J	J	J	N	J	J	O	O	O	N	N	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	O	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Südafrika		O	O	N	J	J	J	N	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Spanien		O	O	J	J	O	J	O	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	O	O	O	O	N	J	N	J	
Regierung	Sri Lanka		O	O	O	N	J	J	N	J	J	O	J	J	J	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	St. Vincent und die Grenadinen		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Sudan		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Schweden		O	O	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	
Regierung	Schweiz		O	O	O	N	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O
Regierung	Togo		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Trinidad und Tobago		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	O	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	
Regierung	Tunesien		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Türkei		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	N	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Uganda		O	O	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	O	J	J	J	O	O	O	J	J	J	O	J	O	O	O	O	O	J	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	J
Regierung	Vereinigte Arabische Emirate		O	O	J	N	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Ukraine		O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Regierung	Vereinigtes Königreich		O	O	N	N	N	N	N	N	J	N	J	N	J	N	N	N	N	O	O	O	N	J	N	N	N	J	N	J	J	J	O	N	N	N	J	J	N	J	N	N	
Regierung	Vereinigte Staaten		O	O	N	J	J	N	O	J	J	O	J	J	O	J	J	J	O	J	N	J	O	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	N	O	N
Regierung	Uruguay		O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	N	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	O	J	J	J
Regierung	Usbekistan		O	O	J	J	N	N	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	O	J
Regierung	Venezuela		O	O	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Regierung	Vietnam		O	O	J	N	J	N	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Regierung	Simbabwe		O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J

Antwortstelle	Land	Akronym	Vorfragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäft- igung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen
			1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14a	14b	14c	15a	15b	15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	29	30	31
Arbeitnehmer	Australien	ACTU	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Argentinien	CGT-RA	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Österreich	BAK	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Österreich	ÖGB	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	O	J	J		
Arbeitnehmer	Benin	CSA-Bénin	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Benin	MTCB	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Brasilien	CNA	O	O	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Brasilien	FS	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Brasilien	UGT	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Bolivien	CRISOL	O	O	J	J	J	N	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Bulgarien	CITUB	O	O	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Burkina Faso	CNTB	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Kambodscha	IDEA	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Kanada	CSN	O	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Kolumbien	CTC	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Kolumbien	CUT	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J		
Arbeitnehmer	Costa Rica	CMTC-FENATSEA	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Costa Rica	CTRN	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Kroatien	SSSH	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Dominikanische Republik	CASC-CNUS-CNTD	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Ägypten	GFETU	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Finnland	Akava								O					O	O										O	O	O	O	J													
Arbeitnehmer	Finnland	SAK								O					O	O														J	J	J											
Arbeitnehmer	Finnland	STTK								O					O	O											O	O	O	O	J												
Arbeitnehmer	Frankreich	CGT-FO	O	O	J	J	J	J	J	O	O	J	J	J	O	J	J	O	J	O	J	O	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J		
Arbeitnehmer	Georgien	GTUC																																									
Arbeitnehmer	Deutschland	DGB	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Griechenland	GSEE	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Guatemala	CGTG	O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Guatemala	MTC	O	O	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Guatemala	UTQ	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Indien	SEWA	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Indonesien	KSBSI	O	O	J	J	O	J	O	J	O	J	J	J	J	N	O	J	O	J	O	O	J	J	J	J	J	J	O	O	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Internationaler Gewerkschaftsbund	IGB	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Italien	CGIL	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Japan	JTUC-RENGO	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Lettland	LBAS																																									
Arbeitnehmer	Mauretaniens	CLTM	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Mexiko	CTM	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		

Antwortstelle	Land	Akronym	Vorfragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen				Rechte bei der Arbeit			Beschäf- tigung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen				
			1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14a	14b	14c	15a	15b	15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	29	30	31			
Arbeitnehmer	Mexiko	UNT	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Nepal	GEFONT	O	O	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	N		
Arbeitnehmer	Niederlande	FNV	O	O	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Nicaragua	FNT	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Panama	CONATO	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Panama	CONUSI	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Panama	CS	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Paraguay	CNT	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Paraguay	CUT-A	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Peru	CATP	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Peru	CUT	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Peru	CSP	O	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Polen	NSZZ	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	
Arbeitnehmer	Portugal	UGT			J						J			J	J					J					J	J	O	O	J	O	O		J									J				
Arbeitnehmer	Republik Korea	FKTU	O	O	J	J	J	J	N	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Rumänien	CNS "CARTEL ALFA"	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Russische Föderation	FNPR																																												
Arbeitnehmer	Ruanda	COTRAF	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Senegal	CNTS	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Senegal	UNSA	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Arbeitnehmer	Serbien	CATUS				J			O										O					J			J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitnehmer	Serbien	Nezavisnost				O			J		J																																			
Arbeitnehmer	Südafrika	COSATU	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Spanien	CCOO	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Spanien	UGT	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Schweden	SACO	O	O	J	J	N	J	J	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Schweden	TCO	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	O	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Trinidad und Tobago	NATUC	O	O	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Türkei	MEMUR-SEN	O	O	J	N	N	N	J	N	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	O	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Türkei	TURK-IS	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Uganda	UHFTAWU	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J		
Arbeitnehmer	Vereinigte Staaten	AFL-CIO	O	O	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	O	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Venezuela	ASI	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	
Arbeitnehmer	Venezuela	FUTRAND	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	

Antwortstelle	Land	Akronym	Vorfagen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäf- tigung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen		
			1	2	3	4a	4b	4c	4d	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14a	14b	14c	15a	15b	15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	29	30	31		
Arbeitgeber	Brasilien	CNI	O	O	N	N	J	N	J	N	N	J	J	J	J	N	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	J	J	J	J	N			
Arbeitgeber	Kanada	CEC	O	O	N	N	N	N	N	N	N	N	J	J	J	J	N	J	J	J	N	O	N	N	N	N	O	N	J	J	N	N	N	O	N	N	N	O	N	N	J	N	O		
Arbeitgeber	Kolumbien	ANDI	O	O	J	N	J	N	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N	N	N	J	J	J	J	N				
Arbeitgeber	Zypern	OEB	O	O	O	N	J	N	J	J	N	N	J	J	J	N	J	J	J	N	J	J	O	J	J	J	O	O	N	J	O	N	N	N	N	J	J	J	J	N					
Arbeitgeber	Dänemark	DA				N	N	J	J	N	O	J			N					O						J	O	N	J		N	N	N	J	O										
Arbeitgeber	Finnland	EK						N		N	N	O			O				N							O				N	N														
Arbeitgeber	Frankreich	MEDEF	O	O	O	N	O	O	J	O	O	O	J	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	J			
Arbeitgeber	Georgien	GEA																																											
Arbeitgeber	Griechenland	SEV	O	O	J	N	J	N	J	J	N	N	J	J	J	N	J	J	J	N	J	J	N	J	N	N	J	J	N	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J				
Arbeitgeber	Guatemala	CACIF	O	O	J	N	O	O	O	J	J	J	N	O	J	J	O	O	O	O	O	O	O	J	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	J	O	J	J	O	O	O
Arbeitgeber	Internationale Arbeitgeber- Organisation	IOE	O	O	O	N	J	N	J	J	N	N	J	J	J	N	J	J	J	N	O	O	O	J	N	N	O	O	O	N	O	O	N	N	N	O	J	J	J	J	J	J	O		
Arbeitgeber	Japan	KEIDANREN	O	O	O	N	O	N	J		N	N	J	O	O	O	N	O	O	O	N	J	O	O	O	J	J	J	J	O	N	J	O	N	N	O	O	J	O	O	O	O	O		
Arbeitgeber	Lettland	LDDK																			J	J				J	J	N	J						J	J	J	J							
Arbeitgeber	Mexiko	CONCAMIN	O	O	J	N	N	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitgeber	Norwegen	NHO	O	O	O	N		N	J	N	N	J							J	J		O	O	O	O	O			O	J	N	N	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J			
Arbeitgeber	Portugal	CCP	O	O	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	N	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	J		
Arbeitgeber	Republik Korea	KEF	O	O	J	N	N	N	N	N	N	J	J	N	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	J	N	J	N	N	N	J	N	N	N	N	N	N	N	J	N	J	N	J		
Arbeitgeber	Senegal	CNES	O	O	O	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	J	O	J	J	J	J	J	O	J	O	J	J	J	J	N	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	
Arbeitgeber	Senegal	CNP	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitgeber	Schweiz	UPS	O	O	O	N	J	N	J	J	N	N	J	J	J	N	J	N	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitgeber	Trinidad und Tobago	ECATT	O	O	O	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		
Arbeitgeber	Venezuela	FEDECAMARAS	O	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	O	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J		

Übersicht der Antworten (Stand 18. März 2014)

Regierungen	Vor- fragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäfti- gung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen	
	1	2	3	4a	4b	4c	4d	5		6	7	8	9	10	11	12	13	14a	b	14c	15a	15b		15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b		29
Ja (J)	0	0	86	78	82	84	64	87	83	78	92	86	91	94	82	87	85	87	89	77	82	87	86	93	88	82	83	95	87	89	92	85	79	87	81	79	82	86	86	88	89	
Nein (N)	0	0	7	15	8	9	25	8	12	8	3	8	3	1	8	4	5	3	3	11	7	4	9	2	5	13	8	0	5	3	1	5	12	7	10	8	7	5	6	3	6	
Sonstige (O)	97	97	4	4	7	4	8	2	2	11	2	3	3	2	7	6	7	7	5	9	8	6	2	2	4	2	6	2	5	5	4	7	6	3	6	10	8	6	5	6	2	
Insgesamt	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97	97

Arbeitnehmer	Vor- fragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäfti- gung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen
	1	2	3	4a	4b	4c	4d	5		6	7	8	9	10	11	12	13	14a	b	14c	15a	15b		15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	
Ja (J)	0	0	65	61	61	61	58	61	63	38	63	62	66	63	65	63	50	59	64	62	61	61	61	67	63	65	63	63	67	64	63	43	66	60	62	59	67	64	59	64	61
Nein (N)	0	0	0	3	3	2	4	1	2	2	0	0	0	1	0	1	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1	3	3	2	2	0	0	1	0	2
Sonstige (O)	64	64	0	0	2	0	3	3	0	28	1	2	0	0	5	1	16	5	0	4	4	2	2	0	1	0	3	3	2	4	4	23	0	2	3	4	0	0	3	0	0
Insgesamt	64	64	65	64	66	63	65	65	65	68	64	64	66	64	70	65	67	64	64	67	65	63	64	67	64	65	67	67	69	68	67	67	69	65	67	65	67	64	63	64	63

Arbeitgeber	Vor- fragen		Präambel						Geltungs- bereich	Ziele und Grundsätze					Rechts- und Politikrahmen					Rechte bei der Arbeit			Beschäfti- gung	Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz					Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften				Die Rolle der Verbände der AG und AN				Datenerhebung und Überwachung		Durchführung und Folge- maßnahmen		Sonstige Fragen
	1	2	3	4a	4b	4c	4d	5		6	7	8	9	10	11	12	13	14a	b	14c	15a	15b		15c	16	17	18	19	20	21	22a	22b	22c	23	24	25	26	27	28a	28b	
Ja (J)	0	0	8	5	11	6	12	13	5	9	17	13	13	15	6	13	10	12	8	11	9	7	12	11	9	12	11	9	8	13	9	8	7	7	8	13	16	12	14	12	11
Nein (N)	0	0	2	14	3	12	5	4	14	9	2	1	2	0	10	1	2	1	8	4	5	4	2	4	4	4	3	2	9	2	1	11	12	10	7	5	1	2	0	2	3
Sonstige (O)	18	18	8	0	3	2	1	1	1	2	1	3	2	2	3	3	5	4	3	5	4	7	4	4	5	4	6	6	2	4	7	1	2	2	6	2	2	4	3	3	4
Insgesamt	18	18	18	19	17	20	18	18	20	20	17	17	17	19	17	17	17	19	20	18	18	18	18	19	18	20	20	17	19	19	17	20	21	19	21	20	19	18	17	17	18

